

# STAATSANZEIGER



## FÜR DAS LAND HESSEN

1985

MONTAG, 11. NOVEMBER 1985

Nr. 45

Seite	Seite	Seite
<p><b>Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei</b> Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 12. 10. bis zum 28. 10. 1985 ..... 1982</p> <p><b>Der Hessische Minister des Innern</b> Neufassung des Kabinettsbeschlusses betr. „Integrierte Datenverarbeitung für die Landesverwaltung in Hessen“ vom 17. 12. 1968 ..... 1982</p> <p>Änderung der Grenze zwischen der Stadt Seligenstadt und der Gemeinde Mainhausen, beide Landkreis Offenbach ..... 1986</p> <p>Anmeldung von Studierenden für den Fachbereich Verwaltung der Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden; hier: Einstellungstermin und Studienbeginn 1. 4. 1986 und 1. 10. 1986 ..... 1986</p> <p>Ungültigkeitserklärung von Polizeidienstausweisen ..... 1986</p> <p><b>Der Hessische Minister der Finanzen</b> Jahresabschluß für das Haushaltsjahr 1985 ..... 1986</p> <p>Entgelt bei Anschluß der Heizung an dienstliche Versorgungsleitungen ..... 1987</p> <p><b>Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik</b> Förderung der mittelständischen Wirtschaft; hier: Richtlinien für die Bewilligung von Mitteln des Landes Hessen zur Unterstützung von Innovationsvorhaben der mittelständischen Wirtschaft auf dem Gebiet der Umweltschutztechnologien ..... 1988</p>	<p><b>Der Hessische Minister für Arbeit, Umwelt und Soziales</b> Kriegsopferfürsorge; hier: Erholungshilfe nach § 27 b des Bundesversorgungsgesetzes ..... 1989</p> <p>Eignungserklärung nach §§ 53, 54 a, JWG, § 1791 a BGB ..... 1989</p> <p>Öffentliches Auftragswesen; hier: Berücksichtigung umweltfreundlicher Produkte bei öffentlichen Beschaffungen und Vergaben — Neubekanntgabe der Auflistung — ..... 1989</p> <p><b>Der Hessische Minister für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz</b> Durchführung des Waldschutzes in Hessen ..... 1990</p> <p><b>Personalnachrichten</b> Im Bereich des Hessischen Ministerpräsidenten — Staatskanzlei ..... 1990</p> <p>Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern ..... 1990</p> <p>Im Bereich des Hessischen Kultusministers ..... 1991</p> <p>Im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Umwelt und Soziales ..... 1999</p> <p>Im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz ..... 1999</p> <p><b>Die Regierungspräsidenten</b> DARMSTADT Ungültigkeitserklärung von Polizeidienstausweisen ..... 1999</p>	<p><b>GIESSEN</b> Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 23. 10. 1985 .. 1999</p> <p><b>Bezirksdirektionen für Forsten und Naturschutz</b> DARMSTADT Erklärung des Stadtwaldes Hofheim im Main-Taunus-Kreis zu Erholungswald vom 10. 7. 1985 ..... 2000</p> <p>KASSEL Verordnung über das Naturschutzgebiet „Kalkberg bei Weißenborn“ vom 24. 10. 1985 ..... 2002</p> <p>Verordnung über das Naturschutzgebiet „Langenstüttig bei Batten“ vom 24. 10. 1985 ..... 2004</p> <p><b>Der Hessische Verwaltungsschulverband</b> Fortbildungslehrgänge des Hessischen Verwaltungsschulverbandes — Verwaltungseminar Kassel — ..... 2006</p> <p>Fortbildungslehrgänge für Angestellte beim Verwaltungseminar Kassel ..... 2006</p> <p><b>Buchbesprechungen</b> ..... 2007</p> <p><b>Öffentlicher Anzeiger</b> ..... 2009</p> <p><b>Andere Behörden und Körperschaften</b> Umlandverband Frankfurt; hier: Öffentliche Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 1986 ..... 2019</p> <p>Hessische Brandversicherungsanstalt Kassel; hier: Umlagefaktoren in der Gebäudefeuerschutzversicherung für das Jahr 1986 ..... 2019</p> <p><b>Öffentliche Ausschreibungen</b> ..... 2019</p> <p><b>Stellenausschreibungen</b> ..... 2020</p>

952

## DER HESSISCHE MINISTERPRÄSIDENT

## Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 12. Oktober bis zum 28. Oktober 1985

Statistische Berichte:	Preis DM
A I 1, A I 4 vj 2/85	
A II 1 — vj 2/85	
A III 1 — vj 2/85	
A IV 3 — vj 2/85	
Bevölkerungsvorgänge in Hessen im 2. Vierteljahr 1985	2,50
B III 1 — hj 1/85	
Die Studenten an den Hochschulen in Hessen im Sommersemester 1985	3,50
E I 1 — m 8/85	
Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im August 1985	2,50
E I 2/E I 3 — 8/85	
Indizes des Auftragseingangs und der Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau) in Hessen im August 1985 (vorläufige Ergebnisse)	1,00

E III 1 — m 8/85  
Das Ausbaugewerbe in Hessen im August 1985 1,50

G I 2 — m 8/85  
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel im August 1985 — vorläufige Ergebnisse — 1,50

G IV 3 — m 8/85  
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe im August 1985 — vorläufige Ergebnisse — 1,50

Z 1 — hj/1985 — 2  
Hessen unter den Ländern der Bundesrepublik, Ausgabe II/1985 2,50

Wiesbaden, 28. Oktober 1985

Hessisches Statistisches Landesamt  
Z A 231 — 77 a 241/85

StAnz. 45/1985 S. 1982

953

## DER HESSISCHE MINISTER DES INNERN

## Neufassung des Kabinettsbeschlusses betr. „Integrierte Datenverarbeitung für die Landesverwaltung in Hessen“ vom 17. Dezember 1968

Bezug: Erlaß vom 17. Dezember 1968 (StAnz. 1969 S. 103)

Das Kabinett hat in der Sitzung am 17. Dezember 1968 beschlossen, für den Bereich der Landesverwaltung einen

„Arbeitsausschuß für die Automation von Verwaltungsaufgaben (Landesautomationsausschuß — LAA)“

zu bilden. Aufgabenstellung und Zusammensetzung dieses Ausschusses ergeben sich aus den nachstehenden Bestimmungen, die das Kabinett in der Sitzung am 15. Oktober 1985 neu gefaßt hat (die Änderungen sind durch kursive Schrift gekennzeichnet):

## § 1

## Aufgaben

(1) Der Arbeitsausschuß für die Automation von Verwaltungsaufgaben (Landesautomationsausschuß — LAA) hat die Aufgaben der Landesverwaltung in Abstimmung mit den Ressorts daraufhin zu prüfen, ob sie durch den Einsatz technischer Mittel *bürgerfreundlicher, einfacher, schneller, kostengünstiger oder unter besseren Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten erledigt werden können*. Das Ergebnis dieser Überprüfung ist unter Einschluß der bereits automatisierten Aufgaben fortlaufend zu dokumentieren.

(2) *Darüber hinaus hat der Arbeitsausschuß zu allen Beschaffungen auf dem Gebiet der Informationstechnik von nicht geringfügiger Bedeutung Stellung zu nehmen und in allen Fragen der Informationstechnik und der Automation die Abstimmung zwischen den Ressorts und bei ressortübergreifenden Aufgaben mit dem DV-Verbund herbeizuführen. Er koordiniert die Entwicklungs- und Produktionsaufträge an den DV-Verbund.*

(3) Der Ausschuß legt der Landesregierung mindestens einmal im Jahr einen Tätigkeitsbericht vor.

## § 2

## Prüfungsverfahren (IST-Analyse)

(1) Zur Erfüllung der Aufgabenstellung ist zunächst eine Bestandsaufnahme der von der Landesverwaltung wahrzunehmenden Aufgaben erforderlich, die von den zuständigen Ressorts zu erstellen ist. Für die weitere Überprüfung der Automatisierbarkeit hat der Ausschuß unter Berücksichtigung bereits bestehender Grundsätze und gewonnener Erfahrungen auf den verschiedenen Ebenen aller Verwaltungsbereiche Leitsätze zu ermitteln, die eine Vorprüfung durch die Ressorts und die gemäß § 6 eingesetzten Unterausschüsse ermöglichen.

(2) Scheidet die Automatisierbarkeit auf Grund der Vorprüfung einer Aufgabe nicht von vornherein aus, dann ist für jede einzelne Aufgabe *vom zuständigen Ressort eine IST-Analyse aufzustellen, die folgende Angaben enthalten muß:*

- Gesetzliche Grundlagen und ergänzende Verwaltungsbestimmungen,
  - detaillierte Aufzeichnung des bestehenden Arbeitsablaufs (Diagramm) mit Zeitplan, soweit die Aufgabe termingebunden ist,
  - Zahl der in Betracht kommenden Fälle,
  - Zahl und Ort der mit der Aufgabenerfüllung befaßten Dienststellen oder Arbeitsgebiete innerhalb einer Behörde,
  - Zahl und Wertigkeit der eingesetzten Arbeitskräfte,
  - geschätzte Kosten des sächlichen Verwaltungsaufwands,
  - informatorisches Interesse anderer Behörden und Ressorts an Einzeldaten oder Ergebnisdaten der Aufgabe.
- (3) *Bei schon automatisierten Aufgaben und bei kleineren Aufgaben, bei denen der Aufwand für das Prüfungsverfahren nicht gerechtfertigt erscheint, kann auf das Prüfungsverfahren nach § 2 verzichtet werden.*

## § 3

## Vorschlagsverfahren (SOLL-Konzept)

(1) Ist eine maschinelle Erledigung der Aufgabe ganz oder teilweise möglich und entspricht sie den Anforderungen des § 1 Abs. 1, dann hat das zuständige Ausschußmitglied unter frühzeitiger Beteiligung der HZD für die Beschlußfassung im Ausschuß einen Vorschlag vorzulegen, der folgende Angaben enthalten soll:

- Art und ggf. Zahl der technischen Hilfsmittel,
- detaillierter Arbeitsablauf mit Kennzeichnung der manuellen und maschinellen Tätigkeitsbereiche (Diagramm),
- Ort und Art der Datenverarbeitung (z. B. zentral — dezentral, Dialog — Stapelverarbeitung),
- Auswirkungen auf den Bürger und die Beschäftigten in der Verwaltung,
- geschätzte Kosten, erwarteter Nutzen,
- Verfügbarkeit und Freigabe der Datenbestände, Datenschutz- und Sicherungsmaßnahmen,
- Dringlichkeitsstufe der Aufgaben, Projektplan.

(2) Hat der Ausschuß die Automatisierung einer Aufgabe ganz oder teilweise deshalb abgelehnt, weil der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit eines derartigen Verfahrens Bestimmungen entgegenstehen, soll er einen Vorschlag zur Änderung dieser Bestimmungen erarbeiten. Im übrigen gilt das zu Abs. 1 Buchst. a) bis g) Ausgeführte.

## § 4

## Entscheidung, Freigabe

(1) *Über die Automatisierung einer Aufgabe entscheiden vorbehaltlich der Zuständigkeit des Ausschusses die zuständigen obersten Landesbehörden. Will ein Ressort vom Vorschlag des Arbeitsausschusses abweichen, entscheidet die Landesregierung.*

(2) Sollen die Programme vom DV-Verbund zur Verfügung gestellt werden, wird der Vorschlag nach § 3 dem Koordinierungsausschuß der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung nach § 12 Abs. 2 Satz 1 DV-VerbundG zugeleitet. Nach Abschluß der Programm-entwicklung oder -übernahme und dem anhand der Testfälle durchgeführten Programmtest obliegt der zuständigen obersten Landesbehörde oder der von ihr bestimmten nachgeordneten Behörde die Freigabe des Programms. Bei der Freigabe des Programms ist zu bescheinigen, daß nach dem Ergebnis des Tests keine Bedenken gegen die Anwendung des Programms bestehen. Die Freigabebescheinigung ist zu den Programmakten zu nehmen.

### § 5

#### Mitglieder

(1) Der Ausschuß setzt sich aus je einem stimmberechtigten Vertreter eines jeden Ressorts, der Staatskanzlei und des Landespersonalamts zusammen. Die Mitglieder und ihre Vertreter werden von dem zuständigen Fachminister bzw. dem Chef der Staatskanzlei und dem Direktor des Landespersonalamts bestimmt. Vorsitzender ist der Vertreter des Hessischen Ministers des Innern; sein ständiger Vertreter ist das vom Hessischen Minister der Finanzen benannte Ausschußmitglied.

(2) Dem Ausschuß gehören je ein vom Präsidenten des Hessischen Landtags, vom Minister der Finanzen — Haushaltsabteilung —, vom Hessischen Datenschutzbeauftragten und vom Hauptpersonalrat beim Minister des Innern benannter Vertreter mit beratender Funktion an.

(3) Der Hessische Rechnungshof und ein Vertreter des Kommunalen Automationsausschusses haben das Recht, an den Sitzungen des Ausschusses teilzunehmen. Je ein von den Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften benannter Vertreter ist zu den Sitzungen einzuladen.

(4) Die Hessische Zentrale für Datenverarbeitung unterstützt den Ausschuß bei seinen Aufgaben durch fachliche Stellungnahmen und durch Teilnahme an den Beratungen. Sie ist zu jedem Beratungsgegenstand zu hören.

### § 6

#### Voruntersuchung

(1) Der Ausschuß kann bei Aufgaben, die eine ressortübergreifende Abstimmung erfordern, Unterausschüsse bilden, die sich aus Vertretern der betroffenen Ressorts zusammensetzen. Diese legen ihre Untersuchungsergebnisse i. S. der §§ 2 und 3 dem Ausschuß zur Beschlußfassung vor.

(2) Zur Information und Beratung kann der Ausschuß sachverständige Personen zu allen Sitzungen hinzuziehen. Jede Behörde der Landesverwaltung ist zur unmittelbaren Auskunft verpflichtet.

(3) Zu den Beratungen der Unterausschüsse und den Arbeitsgruppen der Ressorts ist ein Vertreter der zuständigen Personalvertretung einzuladen. Er ist fortlaufend und umfassend zu informieren. Er soll darauf hinwirken, daß von vornherein die Belange der Beschäftigten bei den Entwicklungsarbeiten ausreichend berücksichtigt werden. Die Beteiligungsverfahren nach dem Hessischen Personalvertretungsgesetz bleiben unberührt.

### § 7

#### Beschlußfähigkeit

(1) Der Ausschuß ist beschlußfähig, wenn außer dem Vorsitzenden oder seinem Vertreter mindestens 5 stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind.

(2) Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefaßt. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

### § 8

#### Sitzungen

(1) Die Sitzungen des Ausschusses finden bei Bedarf statt. Jedes Mitglied kann die Einberufung unter schriftlicher Darstellung der zu erörternden Fragen verlangen.

(2) Die Einberufung erfolgt durch den Vorsitzenden. Er unterrichtet die nach § 5 Beteiligten über den Sitzungstermin und die Tagesordnung und übersendet ihnen die Ergebnisprotokolle.

### § 9

#### DV-Leitsätze

Die Einzelheiten zu dem Verfahren und den Entscheidungsgrundlagen regelt der Ausschuß in DV-Leitsätzen (DVL).

#### Begründung

##### A. Allgemeines

1. Mit dem Kabinettsbeschuß vom 17. Dezember 1968 betr. „Integrierte Datenverarbeitung für die Landes- und Kommu-

nalverwaltung in Hessen“ hatte das Land Hessen bundesweit eine Vorreiterrolle übernommen. Der damit eingerichtete „Arbeitsausschuß für die Automation von Verwaltungsaufgaben“, der unter dem Namen „Landesautomationsausschuß“ bekannter ist, ist beispielgebend für viele Länder geworden. So hat vor kurzem das Land Nordrhein-Westfalen für die Landesverwaltung ein solches Kollegialorgan eingerichtet, um die ressortübergreifende Koordinierung der Querschnittsaufgabe „Informationsverarbeitung“ effektiver zu gestalten. Auch die jüngste Entwicklung in Baden-Württemberg bestätigt die Hessische DV-Organisation. Das für über 1 Mio. DM bei den Firmen Diebold, Dornier, IKOSS in Auftrag gegebene „Landessystemkonzept für einen rationellen und wirtschaftlichen Einsatz der Informations- und Kommunikationstechniken in der öffentlichen Verwaltung des Landes Baden-Württemberg“ kommt zu einem Organisationsvorschlag, der eine erstaunliche Ähnlichkeit mit der DV-Organisation der hessischen Landesverwaltung hat. Kernstücke sind auch hier

— eine ausgewogene Aufgaben- und Kompetenzverteilung zwischen Ressorthoheit und Gesamtverantwortung der Landesregierung, die in der Institutionalisierung eines Kollegialorgans mit Beschlußkompetenz ihren Niederschlag findet und

— die Einrichtung einer Institution als „informationstechnisches Kompetenzzentrum“ (in Hessen HZD).

In den 16 Jahren des Bestehens des Landesautomationsausschusses hat sich jedoch das technologische und das gesellschaftliche Umfeld so geändert, daß eine Anpassung des grundlegenden Kabinettsbeschlusses zweckmäßig erscheint. Dabei soll das Bewährte belassen werden und die Änderungen den neuen Möglichkeiten der DV-Technologie, der zu erweiternden Beteiligung der Bediensteten und den gestiegenen Anforderungen des Datenschutzes Rechnung tragen. In den 16 Tätigkeitsberichten, die der Landesautomationsausschuß in den vergangenen Jahren der Landesregierung vorgelegt hat, ist der eingetretene Wandel des Umfeldes und die Reaktion des Ausschusses fortlaufend dokumentiert. Die hier vorgeschlagenen Änderungen können sich deshalb schon in mehreren Punkten auf praktische Erfahrungen stützen.

2. Der Auftrag, den der Automationsausschuß mit dem Kabinettsbeschuß vom 17. Dezember 1968 erhielt, nämlich „alle Aufgaben der Landesverwaltung dahingehend zu untersuchen, ob ihre Erledigung durch den Einsatz technischer Mittel rationalisiert werden kann“ (§ 1), ist den heutigen Anforderungen anzupassen. Kriterium für die Automationsentscheidung ist nicht mehr allein die kostengünstigere Erledigung der Verwaltungsaufgabe. Die möglichen qualitativen Verbesserungen für den Bürger und die Beschäftigten in der Verwaltung („Humanisierung der Arbeitswelt“) sind als Automationsziele mehr in den Vordergrund zu rücken (§ 1 Abs. 1, § 3).

Der 1968 gegebene Auftrag an den Ausschuß ist unter diesen Gesichtspunkten noch nicht erfüllt. Es ist die Entwicklung einer neuen Generation von DV-Verfahren erforderlich, die bezüglich Leistungsfähigkeit, Bürgerfreundlichkeit und Benutzergerechtigkeit den heutigen Anforderungen entsprechen müssen. Die Schwerpunkte der derzeitigen Automationsvorhaben liegen deshalb

— in der Umstellung herkömmlicher Stapelverarbeitungsverfahren in moderne Dialogverfahren und

— in der Heranführung der Datenverarbeitungsleistung an den Arbeitsplatz des Sachbearbeiters in der Verwaltung.

Dies sind Voraussetzungen für die angestrebte Reintegration der maschinellen Verarbeitung in den Tätigkeitsablauf des Sachbearbeiters, damit er wieder stärker die Gesamtverantwortung für die Erledigung seiner Verwaltungsaufgabe wahrnehmen kann.

Die Neuentwicklungen sind auch erforderlich, um die Programmsysteme dem heutigen Standard der Softwaretechnologie anzupassen. Sie müssen noch bürgerechter und bedienerfreundlicher, übersichtlicher und pflegeleichter, fehlerfreier und „unfallsicherer“ werden, als sie es derzeit sind.

3. Alle Prognosen über die weitere Entwicklung der DV-Technologie gehen dahin, daß der Einsatz der ADV, insbesondere durch die steigende Verbreitung der Mikrocomputer, weiter zunehmen wird. Schreibsysteme, Datenstationen und Personal-Computer werden den Prognosen zufolge durch multifunktionale Arbeitsplatzgeräte abgelöst, die über eigene lokale Netze oder über die Telefon-Nebenstellenanlage miteinander kommunizieren. Diese Integration von Datenverarbeitung, Telekommunikation und Bürotechnik in ein komplexes, integriertes Bürosystem erfordert eine effektive Koordination zwischen den einzelnen Verwaltungen, die auch den Bereich der herkömmlichen Organisation und der Beschaffungen für den

Bürobereich einschließt. Auch ist ein intensiver Erfahrungsaustausch über installierte Erstanwendungen, ihre Vorzüge und Nachteile und über ihre Auswirkungen auf Bürger und Beschäftigte notwendig.

Hier dürfte künftig eine Schwerpunktaufgabe des Landesautomationsausschusses liegen (§ 1 Abs. 2).

4. Die Frage der Akzeptanz und der Benutzerfreundlichkeit der DV-Verfahren ist bei den Dialog-Verfahren und den Arbeitsplatzcomputern entscheidend für die Leistungsfähigkeit des Verfahrens und die praktische Umsetzbarkeit der Automationslösung geworden. Es ist deshalb wichtig, von vornherein die Betroffenen in die Entwicklungsarbeit mit einzubeziehen. Die seit 1970 praktizierte Einladung der zuständigen Hauptpersonalräte zu den Sitzungen der Unterausschüsse und des Landesautomationsausschusses trägt diesem Gedanken Rechnung. Mit der Neufassung soll die bisherige bewährte Mitarbeit von Vertretern der Personalräte ausgebaut und intensiviert und für die Verwaltung obligatorisch werden.  
Damit wird auch die Intention aufgegriffen, die der Hauptpersonalrat beim Minister für Wirtschaft und Technik in seinem Entwurf einer Rahmendienstvereinbarung vom Juli 1984 zum Ausdruck gebracht hat. Die Landesregierung hat dazu am 19. März 1985 beschlossen, eine einheitliche Regelung für die gesamte Landesverwaltung zu treffen und dazu diese Neufassung des Kabinettsbeschlusses in Auftrag gegeben.
5. Die in ihren Grundzügen Anfang der 70er Jahre geschaffenen gemeinsamen „DV-Leitsätze“ des Landesautomationsausschusses und des Kommunalen Automationsausschusses sind nach den Vorgaben dieser Neufassung des Kabinettsbeschlusses weiter zu entwickeln. Zum Beispiel ist die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung noch von den Rationalisierungsüberlegungen der Gründerzeit der EDV geprägt, die auf der Einsparung von Stellen ausgelegt waren. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben jedoch gezeigt, daß die durch den Einsatz der Datenverarbeitung möglichen Umsetzungen von Bediensteten kaum ausgereicht haben, um die neu auf die Verwaltung zugekommenen Aufgaben abzudecken. Ein Abbau von Arbeitsplätzen ist in der Summe der Bediensteten nicht eingetreten. Diese Erfahrung ist bei der Überarbeitung der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zu berücksichtigen. Auch müssen die durch die Informationstechnik mögliche Steigerung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung, die Verbesserung der Bürgernähe und die Erleichterung der Arbeitsbedingungen für die Bediensteten (§ 1 Abs. 1) stärker als bisher bei der Darstellung des Nutzens beachtet werden.
6. Der Kabinettsbeschluß von 1968 ist in seinen Grundzügen zeitlos formuliert. Er kann deshalb verhältnismäßig leicht durch Änderung einzelner Textteile an die neuen Anforderungen angepaßt werden.

## B. Zu den einzelnen Änderungen

### 1. Zu § 1 Abs. 1:

Die „Rationalisierung“ im Sinne der 70er Jahre ist nicht mehr das Ziel der Automation. Neben der kostengünstigeren Erledigung der Verwaltungsaufgabe sind die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung und die Verbesserung der Bürgernähe und der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten („Humanisierung der Arbeitswelt“) als vorrangige Automationsziele anzusehen.

### 2. Zu § 1 Abs. 2:

Die Aufgaben des Landesautomationsausschusses haben sich in den 16 Jahren des Bestehens erweitert. Neben den ursprünglichen Auftrag, die Automatisierbarkeit und die Automationswürdigkeit der einzelnen Verwaltungsaufgaben zu prüfen (§ 1 Abs. 1), ist die Aufgabe der Abstimmung und Koordinierung in allen Fragen der Datenverarbeitung getreten. Zum Beispiel hat die neuere Datenverarbeitungstechnologie mit der Möglichkeit des wirtschaftlichen Einsatzes dezentraler Datenverarbeitungsanlagen dazu geführt, daß ein besonderer Abstimmungsbedarf bei der Beschaffung von DV-Geräten besteht. Auch sind zunehmend verfahrenübergreifende Aspekte, wie z. B. die Integration in ein Gesamtkonzept oder der Aufbau einer für mehrere Verfahren geeigneten technischen Infrastruktur (z. B. Datenfernverarbeitungsnetz), in den Vordergrund getreten, die eine ressortübergreifende Gesamtsicht erfordern.

Die DV-Verbundnovelle von 1982, die eine andere Finanzierung des DV-Verbundes brachte, hat dem Landesautomationsausschuß die Aufgabe der Koordinierung der Entwicklungsaufträge an den DV-Verbund gebracht. Die durch den Zuschuß für den „Gemeinsamen Nutzen“ vorgegebene Entwicklungskapazität der HZD muß entsprechend den Prioritätsbedürfnissen der einzelnen Verwaltungen auf die beschlossenen Entwicklungsprojekte aufgeteilt werden.

tätsbedürfnissen der einzelnen Verwaltungen auf die beschlossenen Entwicklungsprojekte aufgeteilt werden.

Diese Aufgaben des Landesautomationsausschusses als „interministerieller Koordinierungsausschuß“ für alle Fragen der Datenverarbeitung sind im neuen Abs. 2 des § 1 zusammengefaßt.

### 3. Zu § 2 Abs. 2 und § 3 Abs. 1, Satz 1:

Zur Klarstellung wird darauf hingewiesen, daß für die Erarbeitung und die Einbringung der Ergebnisse der Aufgabenuntersuchung (IST-Analyse, SOLL-Konzept) der zuständige Ressortvertreter verantwortlich ist, unabhängig davon, ob ein Unterausschuß oder eine Arbeitsgruppe die Vorarbeiten leistet.

Das Nähere wird in den DV-Leitsätzen (§ 9) geregelt.

### 4. Zu § 2 Abs. 3:

Die heute vorgelegten Entwicklungsvorhaben betreffen zunehmend die Neuentwicklung bereits automatisierter Verwaltungsverfahren. In diesen Verfahren ist die Automatisierbarkeit und Automationswürdigkeit bei der ursprünglichen Aufgabenuntersuchung bereits geprüft worden. Das Prüfungsverfahren nach § 2 ist deshalb entbehrlich.

Bei kleineren Aufgaben (z. B. dem Einsatz von Microcomputern mit Standardsoftware) ist zu prüfen, ob eine im Verhältnis zu den geringen Kosten aufwendige Aufgabenuntersuchung angebracht ist. Das Nähere ist in den DV-Leitsätzen zu regeln.

### 5. Zu § 3 Abs. 1:

§ 3 enthält die Vorgaben für die Ausarbeitung des Soll-Vorschlags in der Aufgabenuntersuchung, die vom zuständigen Ressort durchzuführen ist. Diese Vorgaben werden durch die vom Automationsausschuß zu beschließenden DV-Leitsätze (s. § 9) konkretisiert.

Zu c) Die Datenerfassung wird heute nicht mehr isoliert betrachtet, sondern ist Teil des Datenverarbeitungsprozesses. Es ist deshalb richtiger, im Soll-Vorschlag nähere Angaben über Ort und Art der Datenverarbeitung zu machen. Der Klammerzusatz nennt mögliche Alternativen, ohne sie jedoch abschließend aufzählen zu wollen.

Zu d) Die Ziele der Automation haben sich in ihrer Rangfolge verändert. Im Vordergrund steht heute die Verbesserung der Bürgerfreundlichkeit und der Benutzergerechtigkeit der DV-Verfahren. Auch können DV-Verfahren in der Regel nur Erfolg haben, wenn die betroffenen Beschäftigten von vornherein in das Vorhaben mit einbezogen werden. Die gewollten Auswirkungen der Automation auf den Bürger und die Beschäftigten in der Verwaltung einschließlich ihrer Nebenwirkungen sind deshalb gründlicher zu untersuchen und ausführlicher darzustellen.

Zu e) Die geschätzten Kosten werden nicht nur in dem Teil des verbleibenden sächlichen Verwaltungsaufwandes, sondern insgesamt dargestellt. Ihnen gegenübergestellt wird der erwartete Nutzen des vorgeschlagenen Verfahrens. Soweit er quantifizierbar ist, ist er in Geldeinheiten auszudrücken. Der nur qualitativ feststellbare Nutzen ist zu beschreiben.

Der Gang der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung und die Form ihrer Darstellung ist in den von dem Automationsausschuß zu überarbeitenden DV-Leitsätzen näher zu definieren. Dabei soll darauf geachtet werden, daß die Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen aussagekräftig, realitätsbezogen und mit einem vertretbaren Aufwand zu erstellen sind. Bei der Bewertung von Kosten und Nutzen in der abschließenden Wirtschaftlichkeitsbetrachtung sind auch die schwer in Geld auszudrücken Ziele des Automationsvorhabens angemessen zu berücksichtigen, wie z. B. die

- Steigerung der Qualität und der Leistungsfähigkeit der Verwaltung durch
  - Abbau von Vollzugsdefiziten,
  - bessere Entscheidungsgrundlagen,
  - schnellere und aktuellere Reaktion,
- Verbesserung der Bürgernähe durch
  - bessere Auskunftsbereitschaft,
  - verständliche Bescheide und Informationen,
  - mehr Zeit für die Beratung und dem Gespräch mit dem Bürger,
- Abbau übermäßiger Belastung der Beschäftigten durch
  - Verringerung des Personalfehlbedarfs,

- Abbau von Überstunden,
  - Bewältigung des steigenden Aufgabenvolumens,
  - Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch
    - Entlastung von eintönigen Arbeiten,
    - Rückverlagerung der maschinellen Verarbeitung in den Arbeitsablauf (z. B. durch Dialogbetrieb),
    - Ausrichten der maschinellen Verarbeitung auf den menschlichen Arbeitsrhythmus,
    - zeit- und sachgerechte Bereitstellung der notwendigen Informationen und
    - Erhöhung des Entscheidungsspielraums.
- Zu f) Neben den Zugriffs- und Verfügungsbefugnissen über die Datenbestände sollen auch die zu treffenden Datenschutz- und -sicherungsmaßnahmen näher beschrieben werden. Dazu wurde bisher eine mit Unterstützung des Hessischen Datenschutzbeauftragten ausgearbeitete „Checkliste“ verwendet. Sie soll bei der anstehenden Neufassung der DV-Leitsätze überarbeitet und in die DV-Leitsätze integriert werden. Dies wird in enger Zusammenarbeit mit dem Datenschutzbeauftragten erfolgen.
- Zu g) Neben der Angabe der Dringlichkeitsstufe der Aufgabe soll ein detaillierter Projektplan vorgelegt werden, um den zeitlichen Ablauf des Automationsvorhabens näher zu beschreiben. Da dies auch schon bisher geschieht, werden auch hier nur die Vorgaben dem jetzigen Zustand angepaßt.
- Zu h) Die Angabe der Testfälle für die Durchführung der Aufgabe ist zwar im Rahmen der Entwicklung des Verfahrens notwendig, aber sie spielt bei der Entscheidung für die Automatisierung keine Rolle. Aus diesem Grunde werden auch jetzt schon die Testfälle nicht in dem Abschlußbericht dargestellt, sondern nur dem Rechenzentrum mitgeteilt.
6. Zu § 3 Abs. 2:  
Es ist nicht Aufgabe des Landesautomationsausschusses oder seiner Unterausschüsse, Vorschläge zur Änderung von Gesetzen auszuarbeiten. Das Wort „gesetzliche“ vor „Bestimmungen“ war deshalb zu streichen.
7. Zu § 4 Abs. 1:  
Die Neufassung des Abs. 1 berücksichtigt die rechtlich vorgegebene Zuständigkeit der obersten Landesbehörden für die Entscheidung über die Automatisierung ihrer Verwaltungsaufgabe. Die Formulierung des alten § 4 Abs. 1 war insoweit mißverständlich. Sie hat aber nie eine praktische Bedeutung erlangt.  
§ 4 Abs. 1 Satz 2 beruht auf der Gesamtverantwortung der Landesregierung nach Art. 104 HV. Der von ihr für die Querschnittsaufgabe Verwaltungsautomation eingesetzte Landesautomationsausschuß wird in ihrem Auftrag tätig. Ergeben sich dort bei der Abstimmung zwischen Ressorts nicht ausräumbare Konflikte, ist wieder die Zuständigkeit der Landesregierung gegeben. Dies gilt nur für die obersten Landesbehörden, die zum Bereich der Landesregierung gehören (also nicht Landtag, Rechnungshof).
8. Zu § 4 Abs. 2:  
Werden die Entwicklungsarbeiten beim DV-Verbund in Auftrag gegeben, so entscheidet nach § 12 Abs. 2 Satz 1 DV-VerbundG der Koordinierungsausschuß der HZD über das zuständige Rechenzentrum.  
Ebenso wie die Entscheidung über die Automation einer Verwaltungsaufgabe obliegt die Freigabe eines entwickelten Programms der zuständigen obersten Landesbehörde.
9. Zu § 5:  
Die Neufassung des § 5 berücksichtigt die bisher eingetretenen Änderungen in der Zusammensetzung des Landesautomationsausschusses.
- a) Abs. 1:  
Mit Beschluß der Landesregierung vom September 1977 ist die Zuständigkeit für die Grundsatzfragen und die Koordinierung der Verwaltungsautomation und damit der Vorsitz im Landesautomationsausschuß von der Staatskanzlei auf den Minister des Innern übergegangen. Der Vertreter des Ausschußvorsitzenden wird vom Minister der Finanzen gestellt.  
Die Eignung der Mitglieder ist nicht mehr an die Beamten-eigenschaft oder die Besoldungsgruppe gebunden. Die Ressorts sollen den geeignetsten Vertreter in den LAA entsenden können.

## b) Abs. 2:

- In beratender Funktion gehören dem Ausschuß bisher an:
- ein Vertreter des Präsidenten des Hessischen Landtags, um eine ausreichende Berücksichtigung der Automationsbelange des Hessischen Landtags sicherzustellen,
  - ein Vertreter der Haushaltsabteilung beim Minister der Finanzen, der die Aufgaben nach § 40 LHO wahrnehmen soll,
  - ein Vertreter des Datenschutzbeauftragten, um so frühzeitig wie möglich ihn über alle Entwicklungsvorhaben zu informieren und von vornherein seine Stellungnahme berücksichtigen zu können,
  - ein Vertreter der HZD (in der Regel der Direktor) und
  - ein vom Hauptpersonalrat beim Minister des Innern benannter Vertreter, um die Belange der Beschäftigten von vornherein ausreichend zur Geltung zu bringen.

## c) Abs. 3:

Der Hessische Rechnungshof und ein Vertreter des Kommunalen Automationsausschusses haben wie bisher das Recht, nach ihrem eigenen Ermessen an den Sitzungen des Ausschusses teilzunehmen. Je ein von der Spitzenorganisation der zuständigen Gewerkschaften benannter Vertreter wird regelmäßig zu den Sitzungen des Automationsausschusses eingeladen.

## d) Abs. 4:

Die HZD ist das fachliche „Kompetenzzentrum“ der Landesverwaltung. Sie unterstützt den Ausschuß bei seinen Aufgaben durch Stellungnahmen und die regelmäßige Teilnahme an den Beratungen. Zu allen Beratungsgegenständen ist sie zu hören. Um ihr Gelegenheit zu fundierten Stellungnahmen zu geben, hat die Verwaltung sie frühzeitig zu beteiligen.

## 10. Zu § 6 Abs. 1:

Unterausschüsse werden in der Regel nur bei ressortübergreifenden Aufgaben gebildet. Ist ein Ressort allein zuständig, so kann es nach eigenem Ermessen interne Arbeitsgruppen mit der Voruntersuchung beauftragen.

## 11. Zu § 6 Abs. 3:

Ein wichtiges Ziel der Neufassung des Kabinettsbeschlusses ist die stärkere Einbindung der Personalvertretungen in die Planungs- und Entwicklungsarbeiten bei der Automation einer Verwaltungsaufgabe. Die bisher bewährte Mitarbeit von Vertretern der Personalräte in den Unterausschüssen und im Landesautomationsausschuß soll intensiviert und auch auf ressortinterne Arbeitsgruppen ausgedehnt werden.

Die Mitarbeit von Vertretern der Personalräte in den Arbeitsgruppen und Unterausschüssen hat für die Verwaltung den Vorteil, daß die Kreativität der Entwicklungsgruppe im Hinblick auf die für die Realisierung des Projekts entscheidungsrelevanten Gesichtspunkte, mögliche Widerstände und machbare Lösungsalternativen und damit die Erfolgsaussichten des Projekts insgesamt verbessert werden können.

Für die Personalvertretungen hat dieses Verfahren den Vorteil, daß sie frühzeitig vollständig und fortlaufend über den Stand eines Entwicklungsvorhabens informiert werden. Die Belange der Beschäftigten können von vornherein bei den Entwicklungsarbeiten berücksichtigt werden. Dem Gebot der rechtzeitigen Beteiligung und Beratung nach § 60 Abs. 1 HPVG wird somit am wirksamsten Rechnung getragen. Die formellen Beteiligungsverfahren nach dem Hessischen Personalvertretungsgesetz bleiben davon unberührt.

Mit dieser Einbeziehung von Vertretern der Personalvertretungen in die Planungs- und Entwicklungsarbeiten wird eine Verbesserung der Projektarbeit erwartet. Neben den Gesichtspunkten der optimalen Verwaltungsorganisation und der wirtschaftlichen Automationslösung erhalten die Belange der Beschäftigten den ihnen gebührenden Stellenwert. Nur in Zusammenarbeit mit den Benutzern eines DV-Verfahrens ist das Verfahren so zu gestalten, daß ein bestmögliches Zusammenspiel zwischen menschlicher Arbeitsleistung und maschineller Unterstützung erreicht werden kann. Nur durch die frühzeitige und aktive Einbindung der von der Automationslösung Betroffenen können unnötige Ängste vermieden und bestehende Akzeptanzschwierigkeiten abgebaut werden. Zum Beispiel sollte die Definition der Benutzerschnittstelle (z. B. die Bildschirmmasken, die Bedienersprache, die Transaktionsarten) und die Gestaltung des Arbeitsablaufs wieder mehr von den für die Aufgabenerfüllung verantwortlichen Beschäftigten bestimmt werden können und nicht allein den DV-Experten überlassen bleiben, die in der Regel mehr den informations-

technisch optimalen Einsatz der Computertechnik im Vordergrund sehen.

Es besteht die Zuversicht, daß die Personalvertretungen die Einladung zur aktiven Mitarbeit in den Projektteams annehmen. Denn in der dynamischen Auseinandersetzung der verschiedenen Interessen in einem Team wird ein für beide Seiten besseres Ergebnis effizienter erreicht werden können, als dies z. B. durch den Austausch schriftlicher Stellungnahmen zu erwarten wäre. Und mit einer besseren Information und stärkeren Einwirkungsmöglichkeiten steigen auch die Gestaltungsspielräume der Personalvertretungen.

#### 12. Zu § 8:

Die Änderung in Abs. 2 berücksichtigt die Erweiterung der Beteiligten an den Ausschusssitzungen in § 5 und stellt klar, daß sie auch die Ergebnisprotokolle erhalten.

#### 13. Zu § 9:

Der bisher in § 2 Abs. 1 enthaltene Auftrag an den Automationsausschuß, DV-Leitsätze zu entwickeln, wird in § 9 ausdrücklich geregelt. Nach Verabschiedung des Kabinettsbeschlusses wird der Landesautomationsausschuß auf der Grundlage dieser Vorgaben in enger Zusammenarbeit mit seinen beratenden Mitgliedern (insbesondere Hessischer Datenschutzbeauftragter, Vertreter des Hauptpersonalrats, HZD) und in Abstimmung mit dem Kommunalen Automationsausschuß die derzeit geltenden DV-Leitsätze überarbeiten. Die Beteiligung der zuständigen Personalvertretung erfolgt gemäß dem Hessischen Personalvertretungsgesetz.

Wiesbaden, 15. Oktober 1985

Der Hessische Minister des Innern  
I A 3 — 3 v 24/071  
— Gült.-Verz. 300 —  
StAnz. 45/1985 S. 1982

954

### Änderung der Grenze zwischen der Stadt Seligenstadt und der Gemeinde Mainhausen, beide Landkreis Offenbach

Bezug: Bekanntmachung des HMdI vom 23. September 1985 (StAnz. S. 1812)

In der o. a. Bekanntmachung ist unter Gemarkung Zellhausen nach der Flurstück-Nr. 28 noch die Flurstück-Nr. 29 einzufügen.

Die Redaktion  
StAnz. 45/1985 S. 1986

955

### Anmeldung von Studierenden für den Fachbereich Verwaltung der Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden;

hier: Einstellungstermin und Studienbeginn 1. April 1986 und 1. Oktober 1986

Die Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden benötigt zur Planung des Studienbetriebes rechtzeitig Informationen darüber, mit wieviel Studierenden für die einzelnen Abteilungen (Darmstadt, Frankfurt am Main, Gießen, Kassel und Wiesbaden) zu rechnen ist.

957

## DER HESSISCHE MINISTER DER FINANZEN

### Jahresabschluß für das Haushaltsjahr 1985

Ich gebe den Jahresabschlußerlaß 1985 bekannt und weise auf folgendes hin:

Da in die Arbeiten für den Jahresabschluß und die Rechnungslegung weitgehend die Hessische Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) eingeschaltet ist, verzögern Fehler oder Terminüberschreitungen auch nur einer Dienststelle oder Kasse die Fertigstellung des gesamten Jahresabschlusses.

Ich bitte die Behörden und Dienststellen des Landes Hessen, für die Einhaltung der Fristen in Nr. 4 des Jahresabschlußerlasses zu sorgen.

Für Landesdienststellen, die Bundesmittel bewirtschaften und der Bundeskasse Frankfurt am Main Kassenanordnungen erteilen,

Alle Behörden, die beabsichtigen, Inspektoranwärter/innen, Angestellte oder Aufstiegsbeamte/innen für ein Studium an der Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden vorzusehen, werden deshalb um Beachtung der nachstehenden Termine gebeten:

#### Studienbeginn 1. April 1986

1. a) **Voranmeldungen** sind bis spätestens zum **12. Januar 1986** einzureichen.

b) **Anmeldungen** müssen bis zum **4. März 1986** vorliegen.

#### Studienbeginn 1. Oktober 1986

2. a) **Voranmeldungen** sind bis spätestens zum **2. Mai 1986** einzureichen.

b) **Anmeldungen** müssen bis zum **1. August 1986** vorliegen.

Die **Voranmeldungen** dienen als Grundlage für die Planung des Lehrbetriebes in dem jeweiligen Studienabschnitt. Mit der **Voranmeldung** ist daher **möglichst genau** die Zahl der zum Studium vorgesehenen Bewerber/innen und die aus der Sicht der Behörde in Betracht kommende Abteilung anzugeben. Die **Verwaltungsfachhochschule** bestätigt den Eingang der **Voranmeldung** und übersendet **Anmeldevordrucke**.

Die **verbindlichen Anmeldungen** sind auf den übersandten **Vordrucken** zusammen mit den erforderlichen persönlichen **Unterlagen** einzusenden.

**Voranmeldungen** und **Anmeldungen** bitte ich zu richten an:

Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden  
— Fachbereich Verwaltung —,  
Mainzer Straße 19,  
6200 Wiesbaden.

Die **Verwaltungsfachhochschule** prüft, ob bei den **Angemeldeten** die Voraussetzungen für ein Studium an einer **Verwaltungsfachhochschule** vorliegen, d. h., ob sie die **Fachhochschulreife** oder einen entsprechenden **Bildungsstand** besitzen (bei **Inspektoranwärter/innen** und **Angestellten**) oder **der/die Beamte/in** durch die oberste Dienstbehörde zum **Aufstieg** zugelassen ist und die **Voraussetzungen** des § 16 HLVO vorliegen.

Wiesbaden, 21. Oktober 1985

Verwaltungsfachhochschule  
Z 2.4.5.2.

StAnz. 45/1985 S. 1986

956

### Ungültigkeitserklärung von Polizei-Dienstausweisen

Folgende, von der **Direktion der Hessischen Bereitschaftspolizei** ausgestellte **Polizei-Dienstausweise (PDA)** sind in **Verlust** geraten:

1. PDA Nr. 10-6073 für **Polizeihauptwachmeisterin z. A. Kerstin Ballas**, Ausstellungsdatum 5. April 1984,
2. PDA Nr. 10-2872 für **Polizeihauptwachmeister-Anwärter Markus Stolper**, Ausstellungsdatum 1. April 1985.

Die **Dienstausweise** werden für **ungültig** erklärt.

Wiesbaden, 28. Oktober 1985

Direktion  
der Hessischen Bereitschaftspolizei  
P — 7 d 14

StAnz. 45/1985 S. 1986

sind die im **Jahresabschlußerlaß** des **Bundesministers der Finanzen** vom 23. Juli 1985 (MinBIFin S. 483) bestimmten Fristen maßgebend. Hiernach sind **Kassenanordnungen** für das **auslaufende Haushaltsjahr** frühzeitig, möglichst zwischen dem 16. und 19. Dezember 1985, **spätestens bis 19. Dezember 1985**, der **Bundeskasse** zuzuleiten. Bei später eingehenden **Anordnungen** kann nicht sichergestellt werden, daß sie noch zu **Lasten der Mittel des Haushaltsjahres 1985** ausgeführt werden.

Auf Wunsch der **Bundeskasse Frankfurt am Main** bitte ich, die **Kassenanordnungen** wegen der **zwangsläufigen Mehrbelastungen** der **Kassen** vor **Abschluß des Haushaltsjahres** möglichst bis zum 18. Dezember 1985 vorzulegen.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf das **allen anordnenden Dienststellen** zugegangene Schreiben der **Bundeskasse Frankfurt am Main** vom 30. August 1985 — H 2202 — 1/85 — BK 10 —.

**Jahresabschlußerlaß 1985**

**Inhalt**

- 1 Abschluß der Bücher/Letzter Zahlungstag
- 2 Vorlage der Einnahme- und Ausgabeübersichten
- 3 Vorlage der Abschlußnachweisungen
- 4 Erteilung von Kassenanordnungen
- 5 Sonstige Bestimmungen
- 6 Jahresabschluß für das Haushaltsjahr 1985 über Einnahmen und Ausgaben des Bundes

Gemäß § 76 Abs. 1 LHO i. V. m. VV Nr. 25.1 zu § 71 LHO wird bestimmt:

- 1 **Abschluß der Bücher/Letzter Zahlungstag**
  - 1.1 Die Bücher für das Haushaltsjahr 1985 sind abzuschließen
    - 1.1.1 von den Landeskassen und der Landesjustizkasse **am 30. Dezember 1985**
    - 1.1.2 von der Oberfinanzkasse **am 8. Januar 1986.**
    - 1.1.3 Die Staatshauptkasse erhält wegen des Abschlusses ihrer Bücher besondere Mitteilung (VV Nr. 25.1 letzter Satz zu § 71 LHO).
  - 1.2 **Letzter Zahlungstag** für das Haushaltsjahr 1985 für alle Kassen des Landes ist der 30. Dezember 1985. Das Offenhalten der Bücher bei den Kassen zu Nrn. 1.1.2 und 1.1.3 über den 30. Dezember 1985 hinaus dient ausschließlich der Übernahme der Abschlußergebnisse der nachgeordneten Kassen nach VV Nr. 26.8 zu § 71 LHO.
  - 1.3 Die Zahlstellen rechnen zu dem von der Kasse bestimmten Zeitpunkt ab (Nr. 11.1 der Anlage 3 zu den VV zu § 79 LHO — ZBest —).
- 2 **Vorlage der Einnahme- und Ausgabeübersichten**
  - 2.1 Die Einnahme- und Ausgabeübersichten für den Monat Dezember 1985 sind der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung von allen Kassen des Landes **spätestens zum 3. Januar 1986** vorzulegen. Die mit ihrer Anfertigung befaßten Bediensteten haben dafür zu sorgen, daß diese Übersichten hinsichtlich der Beträge, Einzelplan-, Kapitel- und Titelnummern sowie Vorziffern mit den Titelbüchern (Titelkarten) übereinstimmen, damit nachträgliche Berichtigungen vermieden werden.
- 3 **Vorlage der Abschlußnachweisungen**
  - 3.1 Die Abschlußnachweisungen für den Monat Dezember 1985 sind der Kasse, mit der abzurechnen ist, **spätestens vorzulegen**
    - 3.1.1 von den Landeskassen und der Landesjustizkasse **bis zum 3. Januar 1986,**
    - 3.1.2 von der Oberfinanzkasse **bis zum 9. Januar 1986.**
- 4 **Erteilung von Kassenanordnungen**
  - 4.1 Mit Rücksicht auf die Weihnachtsfeiertage und auf die zwangsläufige Mehrbelastung der Kassen unmittelbar vor Abschluß des Haushaltsjahres sind Kassenanordnungen für das auslaufende Haushaltsjahr den Kassen **möglichst vor dem 10. Dezember 1985** zu erteilen. Nach diesem Zeitpunkt dürfen den Kassen **nur in Ausnahmefällen** und spätestens **zugeleitet** werden (Eingang bei den Kassen):
    - 4.1.1 Annahmeanordnungen **bis zum 20. Dezember 1985,**
    - 4.1.2 **Auszahlungsanordnungen** in begründeten Einzelfällen **bis zum 19. Dezember 1985, 12.00 Uhr;**
    - 4.1.3 **Auszahlungsanordnungen**, soweit es sich um Barauszahlungen handelt **bis zum 23. Dezember 1985, 11.00 Uhr**
  - 4.2 **Änderungsanzeigen, Berechnungs-, Buchungs- sowie Auszahlungsanordnungen** sind **spätestens zuzuleiten**
    - 4.2.1 **an die Zentrale Besoldungsstelle Hessen** für Nachzahlungen **bis zum 29. November 1985,** für Neuzugänge **bis zum 6. Dezember 1985,**
    - 4.2.2 **an die Zentrale Vergütungs- und Lohnstelle Hessen** für Nachzahlungen und für Neuzugänge **bis zum 22. November 1985,**
    - 4.2.3 **An die Staatskasse Darmstadt** über Vergütungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit **bis zum 15. November 1985.**
- 5 **Sonstige Bestimmungen**
  - 5.1 Bei der Buchung der Zahlung nach Haushaltsjahren ist § 72 LHO zu beachten.
  - 5.2 Nach VV Nr. 8.3 zu § 71 LHO sind in den Titelbüchern (Titelkarten) die zugewiesenen Einnahmen und Ausgaben sowie ggf. die aus dem Vorjahr übertragenen Ausgabereste und Vorgriffe nachzuweisen.

- 5.3 Verwahrungen und Vorschüsse sind, soweit dies möglich ist, noch vor dem Jahresabschlußtag abzuwickeln.
- 5.4 Die Abrechnungskosten der Kassen gegenüber der Staatshauptkasse sind zum Jahreschluß auszugleichen, so daß in Abschn. B der Abschlußnachweisung für den Monat Dezember die Beträge zu den laufenden Nrn. 4 und 7 sich decken und bei laufender Nr. 8 ein Bestand nicht mehr verbleibt. In der Abschlußnachweisung für den Monat Dezember ist eine eventuelle Ausgleichsbuchung in Abschn. C zu kennzeichnen; einer weiteren Mitteilung an die Staatshauptkasse bedarf es nicht.
- 5.5 Damit die Kassen beschleunigt Rechnung legen können, bitte ich die Staatlichen Rechnungsprüfungsämter unter Hinweis auf die VV Nr. 8.2 zu § 100 LHO, auf die monatliche Belegvorlage für Dezember 1985 möglichst zu verzichten und Belege nur anzufordern, wenn es für den Fortgang der Vorprüfung unumgänglich ist.
- 5.6 In den vergangenen Jahren haben einige Kassen mit anordnenden Dienststellen vereinbart, daß diese ihnen bei Zeitdruck aushilfsweise Schreibkräfte zur Verfügung stellen, damit die Überweisungen rechtzeitig geleistet und die Abschlußtermine eingehalten werden konnten. Ich bitte, bei Bedarf entsprechende Abreden in gegenseitigem Einvernehmen zu treffen.
- 6 **Jahresabschluß für das Haushaltsjahr 1985 über Einnahmen und Ausgaben des Bundes**
  - 6.1 Der Bundesminister der Finanzen hat durch Rundschreiben vom 23. Juli 1985 (MinBIFin S. 483) seinen Jahresabschlußerlaß für das Haushaltsjahr 1985 mitgeteilt und gebeten, die von den Regelungen betroffenen Landesdienststellen zu unterrichten.
  - 6.2 Die Kassen des Landes — mit Ausnahme der Oberfinanzkasse — sind von den Regelungen im Jahresabschlußerlaß des Bundes nicht betroffen.
  - 6.3 Für die Oberfinanzkasse bestimme ich als Abschlußtag für die Einnahmen und Ausgaben des Bundes, die mit der Bundeskasse Frankfurt am Main abgerechnet werden, den **8. Januar 1986.** Die Abschlußnachweisung für den Monat Dezember 1985 ist der Bundeskasse Frankfurt am Main bis zum 8. Januar 1986 vorzulegen. Über die Rechnungslegung für das Haushaltsjahr 1985 ergeht besonderer Erlaß.

Wiesbaden, 22. Oktober 1985

**Der Hessische Minister der Finanzen**  
H 2202 A — 85 — III C 42  
StAnz. 45/1985 S. 1986

**958**

**Entgelt bei Anschluß der Heizung an dienstliche Versorgungsleitungen**

Unter Bezugnahme auf Nr. 25.2 der Hessischen Dienstwohnungsvorschriften vom 23. Dezember 1981 (StAnz. 1982 S. 87) gebe ich die zur endgültigen Berechnung des Entgelts bei Anschluß der Heizung von Dienstwohnungen an dienstliche Versorgungsleitungen für den Abrechnungszeitraum vom 1. Juli 1984 bis 30. Juni 1985 maßgebenden Beträge wie folgt bekannt:

Energieträger	DM je m <sup>2</sup> Wohnfläche der beheizbaren Räume
Heizöl EL	17,84
Gas	17,85
feste Brennstoffe	19,56
Fernheizung, schweres Heizöl, Abwärme	17,21

Wiesbaden, 18. Oktober 1985

**Der Hessische Minister der Finanzen**  
VV 2800 — 10 — IV A 31  
StAnz. 45/1985 S. 1987

## DER HESSISCHE MINISTER FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNIK

959

### Förderung der mittelständischen Wirtschaft;

**hier:** Richtlinien für die Bewilligung von Mitteln des Landes Hessen zur Unterstützung von Innovationsvorhaben der mittelständischen Wirtschaft auf dem Gebiet der Umweltschutztechnologien

Hiermit gebe ich die o. g. Richtlinien bekannt. Anträge sind mit den erforderlichen Unterlagen bei der Hessischen Landesentwicklungs- und Treuhandgesellschaft mbH (HLT), Abraham-Lincoln-Straße 38—42, 6200 Wiesbaden, einzureichen. Dort kann auch der zugehörige Antragsvordruck angefordert werden.

Wiesbaden, 4. Oktober 1985

**Der Hessische Minister  
für Wirtschaft und Technik**  
II b 11 — 69 c 22 29 (2)  
— Gült.-Verz. 50 —

*StAnz. 45/1985 S. 1988*

### Richtlinien für die Bewilligung von Mitteln des Landes Hessen zur Unterstützung von Innovationsvorhaben der mittelständischen Wirtschaft auf dem Gebiet der Umweltschutztechnologien

#### 1. Allgemeines

##### 1.1 Zielsetzung

Um die Entwicklung technisch neuer Produktionsanlagen, Produktionsverfahren und Produkte, die zum Umweltschutz beitragen, zu beschleunigen, gewährt der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik kleinen und mittleren Unternehmen sowie Ingenieurbüros und ähnlichen freien Berufen Zuschüsse für Entwicklungs- und Pilotvorhaben, deren Durchführung ohne öffentliche Hilfe wegen des hohen technologischen und finanziellen Risikos nicht oder nur erheblich verzögert zu erwarten ist.

Initiative und Verantwortung für die Innovation verbleiben beim Antragsteller. Durch die Förderung soll das Risiko vermindert, dem Antragsteller aber nicht abgenommen werden.

Die Förderung soll darüber hinaus auch generell zur Stärkung der Innovationskraft insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen.

##### 1.2 Rechtsgrundlage

Diese Richtlinien ergeben auf der Grundlage des Gesetzes zur Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen der hessischen Wirtschaft vom 23. September 1974 (GVBl. I S. 458).

#### 2. Antragsberechtigte

Antragsberechtigt sind kleine und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft sowie Ingenieurbüros und ähnliche freie Berufe mit nicht mehr als 100 Beschäftigten und nicht mehr als 22 Millionen DM Umsatz pro Jahr, die ihre Betriebsstätte in Hessen haben. Wird das Vorhaben von mehreren Beteiligten gemeinsam durchgeführt, so ist der Antrag von einem der Beteiligten zu stellen. Die anderen Beteiligten sind zu nennen; Kooperationsverträge sind vorzulegen.

#### 3. Gegenstand der Förderung

##### 3.1 Gegenstand der Förderung sind Entwicklungs- und Pilotvorhaben

- zur Verminderung bzw. Vermeidung von schädlichen oder lästigen Emissionen
- zum Schutz vor schädlichen oder lästigen Immissionen
- zur Messung und Analyse von Emissionen und Immissionen
- zum Transport und zur Beseitigung von Abfällen
- zur Einsparung knapper natürlicher Ressourcen, insbesondere durch Verbrauchseinsparung und durch Verminderung von Abfallmengen und durch Recycling von Abfallstoffen
- zur Behebung von Umweltschäden
- zur Wassereinsparung und Abwasserreinigung, die den bisherigen Stand der Technik in der Bundesrepublik Deutschland erhöhen.

3.2 Es muß sich um ein Vorhaben handeln, bei dem eine neue oder neuartige Produktionsanlage, ein neues oder neuartiges Produktionsverfahren oder ein neues oder neuartiges Produkt geschaffen werden soll.

3.3 Von einer Förderung im Rahmen dieses Programms sind Vorhaben ausgeschlossen, die nach dem Gesetz über sparsame, rationelle, sozial- und umweltverträgliche Energienutzung in Hessen (Energiespargesetz) vom 3. Juli 1985 (GVBl. I S. 101) gefördert werden können.

#### 4. Fördervoraussetzungen

4.1 Das Vorhaben muß technisch erfolgversprechend sein und mittelfristig Aussicht auf Verwertung bieten.

4.2 Bei Abwägung der finanziellen Situation des Antragstellers und des wirtschaftlichen und technischen Risikos sollte die Durchführung des Vorhabens ohne staatliche Hilfe nicht oder nur erheblich verzögert zu erwarten sein. Gleichwohl muß der erforderliche Aufwand für das Vorhaben im angemessenen Verhältnis zu der Finanzkraft des Unternehmens stehen.

4.3 Eine Zuwendung ist zu versagen, wenn die Gesamtfinanzierung des Vorhabens nicht gewährleistet ist oder wenn die wirtschaftliche Lage des Antragstellers eine ordnungsgemäße Durchführung des Vorhabens nicht mit hinreichender Sicherheit erwarten läßt.

4.4 Das Vorhaben muß in Hessen durchgeführt werden.

4.5 Grundsätzlich werden nur solche Vorhaben gefördert, die vor Zugang des Bewilligungsbescheides noch nicht begonnen wurden.

#### 5. Art und Höhe der Förderung

##### 5.1 Art der Förderung

Die Förderung wird in der Form eines Zuschusses zu den Kosten des Vorhabens gewährt.

##### 5.2 Höhe der Förderung

5.2.1 Der Fördersatz beträgt bis zu 50% der zuschufähigen Vorhabenskosten. In den Fördergebieten der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ kann der Zuschuß bis zu 70% betragen.

Höchstens wird ein Zuschuß von 200 000,— DM gewährt.

5.2.2 Die Höhe der Förderung wird im Einzelfall unter Berücksichtigung der verfügbaren Haushaltsmittel festgelegt. Ein Rechtsanspruch besteht nicht. Sie bemißt sich nach den zuschufähigen Kosten und der Höhe des technologischen und finanziellen Risikos sowie nach der Bedeutung des Vorhabens für den Umweltschutz, nach der Betriebsgröße, nach der finanziellen Leistungsfähigkeit des Antragstellers und nach dem zur Realisierung des Vorhabens erforderlichen Förderungsbedarf.

5.2.3 Bei Vorhaben, die nur teilweise auf eine Verbesserung des Umweltschutzes abzielen, wird höchstens ein Zuschuß entsprechend dem Anteil der Vorhabenskosten, der auf die Entwicklung von Umwelttechnik entfällt, gewährt.

##### 5.3 Zuschufähige Kosten

5.3.1 Als zuschufähig können alle Kosten anerkannt werden, die bei wirtschaftlicher und sparsamer Betriebsführung im Rahmen der Vorbereitung und Durchführung eines Vorhabens anfallen und nachgewiesen werden.

Nicht zuschufähig sind Personalkosten, für die im Zeitraum des Vorhabens Zuschüsse nach dem Programm des Bundes zur Förderung von FuE-Personal in der Wirtschaft möglich sind.

Nicht zuschufähig sind ferner insbesondere die Mehrwertsteuer, sofern der Antragsteller zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, Grunderwerbskosten und damit in Zusammenhang stehende Kosten sowie Kosten für die Beschaffung von Kapital, insbesondere Zinsen.

5.3.2 Die voraussichtlichen Selbstkosten sind vorkalkulatorisch zu ermitteln. Der Nachweis der tatsächlich angefallenen Kosten ist durch Nachkalkulation zu erbringen. Gemeinkosten können bis zur Höhe von 80% der zuschufähigen Personalkosten als zuschufähig anerkannt werden.

5.3.3 Soweit Vorhaben im Rahmen eines anderen Förderprogramms der Europäischen Gemeinschaften, des Bundes oder der Länder gefördert werden, vermindern sich die zuschufähigen Kosten entsprechend.



**6. Antragstellung und Verwaltung**

Anträge auf Gewährung von Zuschüssen sind auf vorgeschriebenem Formblatt bei der

Hessischen Landesentwicklungs- und Treuhandgesellschaft mbH (HLT), Abraham-Lincoln-Straße, 6200 Wiesbaden,

einzureichen.

Bei der Antragsbearbeitung kann eine geeignete Stelle zur gutachtlichen Stellungnahme hinzugezogen werden.

Die Verwendung der öffentlichen Finanzierungshilfe für den im Antrag angegebenen Zweck wird von der bewilligenden oder einer von ihr beauftragten Stelle überwacht. Eine Änderung des Verwendungszwecks bedarf der vorherigen Zustimmung der bewilligenden Stelle.

Für die Gewährung, die Auszahlung und die Rückzahlung von Zuwendungen, den Nachweis ihrer Verwendung und die Prüfung der Verwendungsnachweise gelten das Haushaltsgesetz in seiner jeweils gültigen Fassung, die Landeshaushaltsordnung (LHO), die Vorläufigen Verwaltungsvorschriften (VV) zu § 44 Abs. 1 LHO (StAnz. 1974 S. 1562, 1977 S. 2376 und 1985 S. 197), die Allgemeinen Bewirtschaftungsgrundsätze (ABewGr) — Anlage 1 zu den VV zu § 44 LHO — (StAnz. 1974 S. 1578, 1985 S. 197) und die Allgemeinen Zinsvorschriften — Zinsanweisung (ZinsA) — Anlage 4 zu

den VV zu § 70 LHO — (StAnz. 1979 S. 1654), soweit in diesen Richtlinien nichts anderes bestimmt ist.

Der Antragsteller hat in jede von der HLT oder den beteiligten Ministerien für erforderlich gehaltene Überwachung und Überprüfung ggf. auch durch den Hessischen Rechnungshof einzuwilligen.

Es ist ein detaillierter Abschlußbericht vorzulegen. Das Land Hessen und die HLT sind berechtigt, über den Gegenstand des Vorhabens, die Höhe der Förderung und den Namen des Antragstellers öffentlich zu berichten.

Eine Verpflichtung zur Rückzahlung der öffentlichen Hilfen einschließlich ihrer Verzinsung entsteht insbesondere dann, wenn der Empfänger zur Erlangung der Finanzierungshilfe unrichtige Angaben gemacht oder Angaben unterlassen hat, die für die Beurteilung des Antrages wesentlich sind, oder wenn nach Abschluß des Vorhabens der Nachweis über die ordnungsgemäße Verwendung nicht oder nicht fristgerecht vorgelegt wird.

Die im Antrag und im Nachweis über die Verwendung der Finanzierungshilfe anzugebenden Tatsachen sind subventionserheblich i. S. des § 264 des Strafgesetzbuches i. V. m. § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) sowie des Hessischen Subventionsgesetzes vom 18. Mai 1977 (GVBl. I S. 199).

960

**DER HESSISCHE MINISTER FÜR ARBEIT, UMWELT UND SOZIALES****Kriegsopferfürsorge;**

hier: Erholungshilfe nach § 27 b des Bundesversorgungsgesetzes (BVG)

Bezug: Mein Erlaß vom 6. April 1982 (StAnz. S. 920)

Auf Grund des gestiegenen durchschnittlichen Tagessatzes in den Vertragshäusern im Sommererholungsprogramm 1985 und der zu erwartenden Preisentwicklung im kommenden Jahr setze ich vom 1. April 1986 an den Tagessatz für selbstgewählte Erholungsaufenthalte im Rahmen des § 27 b BVG auf 33,— DM fest.

Mein o. a. Erlaß wird hiermit aufgehoben.

Wiesbaden, 3. Oktober 1985

**Der Hessische Minister  
für Arbeit, Umwelt und Soziales**  
II A 2 b — 51 k 02

StAnz. 45/1985 S. 1989

961

**Eignungserklärung nach §§ 53, 54 a JWG, § 1791 a BGB**

Der Verein für Jugend- und Erwachsenenhilfe e. V. im Diakonischen Werk in Hessen und Nassau, Ludwigstraße 8, 6148 Heppenheim (Bergstraße), ist vom Landesjugendamt Hessen gemäß §§ 53, 54 a JWG, § 1791 a BGB mit Wirkung vom 10. Oktober 1985 zur Übernahme von Vormundschaften, Pflegschaften und Beistandschaften über Minderjährige und Volljährige für geeignet erklärt worden. Die Eignungserklärung erstreckt sich auf das Gebiet des Landkreises Bergstraße.

Wiesbaden, 10. Oktober 1985

**Der Hessische Minister  
für Arbeit, Umwelt und Soziales**  
II B 6 a — 52 i 0407

StAnz. 45/1985 S. 1989

962

**Öffentliches Auftragswesen;**

hier: Berücksichtigung umweltfreundlicher Produkte bei öffentlichen Beschaffungen und Vergaben — Neubeckanntgabe der Auflistung —

Bezug: Gemeinsamer Runderlaß vom 16. Mai 1983 (StAnz. S. 1301), geändert durch Erlaß vom 11. September 1984 (StAnz. S. 1878)

Die mit o. a. Gemeinsamen Runderlaß bekanntgegebene Liste für Produkte, für die bisher ein Umweltzeichen vergeben worden ist,

neu gefaßt am 11. September 1984, wird durch die nachstehende Auflistung ersetzt:

- Kraftfahrzeuge mit Abgasreinigung (RAL UZ 31)
- lärm- und rußemissionsarme Omnibusse und Lkw (RAL UZ 7)
- asbestfreie Bremsbeläge (RAL UZ 11)
- asbestfreie Kupplungsbeläge (RAL UZ 20)
- runderneuerte Reifen (RAL UZ 1)
- langlebige und lärmarme Kraftfahrzeug-Schalldämpferanlagen (RAL UZ 19)
- umweltfreundliche Autogasanlagen (RAL UZ 22)
- abwasserarme Autowaschanlagen (RAL UZ 23)
- abwasserentlastende Kaltreiniger (RAL UZ 29)
- emissionsarme Ölzerstäubungsbrenner (RAL UZ 9)
- wassersparende Spülkästen (RAL UZ 32)
- elektronisch gesteuerte Duscharmaturen (RAL UZ 33)
- lärmarme Motor-Rasenmäher (RAL UZ 8)
- lärmarme Staubsauger (RAL UZ 8)
- schadstoffarme Lacke (RAL UZ 12 a) und Pulverlacke (RAL UZ 12 b)
- blei- und chromatarme Korrosionsschutzfarben (RAL UZ 18)
- asbestfreie Bodenbeläge (RAL UZ 10)
- Tapeten und Rauhfaser aus Papier-Recycling (RAL UZ 35)
- Baustoffe aus Papier-Recycling (RAL UZ 36)
- Mehrwegflaschen (RAL UZ 2)
- Mehrwegsteigen für Lebensmittel (RAL UZ 26)
- Mehrweg-Kapseln für Schlagsahnebereiter und Sodasiphons (RAL UZ 25)
- Mehrweg-Transportverpackungen (RAL UZ 27)
- Mehrweg-Tablets und ähnliche Industrieverpackungen (RAL UZ 28)
- Altglas-Sammel-Aktion (RAL UZ 4)
- lärmarme Altglas-Container für den lärmempfindlichen Bereich (RAL UZ 21)
- Hygiene-Krepp aus Altpapier (RAL UZ 5)
- Recyclingpapier (Umweltschutzpapier) (RAL UZ 14)
- recyclinggerechte Druckerzeugnisse (RAL UZ 15)
- Pflanzentöpfe aus Altstoffen (RAL UZ 17)
- Produkte aus Recycling-Kunststoffen bzw. Altgummi (RAL UZ 30)
- salzfreies, abstumpfendes Streugut (RAL UZ 13)

- Spraydosen ohne Fluorchlorkohlenwasserstoffe in den Verwendungsbereichen kosmetische Mittel (einschließlich Haarspray), Raumsprays und Ausrüstungsmittel für Bedarfsgegenstände (RAL UZ 3)
- Zink-Luft-Batterien (RAL UZ 16)
- umweltfreundliche Rohrreiniger (RAL UZ 24)
- insektizidfreie Schädlingsbekämpfungsmittel für Innenräume (RAL UZ 34)

Diese Liste wird jährlich einmal im Staatsanzeiger für das Land Hessen nach neuestem Stand bekanntgegeben.

Wiesbaden, 10. Oktober 1985

**Der Hessische Minister  
für Arbeit, Umwelt und Soziales**  
VIII A 7 — 79 o 02.11.3 — 955/85  
StAnz. 45/1985 S. 1989

963

## DER HESSISCHE MINISTER FÜR LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND NATURSCHUTZ

### Durchführung des Waldschutzes in Hessen

Bezug: Meine Erlasse

1. vom 25. November 1980 (StAnz. 1981 S. 37) i. d. F. vom 11. Januar 1984 (StAnz. S. 394),
2. vom 10. März 1983 (StAnz. S. 862),
3. vom 6. November 1979 (StAnz. S. 2307),
4. vom 15. April 1980 (StAnz. S. 922),
5. vom 12. November 1974 — III B 1 1780 — S 12 — (n. v.),
6. vom 23. Oktober 1979 (StAnz. S. 2203) i. d. F., vom 18. April 1983 (StAnz. S. 1107),
7. vom 20. Dezember 1983 — III B 1/III A 6 — 418 — C 02 — (n. v.),
8. vom 29. April 1983 — III B 1 — 68 — S 13 — (n. v.),
9. vom 21. August 1979 — III B 1 — 780 — S 17 (n. v.),
10. vom 12. Februar 1980 — III B 1 — 190 — S 17 (n. v.),
11. vom 14. Mai 1984 — III B 1/A 6 — 334 — S 17 (n. v.),
12. vom 22. Mai 1975 — III B 1 — 516 — S 17 (n. v.),
13. vom 4. September 1975 — III B 1 — 15 — S 17 (n. v.),
14. vom 23. Dezember 1983 — III B 1 — 562 — S 17 (n. v.),
15. Gemeinsamer Erlaß mit dem HMDI vom 12. Mai 1976 — III B 1 — 277 — S 20/VI 55 — 65 a 04/07 — 6 (n. v.),
16. vom 31. August 1978 (StAnz. S. 1979),
17. vom 12. Mai 1976 — III B 1 — 460 — S 24 (n. v.),
18. vom 22. April 1971 — III B 1 — 3759 — S 25 (n. v.).

#### A. Einführung

Der Aufbau und die Erhaltung eines stabilen, funktionsgerechten und gesunden Waldes ist die zentrale Aufgabe der Hessischen Landesforstverwaltung. Dem vorbeugenden und kurativen Schutz der Bestände vor Schadeinflüssen aller Art kommt dabei besondere Bedeutung zu. Die unter dem Begriff Waldsterben zusammengefaßten Erscheinungen lassen befürchten, daß Fragen des Waldschutzes künftig noch bestimmender für unser forstliches Handeln sein werden.

Gleichzeitig sind gerade bei der Durchführung von Waldschutzmaßnahmen, insbesondere wenn der Einsatz chemischer Pflanzenbehandlungsmittel unvermeidlich ist, zahlreiche Verhaltensregeln und rechtliche Vorgaben zu beachten.

Es ist daher erforderlich, dem forstlichen Praktiker die gültigen Vorschriften in möglichst handlicher und übersichtlicher Form zugänglich zu machen.

Dies ist das Ziel des Waldschutzerlasses<sup>1)</sup>, der:

1. alle meine bisher auf dem Gebiet des Waldschutzes ergangenen Erlasse ersetzt,
2. die Texte der wichtigsten Rechtsgrundlagen und Hinweise auf weitere Vorschriften enthält und
3. sonstige wichtige Informationen über den Waldschutz gibt.

#### B. Organisatorische Hinweise

1. Meine Bezugserlasse Nr. 1. bis 14. und 17. bis 18. werden außer Kraft gesetzt und durch diesen Waldschutzerlaß ersetzt.
2. Alle künftig ergehenden Erlasse mit grundsätzlicher Bedeutung auf dem Gebiet des Waldschutzes erhalten die Form von Ergänzungsblättern. Sie sind dem Waldschutzerlaß beizufügen und im dem Erlaß vorgehefteten Kontrollblatt zu vermerken.
3. Rundverfügungen der Bezirksdirektionen für Forsten und Naturschutz bitte ich auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Sie sind neben dem Aktenzeichen mit der jeweils zutreffenden Kapitelnummer des Waldschutzerlasses zu versehen und diesem beizufügen. Gültige Rundverfügungen aus den Vorjahren sind auf ihre Übereinstimmung mit dem Waldschutzerlaß zu überprüfen.
4. Diese Vorschriftensammlung ist auf Forstamtssebene in Dienstbesprechungen vorzustellen. Die wesentlichen Bestimmungen sind zu erläutern.  
Ergänzungsblätter sind anlässlich von Dienstbesprechungen auf Forstamtssebene bekanntzugeben.

Die Forstamtsausschüsse sind über Form und Inhalt dieser Vorschrift zu unterrichten.

Wiesbaden, 9. August 1985

**Der Hessische Minister  
für Landwirtschaft,  
Forsten und Naturschutz**  
III B 1 — 132 — S 00  
— Gült.-Verz. 86, 882 —  
StAnz. 45/1985 S. 1990

964

## PERSONALNACHRICHTEN

Es sind

### B. im Bereich des Hessischen Ministerpräsidenten

beim Bevollmächtigten des Landes Hessen beim Bund

ernannt:

zur Ministerialrätin Regierungsdirektorin (BaL) Eva-Maria Keuchel (28. 10. 85).

Bonn, 28. Oktober 1985

**Der Hessische Ministerpräsident  
Der Bevollmächtigte  
des Landes Hessen beim Bund**  
Z — 1363/85

StAnz. 45/1985 S. 1990

### C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

beim Regierungspräsidenten in Darmstadt

ernannt:

zum Regierungsrat (BaL) Regierungsrat z. A. (BaP) Norbert Pfaff (17. 9. 85);

zum Regierungsrat z. A. (BaP) Assessor Stefan Völkel (10. 6. 85);

zum/zu Assistenten/innen der/die Assistent/innen (BaP) Jutfa Baumann, Maria Englert (beide 1. 9. 85), Thomas Strubel, LR Darmstadt-Dieburg (2. 9. 85);

zu Assistenten/innen z. A. (BaP) die Assistentenwärter/innen (BaW) Sonja Werner, Michaela Edelmann, Angela Peter, Bert Rubacek, Ilona Schmidt, Michael Friedberger (sämtlich 1. 9. 85);

<sup>1)</sup> hier nicht veröffentlicht

zu **Assistentenwärttern/innen (BaW)** die Bewerber/innen Annette Hellmich, Sonja Trautmann, Andreas Heun, Roland Spang, Thorsten Sigwart, Sonja Rosenbusch (sämtlich 1. 9. 85);

**berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:**

Oberinspektorin (BaP) Barbara Pannke (18. 6. 85), die Inspektorinnen (BaP) Heide Hammer (11. 9. 84), Ingelore Pfaff (28. 5. 85), Sonja Ströbel, LR Offenbach (8. 7. 85), Cornelia Mühle-Strohner, LR Odenwaldkreis (9. 9. 85), Hildegard Brandstätter-Peschek, LR Offenbach (12. 9. 85), die Hauptsekretärinnen (BaP) Barbara Metz, LR Bergstraße (26. 7. 85), Kerstin Kraft (30. 8. 85);

**versetzt:**

zur Wehrbereichsverwaltung IV Wiesbaden Baurat (BaL) Helmut Glock, Hess. Landesprüfstelle für Baustatik (1. 6. 85), zum Kreisausschuß des Wetteraukreises Regierungsrätin (BaL) Brigitte Schwabe (1. 8. 85), zum Magistrat der Stadt Idstein Inspektorin z. A. (BaP) Birgit Völker, LR Main-Taunus-Kreis (1. 7. 85);

**in den Ruhestand getreten:**

Amtsrat (BaL) Karl Lucan, LR Main-Kinzig-Kreis (30. 6. 85);

**in den Ruhestand versetzt:**

Amtmann (BaL) Margot Erdmenger (31. 7. 85) gem. § 51 (3) Ziff. 1 HBG, Amtmann (BaL) Kurt Rudolf (30. 6. 85) gem. § 51 (1) HBG i. V. m. § 56 (2) HBG;

**entlassen:**

Amtmann (BaL) Heinz Balsler, LR Wetteraukreis (14. 7. 85) gem. § 46 HBG, die Baureferendare/in (BaW) Gabriele Strüwe, Michael Kirschbaum, Werner Wingefeld (sämtlich 11. 9. 85), sämtlich gem. § 43 Abs. 2 Satz 2 HBG;

**verstorben:**

Oberamtsmeister (BaL) Erwin Klemm (9. 8. 85).

Darmstadt, 23. Oktober 1985

**Der Regierungspräsident**  
I 2/2 a — 71  
02/07 (E)

**bei der Vollzugspolizei des Regierungspräsidenten in Kassel**

**ernannt:**

zu **Polizeihauptkommissaren** die Polizeioberkommissare (BaL) Walter Sachs, PK Korbach, Berthold Schäfer, PK Bad Hersfeld (beide 1. 10. 85);

zu **Polizeioberkommissaren** die Polizeikommissare (BaL) Albert Krahrmer, PSt Hess. Lichtenau, Bernhard Wald, PSt Fulda (beide 1. 10. 85);

zu **Polizeihauptmeistern** die Polizeiobermeister (BaL) Wilhelm Reineke, PK Korbach, Friedrich Gliem, PK Bad Hersfeld, Hans Gerhard Heppel, PSt Hünfeld, Bruno Toporcizsek, PK Eschwege, Erwin Ziegler, PAST Petersberg (sämtlich 1. 10. 85);

zu **Polizeiobermeistern** die Polizeimeister (BaL) Peter Dudek, PAST Bad Hersfeld, Gerhard Erb, PSt Fulda, Wolfgang Kießler, PSt Melsungen, Werner Kraus, PAST Kassel, Manfred Schrön, PSt Rotenburg, Michael Spiske, PSt Hilders, Klaus-Jürgen Wartha, PSt Frankenberg (sämtlich 1. 10. 85);

**eingewiesen:**

in die Besoldungsgruppe A 9 mit Amtszulage

die Polizeihauptmeister (BaL) Klaus Becker, PSt Melsungen, Otto Sauerwein, PK Bad Hersfeld, Hans-Wolfgang Hassenpflug, PAST Bad Hersfeld, Wilfried van der Horst, PK Korbach, Ruprecht Faßhauer, PSt Witzenhausen (sämtlich 1. 10. 85);

**berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:**

die Polizeimeister (BaP) Bernd Reinhardt, PSt Hünfeld (3. 6. 85), Herbert Frese, PSt Arolsen (12. 7. 85), Klaus Werner, PSt Fritzlar (14. 7. 85);

**in den Ruhestand versetzt:**

die Polizeihauptmeister (BaL) Otto Ollhoff, PD Fulda, Siegfried Hochstaedt, PK Korbach, Werner Gießler, PSt Melsungen (sämtlich 31. 8. 85); Polizeiobermeister (BaL) Werner Fischer, PSt Hünfeld (31. 5. 85); Polizeimeister (BaL) Peter Reuter, PAST Bad Hersfeld (30. 9. 85);

**verstorben:**

Polizeiobermeister (BaL) Heinz-Jürgen Kannberg, PSt Rotenburg (29. 8. 85).

Kassel, 23. Oktober 1985

**Der Regierungspräsident**  
13 S 6 — 8 b 24 01

**bei der Hessischen Brandversicherungskammer Darmstadt**

**ernannt:**

zum **Oberamtsrat** Amtsrat (BaL) Hans Wolf (21. 10. 85);  
zum **Amtsrat** Amtmann (BaL) Wilfried Hupe (21. 10. 85);  
zur **Oberinspektorin** Inspektorin (BaL) Gisela Müller (21. 10. 85);

**entlassen:**

Oberinspektor Gerhard Friedrich (31. 7. 85) gemäß § 41 Abs. 1 HBG.

Darmstadt, 24. Oktober 1985

**Hessische Brandversicherungskammer**  
2 b — 24/I/1

**beim Polizeipräsidenten in Frankfurt am Main**

**ernannt:**

zu **Polizeimeistern** Polizeimeister im Bundesgrenzschutz (BaL) Dirk Kleinhans, die Polizeimeister im Bundesgrenzschutz (BaP) Torsten Ax, Eckhard Gentzsch, Ralf Keller, den Polizeihauptwachmeister im Bundesgrenzschutz (BaL) Hauke von Bierbrauer zu Brenstein, die Polizeihauptwachmeister im Bundesgrenzschutz (BaP) Gerhold Bunge, Horst Bungert, Stefan Fisch, Andreas Förster, Heinz Frank, Michael Leckel, Stefan Lemke, Hagen Mayer, Michael Ruppert, Thomas Stahl, Michael Weigold (sämtlich 1. 10. 85);

**berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:**

Obersekretär (BaP) Manfred Stötzer (9. 9. 85), Kriminalobermeister (BaP) Ernst Bogner (7. 10. 85), die Polizeiobermeister (BaP) Bernd Karb (13. 9. 85), Michael Byrau (18. 9. 85), Rolf Burdack (21. 9. 85), Gerd Köth (23. 9. 85), Robert Zwick (24. 9. 85), Uwe Tschakert (27. 9. 85), Volker Walter (28. 9. 85), Thomas Schmitt (30. 9. 85), Karlheinz Leber (30. 9. 85), die Polizeimeister (BaP) Edgar Kaut (11. 9. 85), Karl Klotz (12. 9. 85), Ulrich Donges (14. 9. 85), Roman Sickenberger (28. 9. 85), Olaf Rödiger (29. 9. 85), Armin Fink (30. 9. 85);

**versetzt:**

vom Bundesminister des Innern Polizeimeister im Bundesgrenzschutz (BaL) Dirk Kleinhans, die Polizeimeister im Bundesgrenzschutz (BaP) Torsten Ax, Eckhard Gentzsch, Ralf Keller, Polizeihauptwachmeister im Bundesgrenzschutz (BaL) Hauke von Bierbrauer zu Brenstein, die Polizeihauptwachmeister im Bundesgrenzschutz (BaP) Gerhold Bunge, Horst Bungert, Stefan Fisch, Andreas Förster, Heinz Frank, Michael Leckel, Stefan Lemke, Hagen Mayer, Michael Ruppert, Thomas Stahl, Michael Weigold (sämtlich 1. 10. 85);

**entlassen:**

Polizeiobermeister Dieter Barbaro (31. 12. 84);

**verstorben:**

Polizeihauptkommissar Hans Wolf (20. 10. 85)

Frankfurt am Main, 23./24. Oktober 1985

**Der Polizeipräsident**  
P III/2/12/24 — 8 b 04/03/06 09  
StAnz. 45/1985 S. 1990

**F. im Bereich des Hessischen Kultusministers**

**beim Regierungspräsidenten in Darmstadt**

**ernannt:**

zur **Psychologierätin z. A. (BaP)** Dipl.-Psychologin Heidrun Abendroth, Staatl. Schulamt für die Stadt Frankfurt (9. 5. 85);

**berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:**

Inspektor (BaP) Gottfried Dreimann, Staatl. Schulamt für den Kreis Offenbach (14. 8. 85);

**in den Ruhestand getreten:**

Schulamtsdirektor (BaL) Georg Wabnitz, Staatl. Schulamt für den Wetteraukreis (31. 7. 85);

**entlassen:**

Regierungsdirektor (BaL) Baldur Schmidt, Staatl. Schulamt für die Stadt Frankfurt (9. 6. 85) gem. § 39 (1) Ziff. 4 HBG.

Darmstadt, 23. Oktober 1985

**Der Regierungspräsident**  
I 2/2 a 7 I 02/07 (E)

## beim Regierungspräsidenten in Darmstadt in Grund-, Haupt- und Realschulen

ernannt:

zu **Lehramtsreferendaren/innen (BaW)** Barbara Geissler, Gabriele Krüger, Petra Schmeing, Heidrun Steinmann, Angelika Stelzer, Uta Wahl, Renate Hofmann, Otfmar Lauterbach, Evelyn Müller, Heike Marx, Hans Christoph Roth, Susanne Seip, Renate Stippler, Annette Klein, Sibylle Martino, Hannelore Schäfer, Martina Scheithe, Anne Boeckelmann, Brigitte Eberle, Gabriele Hopp, Hans-Joachim Beck, Annette Rammelmann, Michael Seimetz, Doris Itzel, Cornelia Hartmann, Horst Heinz, Christiane Kolt, sämtlich Wiesbaden, Maria Fredrich, Heike Frensch, Martina Hoffelner, Sigal Markhoff, Inken von Niding, Katharina Reiter, Klaus Friedrich, Patricia Friedrich, Renate Heinzmann, Doris Steimer, Alexandra Siegmund, sämtlich Hofheim, Ulrike Olbert, Heike Stempel, Andreas Engler-Stern, Doris Eyl, Uwe Klapper, Edwin Mücke, Roswitha Mack, Wolfgang Meister, Jürgen Michel, Gerda Neuser, Werner Sommerlad, Andrea Stockmann, Regina Welter, sämtlich Usingen, Brigitte Fahrenberger, Birgit Geiss, Ursula Heller, Daniela Damminger, Christine Eisenberg, Irmtraud Glade, Ute Griedelbach, Jutta Gronski, Christa Huber, Dietmar Löw, Herbert Müller, Yvonne Muth, Ingrid Schäfer, Petra Schreiber, Rudolf Schultheis, Ursula Vogler, Martin Rieker, Sabine Schütte, Astrid Wiegand, sämtlich Friedberg, Gabriele Back, Iris Cornel, Gudrun Hotte, Gabriele Hoff, Angelika Krug, Ina Vaupe, Christine Eimer, Ingeborg Laber, Jürgen Lamprecht, Bettina Müller-Rauch, Harald Max Perl, Maria Duchene-Schwabe, Dagmar Frank, Norbert Gaag, Gerd Lux, Renate Miksch, Klaus Petersen, Heike Rauber, Astrid Altenwerth, Helga Baumann, Astrid Hupperts, Barbara Schäffer, Annerose Zimmermann, Christian Keusch, Joachim Kischkewitz, Andrea-Margaret Rothenburger, Heike Sause, Klaus Rödl, sämtlich Frankfurt am Main, Ursula Müller, Elisabeth Marcus-Upban, Brigitte Mittelstaedt, Barbara Buch, Ruth Bues, Gertrud Etzel, Hella Woischke-Uhl, Jürgen Moog, Monika Wolf- rum, sämtlich Hanau, Griseldis Mayer, Rudolf Düring, Brigitte Kroes, Andrea Oberkott, Daniela Schmidt, Norbert Sinsch, Susanne Tuch, sämtlich Linsengericht 1, Ulrike Bönsch, Martina Streit, Sonnhild Englert, Klemens Gieles, Birgit Ingenfeld, Bertram Kraft, Susanne Luley, Beate Schindler, James Grasko, Ulrike Bender, Renate Brack, Christa Leyens, Gerd Nowez, sämtlich Offenbach, Birgit Arndt, Claudia Arnold, Karin Hofmeier, Barbara Kämpfe, Jutta Kommarowski, Eva Müller, Brigitte Türk-Ziegler, Christine Bechtel, Werner Weigt, sämtlich Heusenstamm, Carmen Röwe, Constanze Saborowski, Petra Averbek, Christine Herlitzius, Astrid Klyne, Stephan Stammer, Philipp Stannarius, Ralf Stephan, Bettina Weber, Volker Giese, Elke Kaiser, Maria Rehbo- gen, Andreas Stach, Heiderose Stach, sämtlich Groß-Gerau, Andreas Brunnengräber, Dorothee Fischer, Brigitte Gernand, Christine Gries, Sabine Michel-Klein, Christa Staub, Dagmar Claus, Susanne Kaltwasser, Heinz-Ulrich Kraus, Frank Lebert, Ursula Luft, Theresia Mücke, Manfred Zelta, Arno Bärtzler, Monika Holtey, Gabriele Munkel, Birgit Sauer, Peter Wenzel, sämtlich Darmstadt, Maria Elisabeth Arenz, Jutta Blank, Ulrike Kampfmann, Gudrun Kirchschrager, Mechthild Stein- metz, Rolf Blenn, Heiner Bockweg, Sabine Borsdorff, Delphine Diefenbach, Cornelia Kronen, Lothar Oberle, Ludger Jaxy, Dagmar Knöpp, sämtlich Dieburg, Martin Grün, Wilfried Rad- maker, Sigrid Schaub, Nikolaus Frank, Anna Grosse Wies- mann, Magdalene Heimann, Ursula Nellesen, Helmut Neu- mann, Johannes Reckmann, Maria Zöllner, Sabine Negwer, sämtlich Heppenheim (sämtlich 1. 8. 85);

zu **Lehrern/innen z. A. (BaP)** Reinhold Schäfer, Friedrichsdorf, Adele Schüdel, Weiterstadt, Steffen Berg, Cornelia Ott, beide Frankfurt (sämtlich 1. 2. 85), Hans Werner Stück, Rod a. d. W. (21. 2. 85), Marita Heusener, Hofheim (1. 6. 85), Rainer Brun- ner, Offenbach (12. 3. 85), Sabine Lehnert, Offenbach (1. 8. 85), Jutta Grimmer, Frankfurt (1. 8. 85), Renate Kaehny, Wiesba- den (26. 7. 85), Cornelia Schmalbrock (7. 8. 85), Sabine Pos- niak, Darmstadt, Tatjana Michalek-Kebrich, Groß-Gerau, Hel- mut Stamm, Antonia Quintus, beide Wiesbaden, Wolfgang Ernst, Frankfurt, Ute Maier-Diefenbach, Wiesbaden, Maria Terhart, Friedberg, Karin Schickling, Offenbach, Joachim Knab, Frankfurt, Regina Adelmann, Darmstadt, Walburga Reitz, Langgöns, Monika Purtz, Büdingen, Waltraud Althoff, Groß-Gerau, Edgar Lutz, Irmgard Hoffmann-Knauff, beide Wiesbaden (sämtlich 1. 8. 85), Claudette Bahr, Hanau (28. 8. 85);

zur **Fachlehrerin für musisch-technische Fächer z. A. (BaP)** Lehrerin i. A. Johanna Bonnemann, Geisenheim (1. 4. 85);

zur **Fachlehrerin z. A. (BaP)** Sozialpädagogin i. A. Angelika Vogelsberger-Ankenbrand, Groß-Gerau (1. 8. 85);

zu **Lehrern/innen** die Lehrerinnen z. A. (BaP) Brigitte Schulz, Frankfurt (18. 3. 85), Birgit Modebach, Nieder-Roden (30. 4. 85),

die **Fachlehrer/innen (BaL)** Elke Drechsler, Ortenberg/Kon- radsdorf, Manfred Erhard, Hattersheim (beide 1. 4. 85), Heinz Uffelmann, Kelkheim (23. 4. 85), Christel Wegerich, Darmstadt (15. 4. 85);

die **Fachlehrer/innen für musisch-technische Fächer (BaL)** Edward Behr, Schlüchtern, Friedhelm Ott, Offenbach (beide 1. 4. 85), Brigitte Eckardt, Frankfurt (22. 8. 85), Ingeborg Bradtke, Frankfurt (1. 10. 85);

zum/zur **Fachlehrer/in** Fachlehrer/in z. A. (BaP) Klaus Dickfoss, Nidderau II (15. 4. 85), Ursula Gölz, Ober-Ramstadt (14. 6. 85);

zu **Lehrern/innen (BaL)** die Lehrer/innen z. A. (BaP) Elke Knop, Seligenstadt (13. 2. 85), Petra Wiegand, Frankfurt (19. 2. 85), Petra Weber, Hanau (22. 2. 85), Willibald Spahn, Frankfurt (14. 2. 85), Werner Maximini, Eppstein (15. 4. 85), Claudia Haas-Dragic, Frankfurt (15. 2. 85), Johanna Seifert, Schaaf- heim (21. 2. 85), Salborgh Freifrau von Ketelhodt-Kuznik, Dietzenbach (6. 2. 85), Ursula Boß, Frankfurt (19. 2. 85), Ange- lika Murmann-Hendricks, Nauheim (1. 2. 85), Karin Müller (4. 3. 85), Birgitta Schnell, beide Frankfurt (22. 3. 85), Dierk Ulfers, Ober-Ramstadt (31. 1. 85), Udo Lenz, Langenselbold (14. 3. 85), Kerstin Laun, Neu-Isenburg (1. 3. 85), Petra Frisch, Heusenstamm (11. 3. 85), Hannelore Schlächter, Hanau (8. 3. 85), Regina Lauer, Frankfurt (5. 3. 85), Sabine von Mör- ner, Ober-Ramstadt (1. 3. 85), Barbara Brücker, Frankfurt (18. 3. 85), Renate Bäcker, Lützel-Wiebelsbach (1. 2. 85), Lutz Laufer, Frankfurt (20. 3. 85), Petra Goebel, Dreieich (11. 3. 85), Harry Hübner, Regula Waigand, beide Frankfurt (beide 19. 3. 85), Elisabeth Scholl, Offenbach (1. 4. 85), Heike Liesem, Babenhausen (12. 3. 85), Ute Boll, Hanau (22. 3. 85), Konrad Möbus, Freigericht (1. 5. 85), Simon Belger-Böttcher, Frank- furt (20. 3. 85), Elisabeth Neuhaus-Weber, Rüsselsheim (1. 8. 85), Christine Wodli, Kelsterbach (11. 3. 85), Hartmut Heusel, Reichelsheim (3. 4. 85), Eva-Maria Trevisany, Wiesba- den (1. 8. 85), Gabriele Armbrust, Wiesbaden (15. 8. 85), Jutta Lerch, Darmstadt (28. 3. 85), Ingeborg Hartung, Wiesbaden (9. 4. 85), Dagmar Meckel, Erzhausen (15. 4. 85), Carmen Pas- set, Büttelborn (11. 3. 85), Michael Ludwig, Neu-Anspach (10. 4. 85), Doris Feuerbach, Darmstadt (15. 4. 85), Gabriele Schwarz, Wiesbaden (18. 4. 85), Sabine Zindler-Gühr, Frank- furt (16. 4. 85), Hilde Spahn, Schaafheim, Lothar Pohl, Frank- furt (beide 15. 4. 85), Ute Zwinger, Offenbach (1. 5. 85), Mar- tina Euteneuer, Darmstadt (15. 4. 85), Thomas Tröller, Hatters- heim (30. 1. 85), Elke Jung, Frankfurt (15. 2. 85), Roswitha Beier-Pönnighaus, Egelsbach (15. 4. 85), Heinrich Platt, Hanau (29. 4. 85), Peter Beilgardt, Großauheim (18. 4. 85), Kristin Westphal, Frankfurt (15. 4. 85), Helene Behr, Hanau (29. 4. 85), Eva-Maria Dresch, Wiesbaden (1. 8. 85), Michaela Malkomes, Beate Speike, beide Frankfurt (7. 5. 85), Ulrich Klotzbach, Weiterstadt (29. 4. 85), Edith Will, Wiesbaden (1. 8. 85), Marita Walter, Hanau (29. 4. 85), Ingrid Westenberger, Josef Schäfer, beide Frankfurt (beide 14. 5. 85), Beate Pfau, Usingen (14. 5. 85), Birgit-Gabriele Ruß, Offenbach (15. 5. 85), Nikola Neatnica (7. 5. 85), Wolfgang Schreiber (22. 5. 85), Karin Braus, sämtlich Frankfurt (26. 4. 85), Uta Arnold, Neckarstei- nach (1. 2. 85), Marion Weber, Wiesbaden (17. 5. 85), Dorothea Auel, Marianne Gläser, beide Offenbach (1. 6. 85), Sylvia Klee- mann, Frankfurt (14. 5. 85), Stefanie Hönes, Offenbach (1. 5. 85), Marianne Schmitt, Frankfurt (14. 5. 85), Heidi Har- busch (1. 8. 85), Barbara Ruth, beide Hanau (20. 5. 85), Ange- lika Giesen, Rüsselsheim (1. 8. 85), Karin Steuger, Eppstein (6. 6. 85), Karin Ebner-Schreindorfer, Harnburg (10. 5. 85), Klaus Franke, Frankfurt (1. 8. 85), Dorit Feldmann, Mühlheim (10. 5. 85), Adelheid Edel-Wissenbach, Hanau (1. 8. 85), Hel- drun Hünstein, Königstädten (19. 10. 85), Brigitte Springer, Bad Homburg (3. 5. 85), Mario Färber, Griesheim (18. 6. 85), Monika Hundertmark, Frankfurt (25. 6. 85), Ingrid Ohlendorf, Kriftel (1. 8. 85), Ulrike Volke (10. 7. 85), Hans-Dieter Müller, beide Darmstadt (9. 7. 85), Sieglinde Hennis, Frankfurt (1. 8. 85), Dieter Pritzl, Darmstadt (10. 7. 85), Ute Haase, Hepp- enheim (1. 8. 85), Rüdiger Biedermann, Bad Soden (1. 8. 85), Brigitte Luther, Darmstadt (9. 8. 85), Ulrich Hennemann (6. 8. 85), Ilona Hofmann-Stohr, beide Frankfurt (22. 8. 85), Elfriede Bittihn, Hattersheim (15. 8. 85), Anita Weber, Hanau, Allmut Haymann-Spichalsky, Wiesbaden, Gerlind Ziener, Heppenheim (sämtlich 1. 8. 85), Joachim Kamieth, Wiesbaden (2. 8. 85), Petra Moll, Groß-Bieberau (14. 8. 85), Reinhold Stich, Kelsterbach (8. 8. 85), Jan Prediger, Eppertshausen (15. 8. 85), Birte Freysoldt, Angelika Frey, Wolfgang Komma, sämtlich Offenbach, Felicia Proschitzki, Frankfurt, Magrit Gehrmann, Rodgau, Bernhard Kremer, Wiesbaden (sämtlich 22. 8. 85), Gisela König, Offenbach (23. 8. 85), Ursula Weber-Kelke,

- Hanau (21. 8. 85), Karin Pflug, Offenbach (23. 8. 85), Gabriele Schreiber, Riedstadt (22. 8. 85), Marion Fuchs, Eddersheim (2. 9. 85), Barbara Grunnert, Frankfurt, Elke Edelmeyer, Offenbach, Karen Chavanon, Bad König (sämtlich 22. 8. 85), Regina Wendenburg, Groß-Zimmern (27. 8. 85), Andreas Greif, Kelsterbach (22. 8. 85), Thomas Schorr, Offenbach, Doris Bauer, Ginsheim (beide 30. 8. 85);
- zu **Fachlehrern/innen (BaL)** die Fachlehrer/innen z. A. (BaP) Marie-Luise Roth, Einhausen (25. 1. 85), Elisabeth Maurer, Lampertheim (6. 2. 85), Brigitte Ludwig, Frankfurt (15. 3. 85), Gabriele Bertleff, Viernheim (10. 4. 85), Stephanie Ferber, Offenbach (1. 5. 85), Renate Thiel, Frankfurt (17. 4. 85), Barbara Fey, Wächtersbach (1. 2. 85), Reinhardt Mayer, Offenbach (1. 6. 85), Ursula Miklis, Weiterstadt (11. 6. 85), Ulrike Ladenthin, Birstein (20. 6. 85), Waltraud Kettenring, Ober-Ramstadt (24. 7. 85);
- zu **Fachlehrerinnen für musisch-technische Fächer (BaL)** die Fachlehrerinnen für musisch-technische Fächer z. A. (BaP) Brigitte Schultz, Ober-Ramstadt (22. 4. 85), Roswitha Keil, Pfungstadt (5. 8. 85);
- zum/zur **Realschullehrer/in** die Lehrer/innen (BaL) Erhard Blaß, Rüsselsheim, Margit Dutschke, Frankfurt, Elisabeth Müller, Rüsselsheim, Brigitte Bolle, Kronberg (sämtlich 1. 4. 85), Kirsten Kratzert, Pfungstadt (19. 4. 85), Margarete von Neubeck, Hanau (25. 4. 85), Harald Hecht, Michelstadt (5. 7. 85), Annemarie Richter-Vellage, Waltraud Simon-Eckert, beide Schwalbach (22. 8. 85);
- zu **Sonderschullehrern/innen (BaL)** die Sonderschullehrer/innen z. A. (BaP) Dorothea Holm, Frankfurt (24. 1. 85), Angelika Grillmaier, Karben (1. 3. 85), Eva Glück-Bauer, Frankfurt (27. 2. 85), Monika Förster, Steinbach (20. 2. 85), Bernd Rothenbach, Hanau (12. 3. 85), Andreas Flora, Karben 3 (18. 3. 85), Herbert Weiser, Dieburg (19. 3. 85), Monika Meyer-Seipp, Bürstadt (15. 4. 85), Johanna Arnold, Langen (17. 4. 85), Michael Mariaschk, Hirzenhain (30. 4. 85), Peter Henrich, Hanau (18. 4. 85), Ilse Hufsky-Winkler, Oberursel (6. 5. 85), Beate Königstein, Frankfurt (1. 8. 85), Doris Rösch, Königstein (20. 5. 85), Petra Lander, Darmstadt (13. 6. 85), Magdalena Georg, Sigrid Gerhardt, beide Hirzenhain (beide 12. 6. 85), Jürgen Huhn, Darmstadt (14. 6. 85), Wilfried Milloth, Idstein, Bettina Krummel, Maintal (beide 1. 8. 85), Doris Schorr, Gernsheim (12. 8. 85), Friedlind Schier-Farr, Seligenstadt (30. 8. 85), Christiane Stoll-Gerhards, Frankfurt (1. 9. 85), Johanna Abmann, Friedberg (12. 6. 85), Erhard Ludwig, Rüsselsheim (8. 8. 85);
- die **Fachlehrerin für musisch-technische Fächer (BaL)** Ute Penteker-Wolfheimer, Isolde Haschtmann-Köhler, beide Friedberg (3. 4. 85);
- die **Lehrerinnen (BaL)** Synnöre Schneider-Grigat, Friedberg (9. 4. 85), Solveig Renning, Frankfurt (1. 4. 85);
- zu **Sonderschullehrern/innen z. A. (BaP)** die Bewerber/innen Ursula Zeise, Hanau (15. 2. 85), Astrid Heinrich, Beerfelden (1. 2. 85), Käthe Lemp, Dieburg (1. 8. 85), Clemens Böhlen, Darmstadt (8. 8. 85), Christine Hauel, Kay Ehrbar, beide Dieburg, Udo Sieker, Thomas Ziegltitz, beide Bad Schwalbach, Babette Bering, Friedberg (sämtlich 1. 8. 85), Dr. Ursula Roovers (16. 8. 85), Norbert Seeger (14. 8. 85), Monika Hahn, sämtlich Darmstadt (1. 8. 85), Bernhard Horst, Hanau (5. 8. 85);
- zu **Konrektoren/innen als ständige Vertreter/innen des/der Leiters/in einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern** die Lehrer/innen (BaL) Hildegard Stephan, Maintal 2, Kurt Marquardt, Oberursel, Udo Schöler, Frankfurt, Margarete Schleser, Rimbach, Helga Schreiber-Vögler, Dreieich, Angelika Gleichmann, Wächtersbach, Karin Sievers, Hohenstein-Breithardt, Evelyn Zimmermann, Offenbach, Erika Röske-Schwiede, Wiesbaden, Monika Haack, Frankfurt, Hannelore Jany, Neu-Isenburg, Brita Häuser, Lampertheim, Karl Heinrich Winkel, Langen, Anna-Maria Geiger, Dornholzhausen, Sigrid Scheinert-Gerle, Wiesbaden, Doris Frey, Barbara Hoffmann, beide Frankfurt (sämtlich 1. 4. 85), Jürgen Zindel, Wiesbaden (1. 10. 85), Hartmut Kratz, Rodgau 2 (1. 7. 85), Fred-Jürgen Mosler, Groß-Gerau, Ingeborg Schneider, Wiesbaden (beide 1. 10. 85);
- zur **Konrektorin als ständige Vertreterin des Leiters einer Grundschule mit mehr als 360 Schülern** Lehrerin (BaL) Irene Hoelke-Roitzsch, Bruchköbel (1. 4. 85);
- zum/zur **Konrektoren/in als ständige/r Vertreter/in des/der Leiters/in einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern** die Lehrer/in (BaL) Dieter Trautmann, Mörlenbach, Werner Faust, Groß-Umstadt (beide 1. 4. 85), Wolfgang Lotz, Steinau (26. 4. 85), Dorit Keller, Wiesbaden (1. 10. 85);
- zum/zur **Konrektor/in als ständige/r Vertreter/in des Leiters einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern**
- Zweite **Konrektorin einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 540 Schülern** (BaL) Gesa Rathgeber, Offenbach (26. 4. 85), **Realschullehrer (BaL)** Franz-Georg Quirnbach, Darmstadt (20. 11. 84);
- zum **Konrektor als ständige/r Vertreter des Leiters einer Grund-, Haupt- und Realschule mit mehr als 360 Schülern an dem Realschulzweig und der Förderstufe** Realschullehrer (BaL) Eberhard Weidt, Wiesbaden (1. 4. 85);
- zur **Konrektorin als ständige/r Vertreterin des Leiters einer Grund-, Haupt- und Realschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern an dem Realschulzweig und der Förderstufe** Realschullehrerin (BaL) Lydia Schütz, Niddatal 1 (1. 4. 85);
- zum **Konrektor als ständige/r Vertreter des Leiters einer Haupt- und Realschule mit mehr als 360 Schülern an dem Hauptschulzweig, Realschulzweig und der Förderstufe** Realschullehrer (BaL) Klaus-Dieter Kurz, Roßdorf (1. 4. 85);
- zum **Konrektor als ständige/r Vertreter des Leiters einer Haupt- und Realschule mit mehr als 360 Schülern an dem Hauptschulzweig und der Förderstufe** Zweiter Konrektor einer Haupt- und Realschule mit mehr als 540 Schülern (BaL) Erich Vetter, Schlüchtern (1. 4. 85);
- zu **Sonderschulkonrektoren als ständige/r Vertreter des Leiters einer sonstigen Sonderschule mit mehr als 120 Schülern** die Sonderschullehrer (BaL) Werner Weber, Mühlthal (1. 11. 85), Armin Ose, Idstein (1. 4. 85);
- Zweiter Sonderschulkonrektor einer sonstigen Sonderschule mit mehr als 150 Schülern** (BaL) Harald Bär, Frankfurt (1. 4. 85);
- zum/zur **Zweiten Konrektor/in einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 540 Schülern** Lehrer/in (BaL) Peter Duda, Rodenbach (1. 4. 85), Inge Eiselt, Offenbach (1. 10. 85);
- zu **Zweiten Konrektoren einer Haupt- und Realschule mit mehr als 540 Schülern** die Lehrer (BaL) Hans-Edgar Bickelhaupt, Mühlthal 1 (1. 10. 84), Sieghard Supp, Wiesbaden (1. 4. 85);
- zum/zur **Lehrer/innen als Leiter/innen einer Grundschule mit bis zu 80 Schülern** der/die Lehrer/innen (BaL) Klaus Feine-Koch, Wiesbaden, Monika Spannaus, Erbach (beide 1. 4. 85), Helga Marinesau-Neu, Nidda (16. 4. 85);
- zu **Hauptlehrern/innen als Leiter/innen einer Grundschule mit mehr als 80 bis zu 180 Schülern** die Konrektoren/in als ständige/r Vertreter/in des Leiters einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern (BaL) Hermann Schupp, Crumstadt, Berthold Müller, Heidenrod-Kemel, Helmut Hilbig, Maintal 3, Gabriele Emge, Hanau (sämtlich 1. 4. 85), die Lehrer/innen (BaL) Ursel Eichholtz, Nieder-Erlenbach, Ludwig Arras, Erbach (beide 1. 4. 85), Ralf-Günter Esinger, Dieburg (19. 4. 85), Elke Fertsch, Friedberg (29. 8. 85), Ursula Prenschen, Steinfurth (1. 10. 85);
- zu **Rektoren/innen einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern** die Konrektorinnen als ständige/r Vertreterinnen des/der Leiters/in einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern (BaL) Ulrike Majid, Frankfurt, Rotraut Jahr, Oberursel-Oberstedten, Marianne Scholz, Heide Resag, beide Frankfurt (sämtlich 1. 4. 85), Monika Elbrecht, Offenbach (1. 10. 85), Konrektorin als ständige/r Vertreterin des/der Leiters/in einer Grundschule mit mehr als 360 Schülern (BaL) Maria Mangelsdorf, Raunheim (1. 4. 85), Lehrer/in (BaL) Axel Pucknat, Weiterstadt, Sibylle Pratzler, Dornholzhausen (beide 1. 4. 85), Realschullehrer (BaL) Richard Waltz, Nidda (15. 4. 85);
- zum **Rektor einer Grundschule mit mehr als 360 Schülern** Realschullehrer (BaL) Michael Kurth, Wiesbaden (1. 4. 85), Konrektorin als ständige/r Vertreterin des Leiters einer Grundschule mit mehr als 360 Schülern (BaL) Adelheid Maser, Wiesbaden (1. 4. 85);
- zur **Rektorin einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 80 bis zu 180 Schülern** Lehrerin (BaL) Doris Buhlmann, Frankfurt (1. 4. 85);
- zur **Rektorin einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern** Rektorin als Ausbildungsleiterin (BaL) Elke Dreßbach, Gründau-Rothbergen (1. 4. 85);
- zum **Rektor einer Haupt- und Realschule mit mehr als 360 Schülern an dem Realschulzweig und der Förderstufe** Direktor an einer Gesamtschule als ständige/r Vertreter des Leiters einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit mehr als 1 000 Schülern Dieter Schad, Hanau (13. 6. 85);
- zum **Rektor einer Grund-, Haupt- und Realschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern an dem Realschulzweig und der Förderstufe** Rektor einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern (BaL) Claus Balsler, Niddatal 1 (1. 4. 85);
- zum **Rektor einer Haupt- und Realschule mit mehr als 360 Schülern an dem Hauptschulzweig, Realschulzweig und der**

**Förderstufe Realschullehrer (BaL) Martin Gleichmann, Birstein (1. 4. 85);**

**zum Sonderschulrektor einer sonstigen Sonderschule mit bis zu 60 Schülern Sonderschullehrer (BaL) Dietrich Förster, Langen (1. 4. 85);**

**zur Sonderschulrektorin einer sonstigen Sonderschule mit mehr als 60 bis zu 120 Schülern Sonderschulrektorin einer sonstigen Sonderschule mit bis zu 60 Schülern (BaL) Franziska Keidl, Bad Soden (16. 4. 85);**

**zum Sonderschulrektor einer sonstigen Sonderschule mit mehr als 120 Schülern Sonderschulrektor einer sonstigen Sonderschule mit mehr als 60 bis zu 120 Schülern (BaL) Bernhard Jäger, Frankfurt (1. 4. 85);**

**zum Realschulrektor einer Realschule mit mehr als 360 Schülern Rektor an einer Gesamtschule als Leiter eines Schulzweiges mit mehr als 360 Schülern (BaL) Wolfgang Eitel, Frankfurt (1. 4. 85);**

**zum Rektor an einer Gesamtschule als Leiter der Förderstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern Lehrer (BaL) Manfred Euskirchen, Kelsterbach (1. 4. 85);**

**zum Rektor an einer Gesamtschule als Leiter einer Schulstufe mit mehr als 360 Schülern Rektor an einer Gesamtschule als Leiter der Grundstufe mit mehr als 360 Schülern (BaL) Ludwig Herbold, Beerfelden (7. 4. 85), Realschullehrer (BaL) Hans-Velten Schilling, Wallrabenstein (1. 4. 85);**

**zu Direktoren an einer Gesamtschule als ständige Vertreter des Leiters einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit bis zu 1 000 Schülern Rektor an einer Gesamtschule als Leiter eines Schulzweiges mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern (BaL) Christian Krüger, Bockenheim (19. 4. 85), Rektor an einer Gesamtschule als Leiter der Förderstufe mit mehr als 360 Schülern (BaL) Klaus Hipper, Darmstadt (1. 4. 85);**

**zum Direktor an einer Gesamtschule als Leiter einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit bis zu 1 000 Schülern Studiendirektor (BaL) Wolfgang Iser, Bad Homburg (9. 5. 85);**

**zum/zur Pädagogischen Leiter/in an einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit bis zu 1 000 Schülern Rektor/in an einer Gesamtschule als Leiter/in einer Schulstufe mit mehr als 360 Schülern (BaL) Johanna Käpernick-Krämer, Beerfelden (1. 4. 85), Eckart Hengel, Maintal 1 (20. 4. 85);**

**zum Pädagogischen Leiter an einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit mehr als 1 000 Schülern Oberstudienrat (BaL) Dieter Heymann, Dieburg (30. 4. 85);**

#### berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Lehrer/innen (BaP) Gudrun Przybilla-Schmidt, Frankfurt (1. 2. 85), Winfried Hock, Eppertshausen (18. 3. 85), Beatriz Cruse, Frankfurt (11. 3. 85), Otto Martin, Reichelsheim, Karin Arnold, Hattersheim (beide 16. 4. 85), Burkhard Weckler, Weilrod 8, Brigitte Schulz, Frankfurt (beide 13. 5. 85), Wolfgang König, Darmstadt (5. 7. 85), Johanna Harder, Heppenheim (1. 8. 85), Sabine Kothe, Kelsterbach (26. 8. 85), Fachlehrer (BaP) Hans-Peter Wahlig, Steinbach (15. 4. 85), Sonderschullehrer (BaP) Gerald Völkner, Langen (21. 3. 85);

#### in den Ruhestand getreten:

Konrektor als ständiger Vertreter als Leiter einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern Gerhard Sack, Frankfurt (31. 7. 85), die Lehrer Rudolf Wagner, Weilrod 1, Rudolf Borbons, Münster, Hans Marx, Wiesbaden (sämtlich 31. 7. 85);

#### in den Ruhestand versetzt:

die Lehrer/innen Elisabeth Schubert, Dreieich (31. 1. 85), Gertraut Suda, Inge Burger, beide Wiesbaden (beide 31. 7. 85), Petra Richter Carsenty (30. 6. 85), Maren Gebhardt, beide Frankfurt (31. 7. 85), Elisabeth Cametto, Wiesbaden (31. 7. 85), Herbert Raffler, Renate Hable, beide Frankfurt, Helga Mork, Wiesbaden (sämtlich 31. 3. 85), Friedrich Schäfer, Schöneck 1 (31. 4. 85), Emmy Schröer, Darmstadt (31. 3. 85), Heinz Kühner, Geden (31. 1. 85), Willibald Sigmund, Dreieich, Claus Disch, Oberursel (beide 31. 7. 85), Ingeborg Görler, Niedernhausen (30. 4. 85), Gerda Lindemann, Frankfurt (30. 6. 85), Heinz Hendorf, Frankfurt, Lieselotte Posselt, Aarbergen-Kettenbach (beide 31. 7. 85), Irmgard Bousios, Mörfelden-Walldorf (30. 6. 85), Erwin Scholz, Hünstetten-Wallrabenstein, Johanna Naumann, Eltville (beide 31. 7. 85), Johanna Weinelt, Wiesbaden (30. 6. 85), Elsbeth Reinhardt, Frankfurt, Hedwig Boxheimer, Hofheim, Werner Geyer, Heppenheim, Erika Bloch, Butzbach, Ingeborg Braun, Bad Homburg, Friedel Löw, Karben 1, Ursula Richter-Neidhardt, Ina-Sibylle Bankwitz beide Frankfurt, Helmgard Speidel, Hanau, Marianne Gürbig, Wiesbaden, Elisabeth Schön, Biebergemünd-Kassel, Maria Demmel, Gün-

ter Rost beide Darmstadt-Eberstadt, Werner Rückriem, Gernsheim, Irma Schäfer, Erlensee, Maria Schultz, Braunshardt, Edeltraud Gebauer, Wiesbaden, Christa Kratz, Taunusstein-Wehen, Erwin Hruby, Eltville, Lydia Gefner, Wehen, Adelheid Schultz, Darmstadt, Peter Stein, Frankfurt, Edelgard Frone-mann, Eschborn, Liesel Ruß, Bad Soden, Gertrud Lichtenberg, Offenbach, Robert Eckert, Bad Orb, Lilli Sturmfels, Darmstadt, Elfriede Becker, Emma Schäfer, beide Frankfurt, Annelies Hille, Offenbach, Edith Sticha, Maintal, Helmut Horst, Frankfurt, Brigitte Fuchs, Eltville, Erna Gähler, Elsbeth Hohl beide Hanau, Gertrud Rosemann, Frankfurt, Gisela Reichert, Maintal, Ilse Ingeborg Piel, Wiesbaden, Georg Opitz, Otzberg, Reina von Rège, Kelkheim, Ruth Otto, Luise Kohle (sämtlich 31. 7. 85), Helga Reisinger, sämtlich Frankfurt (31. 8. 85), Ronald Fienold, Hanau, Ludwig Arras, Reichelsheim, Rosemarie Stein, Heppenheim, Anneliese Max, Groß-Umstadt, Johannes Schmidt, Groß-Zimmern, Irmgard Lickmann, Frankfurt-Sindlingen, Erich Scheerer, Heppenheim, Ingetraud Rogalla, Frankfurt, Alfred Alois Tak, Bad König, Gertraude Lütter, Seligenstadt, Sigurd Becker, Birkenau, Adolf Brehm, Hainburg, Johanna Köhlmann, Ronneburg, Elisabeth Hömberger, Nidderau, Maria Margarete Klose, Grusellenbach, Erika Gerisch, Groß-Zimmern, Anna Maria Schildbach, Frankfurt, Gertraute Klug, Dietzenbach, Ruth Mieleck, Helga Stellmach, beide Offenbach, Maria Lungwitz, Bad Schwalbach, Karl-Heinz Eisinger, Frankfurt, Johannes Berger, Oberursel (sämtlich 31. 7. 85), Hans-Dieter Schröder, Lampertheim (31. 8. 85), Rohtraut Smagon, Frankfurt, Brigitte Müller, Wiesbaden, Herta Kolb, Trebur, Ilse Habert, Gelnhausen, Waltraud Batton, Gertrud Vollert beide Frankfurt, Anni Funke, Bad Orb (sämtlich 31. 7. 85), Agnes Weil, Bad Nauheim 3 (31. 1. 85), Doris Rietschel, Lützelbach, Erika Kühn, Offenbach, Charlotte Kreis, Raunheim, Madeleine Hagenmaier, Frankfurt, Margarete Irene Lutz, Wiesbaden, Hilde Gellermann, Groß-Gerau (sämtlich 31. 7. 85), Karl August Weckbecker, Wiesbaden (3. 7. 85), Alexander Tansinna, Breuberg, Eleonore Hahn, Wiesbaden, Hans Förster, Hirschhorn, Hermann Schuldt, Friedberg, Annemarie Müller, Darmstadt, Gertrude Sang, Kirsch-Göns (sämtlich 31. 7. 85), Hans Berg, Wiesbaden (30. 9. 85), Winfried Zillner, Erbach (30. 8. 85);

die Realschullehrer/innen Wilhelm Erhardt (31. 7. 85), Ursula Voigtmann, beide Wiesbaden (31. 5. 85), Theodor Sittig, Hermann Ruiner, beide Frankfurt, Rudolf Buchberger, Bad Schwalbach, Anneliese Schlickum, Rüsselsheim (sämtlich 31. 7. 85), Heinz-Günther Vogt, Groß-Gerau (31. 8. 85), Werner Gäbler, Erbach (Odw.), Ingeborg Kallöne, Bensheim, Dr. Annetmarie Beck, Wiesbaden, Elfriede Eichler, Darmstadt, Eva Bekker, Salmünster, Harald Schönhorst, Hanau, Günter Müller, Gelnhausen, Esther Müller, Bad Orb, Heinz Vogel, Heppenheim, Hans Schilling, Reinheim, Sigrid Meinicke, Rüsselsheim, Gertraude Jüde, Krißel, Lothar Jarsch, Erbach, Ruth Knack, Gerhard Happel, beide Frankfurt, Kurt Rodenhäuser, Bad König, Horst Malewski, Groß Umstadt, Peter Ohlmüller, Bensheim (sämtlich 31. 7. 85, Dr. Horst Henrich, Offenbach (31. 8. 85);

die Sonderschullehrer/innen Herbert Noack, Mörlenbach (31. 1. 85), Kurt Müller, Frankfurt, Hildegard Gerhard, Bad Homburg, Lilli Willins, Darmstadt, Hans Buchmayer, Frankfurt, Peter Blum, Dietzenbach (sämtlich 31. 7. 85), Gerhard Rothweil, Nidderau 2 (31. 10. 85);

Zweite Sonderschulkonrektorin einer Schule für Lernbehinderte mit mehr als 300 Schülern Evalotte Schmidt-Struss, Frankfurt (31. 7. 85), Konrektor einer Sonderschule Hans Schmidt, Viernheim (31. 7. 85), die Sonderschulrektoren einer sonstigen Sonderschule mit mehr als 120 Schülern Günter Niehof, Idstein, Herbert Koleczek, Rüdeshheim-Aulhausen, Günter Wezorka, Frankfurt (sämtlich 31. 7. 85), Rektorin als Ausbildungsleiterin Katharina Herrmann, Frankfurt (31. 7. 85), Lehrerin als Leiterin einer Grundschule mit bis zu 80 Schülern Anna Behr, Züntersbach (31. 7. 85), Rektor einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern Josef Grimmer, Hanau (31. 7. 85), die Jugendleiterinnen Hedwig Kober, Hildegard Hoppe, beide Frankfurt, Marie-Luise Schönhorst, Hanau, Maria Lehr, Wiesbaden, Ursula Brookes, Darmstadt, Gerlind-Helga Kießling, Hanau (sämtlich 31. 7. 85), die Fachlehrerinnen Christina Nehls, Griesheim (31. 12. 84), Anneliese Köster, Wiesbaden (31. 7. 85);

Lehrerin als Leiterin einer Grundschule mit bis zu 80 Schülern Anna Behr, Züntersbach (31. 7. 85), Rektor einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern Josef Grimmer, Hanau (31. 7. 85), die Hauptlehrer Rudolf Böhm, Aufenau, Philipp Bert, Fischbachtal, Hans Hoffmann, Sensbachtal (sämtlich 31. 7. 85), Hauptlehrerin als Leiterin einer Grundschule mit mehr als 80 bis zu 180 Schülern Edeltrud Hampel, Erlensee

(31. 7. 85), Rektor einer Haupt- und Realschule mit mehr als 360 Schülern an dem Realschulzweig und der Förderstufe Johanna Paukert, Neu-Isenburg (31. 7. 85), die Direktoren Heinz Fend, Bad Homburg, Helmut Sturm, Lorsch, Herbert Benesch, Wöllstadt, Helmut Jacobi, Hofheim, Günther Rachvoll, Frankfurt, Georg Schmidt, Rüsselsheim, Fritz Zelta, Griesheim, Ernst Christ, Dieburg, Heinrich Kolb, Mörfelden-Walldorf, Günther Plehn, Erbach (sämtlich 31. 7. 85), Rektor einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern Wolfgang Härtel, Frankfurt (31. 7. 85), die Direktoren in einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern Martin Pysall, Gelnhausen-Hailer, Anneliese Eilert, Maintal, Karl Wegenke, Bad Orb, Jürgen Lütter, Offenbach, Edgar Michel, Wiesbaden (sämtlich 31. 7. 85);

die Direktoren an einer Gesamtschule als Leiter einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit mehr als 1 000 Schülern Paul Henkel, Maintal, Ernst Ross, Hanau (beide 31. 7. 85), Fredo Sulzmann, Darmstadt (31. 8. 85);

die Direktoren in einer Gesamtschule als Leiter/in eines Schulzweiges mit mehr als 360 Schülern Helmut Gabel, Wiesbaden, Gerhard Spengler, Hattersheim, Robert Haberer, Seligenstadt, Hella Lütgehetmann, Langenselbold (sämtlich 31. 7. 85), die Direktoren/innen an einer Gesamtschule als Leiter/innen eines Schulzweiges mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern Edeltraud Matzke, Bad Schwalbach, Hans Specht, Frankfurt, Eberhart Bräuer, Griesheim, Elisabeth Sator, Offenbach (sämtlich 31. 7. 85), Rektor an einer Gesamtschule als Leiter der Förderstufe mit mehr als 360 Schülern Klaus Stephan, Stierstadt (31. 7. 85);

die Konrektorinnen Maria Diel, Großkrotzenburg (31. 3. 85), Richard Levasier, Fehlheim (30. 6. 85), Hildegard Gerhardt, Brachtal, Hildegard Merker, Hannelore Gerber, beide Darmstadt, Ursula Lehmann, Offenbach, Werner Schmitt, Kurt Glatkowski, beide Frankfurt (sämtlich 31. 7. 85);

Konrektor/in als ständige/r Vertreter/in des/der Leiters/in einer Grundschule mit mehr als 360 Schülern Elisabeth Gericke, Zeppelinheim, Günter Steinmetz, Frankfurt (beide 31. 7. 85), Konrektorin als ständige Vertreterin der Leiterin einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern Irene Schumacher, Frankfurt (31. 7. 85), die Konrektoren als ständige Vertreter des Leiters einer Grund- und Realschule mit mehr als 360 Schülern an dem Realschulzweig und der Förderstufe Günther Assmann, Butzbach, Friedrich Kochwasser, Bad Nauheim (beide 31. 7. 85), die Konrektoren als ständige Vertreter des Leiters einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern Dietrich Janke, Frankfurt (31. 1. 85), Hans-Dieter Maennel, Hofheim, Norbert Schnabel, Hailer, Adolf Fröhlich, Frankfurt (sämtlich 31. 7. 85);

Konrektor als ständiger Vertreter des Leiters einer Haupt- und Realschule mit mehr als 360 Schülern an dem Realschulzweig Albert Hermann Schultz, Wiesbaden-Erbenheim (31. 7. 85), Zweite/r Konrektor/in einer Haupt- und Realschule mit mehr als 540 Schülern Hannelore Bautz, Neu-Isenburg, Georg Müller, Groß-Umstadt (beide 31. 7. 85), Konrektor als ständiger Vertreter des Leiters einer Grund-, Haupt- und Realschule mit mehr als 360 Schülern an dem Realschulzweig und der Förderstufe Karl-Heinz Lull, Rüsselsheim (31. 7. 85), Zweite Realschulkonrektorin einer Realschule mit mehr als 540 Schülern Maria Anna Lenaif, Wiesbaden (31. 7. 85), Zweite Konrektorin einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 540 Schülern Elfriede Ludwig, Obertshausen (31. 7. 85);

#### entlassen:

Jugendleiterin im Schuldienst Maria Karle, Göppingen (5. 9. 85), die Lehrerinnen Gisela Stockburger, Offenbach (31. 7. 85), Sibylle Krause, Maintal 2 (31. 1. 85), Bärbel Wagner, Frankfurt (31. 7. 85), Monika Prothmann, Frankfurt (31. 3. 85), Ursula Klotmann, Frankenthal (31. 10. 85), Erika Closhen-Schmitt, Sprendlingen (31. 7. 84), Fachlehrerin Heidi Schmidt, Flörsheim (31. 7. 84), die Lehramtsreferendare/innen Petra Ryßok, Offenbach, Doris Werner-Paschen, Dieburg (beide 28. 2. 85), Mayken Schmidt, Friedberg (16. 3. 85), Ingrid Brunner, Hofheim (31. 3. 85), Ulla Müller-Schweikhard, Usingen (30. 4. 85), Gisela Raderschall, Frankfurt (11. 5. 85), Birgit Oberwilling, Wiesbaden (31. 5. 85), Vivian Werner-Globig, Wiesbaden (17. 5. 85), Brigitte Lindenthal, Wiesbaden (15. 5. 85), Doris Sauerwein, Hofheim (24. 5. 85), Imke Heinicke, Garbsen 1 (23. 1. 85), Eike Himstedt-Schüttler, Wiesbaden (22. 7. 85), Mechtild Käsbach, Hanau (13. 6. 85), Patricia Goldstein-Egger, Eppstein (31. 7. 85), Astrid Addy, Wiesbaden, Hella Woischke-Uhl, Heusenstamm (beide 31. 8. 85), Ulrike Tröller, Frankfurt (27. 8. 85);

#### in Gymnasien

##### ernannt:

zu Studienreferendaren/innen (BaW) Lorenz Göser, Offenbach (3. 5. 85), Martina Anschütz, Dorothea Bardt, Siegfried Dötsch, Andrea Gorgosch-Gerstenberg, Thomas Antonius Heilos, Birgit Hoffmann, Thomas Holljes, Sigrid Jung, Susanne Kahles, Brigitte Kaucher, Beate Kilian, Bernhard Klinke, Peter Hans Legleitner, Jürgen Leinweber, Ulrike Müller, Uwe Packruhn, Claus Pistel, Regina Plogmann, Karin Pradella, Ulrike Rahlfs, Christian Roehmer, Lothar Rolke, Roswitha Romanski, Ulrike Rupperecht, Richard Schmitt-Güngerich, Eberhard-Ulrich Schott, Christoph Schäfer, Karl Schumann, Ingrid Sebald, Stephan Sippel, Volkhard Stahl, Georg Strecker, Kirsten Voigt, Eva Abendroth, Thomas Ackermann, Harald Beyer, Sabine Buse-Stephan, Martin Compter, Jürgen Diefenhardt, Barbara Dold, Ursula Dragon, Barbara Ebeling, Cornelia Haimmerl, Dieter Hirschberg, Christoph Höhn, Peter Ickstadt, Barbara Illmann, Susanne Julien, Eckhard Klanke, Sabine Kretschmann, Nicola van de Loo, Almuth Loss, Dagmar Lotz, Ludger Müller, Irene Peniuk, Erika Schäfer, Martina Schmidt, Heike Schuppe, Michael Schuster, Hans-Peter Seichter, Rainer Stegmann, Heike Stein, Gero Steinberg, Petra Textor, Regina Vollmer, Martin Vonderheid, Regine Weber, Haili Alite, Elisabeth Artner, Josef Beck, Ingemarie Doerks, Gisela Erbacher, Sabine Fischer, Wolfgang Geisler, Felicitas Gerstner, Gretel Ghamsbarick, Frank Gloystein, Ralf-Uwe Glück, Rainer Hagmaier, Michael Heilmann, Ulrich Helmert, Axel Hoffmann, Christine Holzhäuser, Ruth Horstkötter, Friedhelm Lang, Peter Lauer, Günter Lehr, Andreas Leimpek-Mohler, Dr. Volker Müller, Iris Niehoff, Edeltraud Pauly, Thomas Pechar, Ingrid Reisinger, Maika Sawalis, Ingeborg Schliwa, Harald Schock, Petra Schweitzer, Monika Vogelsang, Angelika Völker, Doris Wagner, Dr. Ulrike Weisbecker, G. Weltin-Rietzer, Helga Wickenhöfer, Ingelore Wieja-Ofer, Joachim Wormsbächer, Kerstin Wüstenhöfer, sämtlich Frankfurt (sämtlich 1. 5. 85), Sabine Anders, Annette Axmann, Agnes Barak, Helga Baumgartner, Ulrike Bergmann, Lutz Braune, Gabriele Dohn, Gunda Fricke, Christiane Fritsch, Martin Gehring, Gabriele Goebel, Eva Hannekum, Gudrun Hartmann, Viola Hartung, Dietmar Hüppner, Silvia Klauß, Ute Körner, Sieglinde Kohlepp, Dirk Konrad, Michael Krumpolz, Holger Müller, Elke Meyfarth, Brigitte Planz, Wolfgang Ponwitz, Petra Rohländer, Claudia Ruffe, Annerose Schuster, Michael Siebel, Melanie Sperling, Birgit Steens, Eva Steuhl-Ponwitz, Jutta Weil, Regina Wiegand, Norbert Zschesche, Thomas Arnold, Mathias Baqué, Stefan Becker, Ursel Beeker, Johannes Berkessel, Kerstin Dauelsberg, Michael Glotzbach, Michael Horst, Brigitte Jakob, Susanne Jantke, Karin Kiesenbauer, Peter Lallié, Christian Larisika, Ruth Lauer-Göbler, Christel Menten, Stefan Mielke, Patricia Piater, Reinhard Pohle, Roland Rabin, Christiane Raudies, Werner Rebl, Hans-Joachim Rieger, Dorothea Schmiedel, Susan Schultz, Jutta Schwab, Gerlind Sommer, Karin Tebartz, Marita Trenk, Christine Westermann, Michael Winn, Achim Wollscheid, sämtlich Darmstadt, Marion Altenhofen, Horst Arnold, Sigrid Düsterloh, Rainer Eisenbach, Georg Geißen, Jürgen Goltermann, Ellen Herrmann, Karin Hille, Brigitte Hornig, Peter Humann, Gerhard Immig, Peter Kaup, Burkhard Kreuzel, Ulrike Kreuzel, Ursula Kuttler, Volker Lechthaler, Michael Maisel, Silvia Mix, Christa Oppold, Christa Petermann, Christoph Pullmann, Wolfgang Reich, Jörg Roggenbuck, Dietrich Rother, Ulrich Schabedoth, Claus Scheffler, Doris Schmidt, Britta Schmitt, Doris Schwabenland, Dorothea Stadelmaier, Karlheinz Stein, Petra Tidemann, Manfred Wojtcyk, Annegret Zozmann, sämtlich Bensheim, Stefanie Amsbeck, Edgar Borowczak, Karin Deppe, Petra Eisinger, Karsten Engelke, Peter-Michael Fiebig, Karl-Heinz Friedrich, Ute Fritze, Martin Hallmen, Ulrike Hartung, Annette Heuberg, Perdita Hilmert, Jörg Höller, Helmut Hoffmann, Christa Immel-Carstens, Gabriele Jung, Olaf Kirbs, Klara Kletzka, Susanne Konzack, Margarete Kotscher, Dorothea Krantz, Petra Meister, Klaus-Dieter Mickler, Dorothea Nammert, Christian Osterhaus, Ulrich Partmann, Jürgen Prediger, Alexander Raab, Christine Rakouski, Heike Rühl, Christian Ruppel, Stefan Schätti, Christiane Teigelkamp, Pia Wanderer, Ute Weber, sämtlich Offenbach, Joachim Ackva, Evelin Brändl, Dieter Buhl, Astrid Desinger, Rolf Eckardt, Mechthild Engel, Roswitha Faust, Christine Freimuth, Jutta Göbel, Jürgen Hering, Regina Holzan, Wiebke Koerlin, Gabriele Kurth, Rolf Kuß, Martina Lemm, Erika Löffler, Ulrike Markmann, Werner Müller, Beate Nagel, Birg. Peters-Lapsien, Christine Plomer, Olaf Pütz, Dagmar Rath, Angela Rösing, Kastner, Anette Schmidt, Sibylle Schnell, Ilka Schreiner, Beate Schröder, Manfred Schuhen, Antje Schwarz, Astrid Stähling, Ute Tanneberg, Gunter Vent-Schmidt, Christine Zimmermann, sämtlich Wiesbaden (sämtlich 1. 5. 85);

zu Studienräten/innen z. A. (BaP) Antje Mühlhaus (1. 8. 85), Ursula Posorski, beide Darmstadt, Christine Clement, Nidda, Johannes Drescher, Bad Vilbel, Hans Jürgen Eichmann, Hanau (sämtlich 1. 2. 85), Johannes Remmy, Offenbach, Achim Schmidt, Bad Homburg, Susanne Schwierholz, Renate Grolig-Graf, beide Offenbach, Dr. Volker Stürzer, Frankfurt (sämtlich 1. 2. 85), Katharina Barbara Schmitt, Friedberg (24. 7. 85), Ralf Wagner (19. 7. 85), Johannes Kaballo, beide Frankfurt (30. 7. 85), Wolfgang Zerlik, Sabine Bartsch, Hannelore Halfner, Monika Schmitt-Güngerich, sämtlich Frankfurt (sämtlich 1. 8. 85), Peter Schombert, Friedberg (26. 7. 85), Hartmut Schmidt, Bad Schwalbach (31. 7. 85), Doris Beisel, Frankfurt, Anna-Maria Seus, Bad Soden, Rolf Dober, Wiesbaden, Dr. Gert Denk, Dr. Leonhard Hering, Erhard Helmke, sämtlich Bad Homburg (sämtlich 1. 8. 85), Dieter Potrawa, Frankfurt (14. 8. 85), Dr. Winfried Happ, Wiesbaden, Dirk Walter, Darmstadt, Gisela Winkler-Köhler, Bad Homburg (sämtlich 1. 8. 85), Brigitte Jäger, Frankfurt (14. 8. 85), Armin Moritz, Frankfurt (1. 8. 85), Doris Puzicha, Dieburg (20. 8. 85), Claus Wirth, Darmstadt, Ingo Heidelberg, Wiesbaden, Gerda Stockinger, Offenbach, Maria Dresken, Dr. Hannelore Dittmar-Ilgen, beide Frankfurt, Cornelia Tomiowski, Heppenheim, Werner Langenstein, Wiesbaden, Susanne Hohlmann, Bad Homburg, Holger Ohl, Dieburg, Uwe Paulsen, Edith Molis-Valentin, beide Friedberg, Bernd Gottschalk, Dieburg, Brunhilde Thommes, Hanau, Ingrid Schöber, Offenbach, Rainer Schaad, Groß-Gerau, Dr. Bernd Jacob, Frankfurt, Sigrid Sommer-Pfeifer, Hanau Klaus Elster, Friedberg, Dr. Wolfgang Henke, Offenbach, Dr. Ralf Sudan, Thomas Boiselle, Andreas Lenz, Karlheinz Lipp, sämtlich Friedberg, Franz Müller, Hanau, Heinrich Pfeifer, Friedberg, Heinz Rainer Geyer, Wiesbaden, Norbert Nürnberger, Groß-Gerau, Tobias Schröder, Georg Schmidt, beide Bad Homburg, Ellen Kluge, Friedberg, Werner Marquard, Heppenheim, Franz-Josef Bürkle, Erbach, Dr. Axel Gruppe, Frankfurt (sämtlich 1. 8. 85), Birgit Daniela Schneider, Offenbach (5. 8. 85), Helga Maneke, Bad Homburg, Dr. Ludger Koreng, Wiesbaden, Jan Willemsen, Friedberg, Peter Zehfuß, Heppenheim, Dieter Heyden, Wiesbaden (sämtlich 1. 8. 85), Dr. Carlo Storch, Hanau (19. 8. 85), Ilka Busekrus-Büchsel, Bad Homburg (1. 8. 85), Barbara Hardt, Wiesbaden (30. 8. 85);

zu Studienräten/innen (BaL) die Studienräte/innen z. A. (BaP) Gernot Opitz, Neu-Isenburg (1. 8. 85), Manfred Tesch, Frankfurt (1. 2. 85), Ellen Steinbiß, Frankfurt (8. 2. 85), Gabriele Kurtscheidt, Wiesbaden (1. 2. 85), Clara Orich, Bad Soden-Salmünster (1. 4. 85), Myriam Roghé, Bad Vilbel (14. 2. 85), Peter Fauß, Seeheim-Jugenheim, Volker Habl, Idstein (beide 1. 2. 85), Marlies Prinz, Usingen (22. 2. 85), Christian Lötzer, Bad Nauheim (22. 3. 85), Petra Schwab-Telleria Vázques, Darmstadt (4. 3. 85), Renate Röhl, Neu-Isenburg (21. 2. 85), Ingrid Zahedi Tabarestani, Darmstadt (22. 3. 85), Ruth Bohle, Groß-Gerau (1. 2. 85), Dr. Hildegard Bartels, Dreieich (19. 2. 85), Ulrich Busch, Büdingen (7. 3. 85), Alfred Münzel, Frankfurt (1. 8. 85), Rainer Geburzyk, Dietzenbach (28. 1. 85), Ingrid Seiler-Tavakoli, Frankfurt (1. 8. 85), Klaus Günthert, Friedberg (12. 3. 85), Norbert Klein, Frankfurt (1. 8. 85), Angelika Schmidt-Schneider, Oberursel (14. 3. 85), Silke Berresheim, Dreieich (26. 3. 85), Waltraud Schlegel, Dietzenbach (1. 8. 85), Christian Lötzer, Bad Nauheim (22. 3. 85), Friederike Wittig-Sahnen, Bockenheim (15. 4. 85), Dr. Reinhard Assling, Rodgau (1. 8. 85), Gisela Teichmann, Offenbach (15. 4. 85), Claudia Herrmann, Wiesbaden (1. 8. 85), Bernd Pichelmann, Frankfurt (15. 4. 85), Ella Klammer, Friedberg (1. 2. 85), Claudia Röbber, Griesheim (19. 4. 85), Frank Zwinger (29. 4. 85), Werner Bartsch, beide Frankfurt (15. 4. 85), Rosemarie Brumby, Bensheim (18. 4. 85), Günther Schäfer, Wiesbaden (9. 5. 85), Olaf Czieslik, Friedberg (15. 4. 85), Inge Busch, Bad Homburg (22. 4. 85), Angelika Bisser, Langen, Sonja Ebert, Dreieich (beide 1. 8. 85), Klaus Schott, Friedrichsdorf (24. 4. 85), Ruth Hauelsen, Oberursel (1. 2. 85), Bernhard Scharmann (6. 5. 85), Edith Keil, beide Dietzenbach (25. 4. 85), Wolfgang Moritz, Büdingen (12. 3. 85), Susanne Fuchs, Groß-Bieberau (1. 5. 85), Beatrix Wurzel, Idstein (19. 4. 85), Hans-Otto Eckhardt, Friedberg (2. 5. 85), Thomas Würth, Rodgau-Dudenhofen (6. 5. 85), Karl-Heinz Jung, Wiesbaden (25. 4. 85), Christian Aschermann, Neu-Isenburg, Martina Bernasko, Frankfurt, Dr. Werner Fabian, Dreieich (sämtlich 1. 8. 85), Karl-Dieter Herr, Frankfurt (1. 5. 85), Regina Schäfer, Dietzenbach (1. 8. 85), Maria-Luise Schreiner, Freigericht (1. 7. 85), Ingeborg Ahnan, Frankfurt (22. 8. 85), Karin Hummel-Podszun, Offenbach, Anja Canenbley, Friedrichsdorf, Karlheinz Heidelberger, Königstein, Klaus Ebeling, Jürgen Schroder, beide Frankfurt (sämtlich 1. 8. 85), Wolfgang Ladebeck, Wiesbaden (9. 7. 85), Irene Kalisch, Frankfurt-Höchst (19. 8. 85), Eva-Ingeborg Gerecke, Goddelau (16. 8. 85), Dr. Hans-Ulrich Hill, Wiesbaden (23. 8. 85), Helga Hofmann,

Groß-Gerau (17. 7. 85), Dr. Dr. Joachim Hohmann, Bad Vilbel (1. 8. 85), Agnes Jung, Klein-Auheim (13. 8. 85), Helmut Kemmer (23. 8. 85), Erika Rückert, beide Wiesbaden (20. 8. 85), Wolfgang Ruppert, Neu-Isenburg (1. 8. 85), Volker Räuber, Oberursel (28. 8. 85), Alfred Röbber, Frankfurt (13. 8. 85), Waltraud Bornheimer, Darmstadt, Doris Frisch-Lieske, Wiesbaden (beide 22. 8. 85), Petra Staude (19. 8. 85), Magdalena Schnelder, Ursula Balsler-Kaul, sämtlich Frankfurt (beide 22. 8. 85), Walter Gerecke, Darmstadt (19. 8. 85), Hans-Jörg Koy, Frankfurt (8. 8. 85), Dr. Albrecht Mehl, Rüsselsheim (13. 8. 85), Thomas Ernst, Frankfurt (22. 8. 85), Theodor Rosenstock, Bad Homburg (24. 7. 85), Thomas Ahlmeyer, Bad Schwalbach (20. 8. 85), Annegret Weinig, Bad Nauheim (21. 8. 85), Norbert Pfaff, Friedberg (19. 8. 85), Thomas Höner, Wiesbaden (29. 8. 85), Herbert Oppat, Büdingen (17. 8. 85), Erich Molkow, Hanau (23. 8. 85), Günter Grudnio, Wiesbaden (30. 8. 85), Hans Dieter Bopp, Frankfurt (29. 8. 85), Siegfried Hellmann, Offenbach (20. 8. 85), Petra Wolfart, Wiesbaden (1. 11. 85), Michael Drabe, Frankfurt (29. 8. 85), Bert Albair, Lampertheim, Gabriele Vogel, Heppenheim (beide 22. 8. 85), Hartmut Bohrer, Wiesbaden (4. 9. 85), Ulrike Paufler (11. 9. 85), Friedrich Schrecker, beide Wiesbaden (4. 9. 85);

zu Studienräten/innen die Studienräte/innen z. A. (BaP) Maria-Elisabeth Hesse, Viernheim (10. 7. 85), Matthias Herr, Babenhausen 1 (22. 4. 85), Ulrich Fuchs, Frankfurt (7. 5. 85), Slegfried Luziga, Idstein (1. 5. 85), Frank Naumann, Groß-Bieberau (22. 4. 85), Barbara Fuchs-Schneeweis, Wiesbaden (14. 6. 85), Ursula Klos, Wiesbaden, Barbara Pflug, Bensheim, Ulrich Raß, Wiesbaden (sämtlich 1. 8. 85), Ralf-Michael Kloka, Frankfurt (15. 2. 85), Christoph Hautke, Rimbach (1. 8. 85), Stefan Baumgart, Darmstadt (22. 8. 85), Wolfgang Barth, Gießen (29. 6. 85), Ute Chladek-Neff, Bensheim, Maria Kirschner, Bruchköbel, Rainer Kehrer, Offenbach, Birgit Krenberger, Frankfurt (sämtlich 1. 8. 85), die Lehrer/in (BaL) Ursula Büh-ring, Bensheim (1. 4. 85), Herbert Vetter, Groß-Bieberau (22. 4. 85), Rosalinde Buch, Offenbach (30. 4. 85), Jürgen Daniek, Hanau (15. 8. 85), Realschullehrer/in (BaL) Dr. Klaus Lotz, Hanau (1. 4. 85), Lore Plebuch-Tiefenbacher, Frankfurt (29. 4. 85);

zu Oberstudienräten/innen die Studienräte/innen (BaL) Dr. Brigitte Graßmann-Frey, Darmstadt, Klaus Jung, Hanau, Richard Schlarmann, Büdingen, Klaus Hildebrand, Butzbach, Edith Keller, Groß-Bieberau, Ulrike Wabel-Frenk, Gerhild Donner, beide Darmstadt, Armin Hohweiler, Heppenheim, Klaus Bregler, Ober-Hambach, Jürgen Mollenhauer, Oberursel, Ingrid Utz, Rimbach, Dr. Rudolf Gattermayer, Groß-Bieberau (sämtlich 1. 4. 85), Dr. Gerhard Axmann, Frankfurt (12. 4. 85), Doris Kruse-Hoyne, Rüsselsheim (1. 4. 85), Gabriele Dickerhoff-Steuernagel, Kelkheim (17. 4. 85), Hans-Joachim Schiller, Frankfurt (15. 4. 85), Joachim Bublitz, Königstein (9. 4. 85), Dr. Christa Thomassen, Wiesbaden (15. 4. 85), Heribert Gött, Langen, Dr. Norbert Gassel, Seligenstadt, Werner Schäfer, Frankfurt, Heinz Aydt, z. Z. European School Culham, Hartmut Volke, Bad Homburg (sämtlich 1. 4. 85), Brigitte Brosche, Frankfurt (16. 4. 85), Franz Daniels, Kronberg, Hans-Jörg Schneider, Offenbach, Gerhard Neuhäusel, Freigericht (sämtlich 1. 4. 85), Rainer Bücher, Wiesbaden (2. 5. 85), Reinhard Namroth, Geisenheim (16. 4. 85), Bruno Bodenheimer, Taunusstein-Hahn (1. 4. 85), Hans-Otto Hener, z. Z. Deutsche Schule in Barranguilla/Kolumbien (17. 4. 85), Bernd Possienke, Frankfurt (15. 4. 85), Michael Neeb, Hattersheim (3. 6. 85), Kurt Bussweiler, München (23. 4. 85);

zum Oberstudienrat als Leiter einer Schulstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern an einer Gesamtschule Studienrat (BaL) Michael Albig, Bürstadt (1. 4. 85);

zum Oberstudienrat als Leiter eines Schulzweiges mit mehr als 360 Schülern an einer Gesamtschule Studienrat (BaL) Alexander Böker, Groß-Bieberau (1. 4. 85);

zu Studiendirektoren/innen die Oberstudienräte/innen (BaL) Herbert Lauer, Darmstadt, Sigrid Weber, Dieburg, Johann Aderhold, Babenhausen, Philipp Gräber, Darmstadt, Dr. Barbara Zipfel, Gelnhausen, Bettina Czölsch, Frankfurt, Ferdinand Bromm, Nidda, Josef Kühnbach, Rudolf Schäfer, beide Darmstadt, Bernd Likus, Offenbach (sämtlich 1. 4. 85), Peter Ulrich, Echzell (1. 5. 85), Peter Müller, Rüsselsheim (1. 4. 85), Klaus Plusczok, Langenselbold (24. 4. 85), Oberstudienrat als Leiter eines Schulzweiges mit mehr als 360 Schülern an einer Gesamtschule (BaL) Reinhold Saum, Usingen (25. 4. 85);

zu/r Studiendirektoren/in als ständige/r Vertreter/in des Leiters eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern Oberstudienrat (BaL) Detlef Lipok, Nidda (1. 4. 85), Studiendirektor/in (BaL) Henrich Bach, Gelnhausen (1. 4. 85), Isolde Sal-latsch, Offenbach (24. 4. 85)



zum Oberstudiendirektor als Leiter eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern Studiendirektor (BaL) Rainer Tiefenthaler, Darmstadt (1. 4. 85), Oberstudiendirektor als Leiter eines zweizügig voll ausgebauten Oberstufengymnasiums (BaL) Walter Kügler, Frankfurt (1. 4. 85);

zum Oberstudiendirektor als Leiter eines Studienseminars für das Lehramt an Gymnasien Studiendirektor (BaL) Rolf Ochsendorf, Bensheim (1. 4. 85);

zum Direktor einer Gesamtschule als ständigem Vertreter des Leiters einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit bis zu 1 000 Schülern Oberstudienrat als Leiter eines Schulzweiges mit mehr als 360 Schülern an einer Gesamtschule (BaL) Hans-Peter Sippel, Flörsheim (1. 4. 85);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Studienräte/in (BaP) Gisela Hangleiter, Bensheim (22. 2. 85), Franz-Josef Hoehling, Viernheim, Ulrich Fuchs, Frankfurt (beide 1. 8. 85), Reimund Krönert, Lampertheim (19. 8. 85), Bernd Giese (1. 8. 85), Karl-Dieter Herr, beide Frankfurt (22. 8. 85);

in den Ruhestand versetzt:

Oberstudiendirektor Dr. Hans Thiel, Frankfurt (31. 7. 85), die Studiendirektoren/innen Günter Bonin, Usingen (31. 1. 85), Dr. Franz Franke, Frankfurt, Dr. Werner Bode, Oberursel, Karl-Heinz Fritsch, Frankfurt, Dr. Ursula Kaiser, Darmstadt (sämtlich 31. 7. 85), Magdalena Friedrich, Frankfurt (31. 5. 85), Helga Döge, Dr. Fritz Winterling, beide Wiesbaden, Dr. Wilhelm Borst, Bensheim, Maria Lampe, Hanau, Helmut Korell, Frankfurt-Höchst, Karl Ludwig Häußge, Friedberg, Friedrich Karl Kröll, Frankfurt (sämtlich 31. 7. 85), Liebetraud Meisinger, Babenhausen (4. 7. 85), Dr. Adolf Franz, Darmstadt (9. 7. 85), Franz Fischer, Dr. Wolfgang Vahl, beide Wiesbaden, Erwin Böhm, Idstein (sämtlich 31. 7. 85);

die Oberstudienräte/innen Trude Steck, Frankfurt, Karl-Heinz Klimmer, Helmut Hör, beide Bad Homburg, Karl-Richard Theobald, Usingen, Dr. Wolfgang Klemm, Bad Homburg, Martin Kriller, Wiesbaden, Ruth Zein, Büdingen, Herbert Kohlhoff, Dr. Waltraud Schulz-Weidner, Margot Janson, sämtlich Frankfurt, Ursula Friebe, Hofheim, Armin Schmid, Oberursel, Dr. Hildegard Gruner, Offenbach, Regina Hartung, Hanau, Rolf Zickert, Offenbach, Gisela Fecher, Heusenstamm, Maria Nowak, Schlüchtern, Ursula Schneider, Gernsheim, Dr. Wilhelm Kaiser, Frankfurt, Helmut Jung, Offenbach, Walter Trog, Frankfurt, Ursula Betsch, Darmstadt, Erika Just, Frankfurt, Theodor Mucker, Friedberg, Clemens Baldus, Rüsselsheim (sämtlich 31. 7. 85), Dr. Fritz Diehl, Bensheim (31. 8. 85), Hilde Müller-Karpe, Wiesbaden, Gerhard Baerwald, Büdingen, Dr. Wolfgang Zimmer, Darmstadt, (sämtlich 31. 7. 85), Dr. Brunhilde Aulbach, Darmstadt (31. 10. 85), Elfriede Wiech, Hanau, Gertrud Frauke, Rüsselsheim, Paul Kroh, Friedberg, Werner Berg, Wiesbaden, Eva Meyer, Darmstadt, Gerlinde Thomas, Wiesbaden, Gisela Neumann, Dieburg, Waltraud Bauer, Darmstadt (sämtlich 31. 7. 85);

Studienrat/in Yvonne Cech, Frankfurt, Heinrich Braun, Nieder-Roden (beide 30. 4. 85), Pädagogischer Leiter an einer Gesamtschule Franz-Adolf Gehlhaar, Darmstadt (30. 6. 85), Direktor an einer Gesamtschule als ständiger Vertreter des Leiters einer Gesamtschule mit Oberstufe Georg Reinhardt, Seeheim-Jugenheim (31. 7. 85), Hausmeister Johannes Fischer, Frankfurt (31. 8. 85);

in den Ruhestand getreten:

Direktor einer Gesamtschule als Leiter einer Gesamtschule mit Oberstufe Dr. Fritz Struth, Usingen (31. 7. 85);

entlassen:

Oberstudienrätin Almut Proietti, Frankfurt (31. 7. 85), Studienrat/in z. A. Christoph Stoll, Wiesbaden (31. 1. 85), Martina Paulini, Darmstadt (22. 8. 85), die Studienreferendare/innen Monika Brückner, Offenbach (8. 2. 85), Sabine Fricke, Darmstadt (31. 1. 85), Rolf Mayer, Frankfurt (12. 3. 85), Ute Lappan, Wiesbaden, Dr. Horst Prinz (beide 31. 1. 85), Reinhold Wiebel (14. 4. 85), Gerlinde Bühl (12. 4. 85), Annette Wöhl (10. 4. 85), Gerhard Dölker, sämtlich Frankfurt (31. 3. 85), Gabriele Lorenz, Bensheim (11. 4. 85), Anne Bennink (30. 4. 85), Elke Meissner, beide Wiesbaden (12. 6. 85), Ursula Becker, Frankfurt (30. 4. 85), Roswitha Romanski, Frankfurt (20. 5. 85), Manfred Schuhen, Wiesbaden (2. 6. 85), Evlin Brändl, Aachen (31. 5. 85), Barbara Röbbelen, Offenbach (19. 5. 85), Anja Knophius (12. 6. 85), Helmut Blass, beide Frankfurt (28. 7. 85), Rudolf Huttner, Wiesbaden (31. 5. 85), Irene Du Mont-Bouwkamp (11. 7. 85), Edith Wittetschek, beide Darmstadt (21. 8. 85), Maike Krystek, Heppenheim (31. 8. 85), Michael

Heilmann, Kelkheim 1 (14. 9. 85), Angelika Meng, Bischofsheim (1. 8. 85);

in Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen

ernannt:

zu Studienreferendaren/innen (BaW) Maria Askemper, Frankfurt, Udo Bandt, Wiesbaden, Jürgen Barth, Frankfurt, Gerlinde Behring, Manfred Blatt, Karin Böckelmann, sämtlich Darmstadt, Roger Brahm, Wiesbaden, Winfried Dierkes, Heike Drossbach, Helmut Eigemann, sämtlich Frankfurt, Angela Forberg, Darmstadt, Birgitt Grosch, Frankfurt (sämtlich 1. 5. 85), Ludwig Gscheidlen, Darmstadt (10. 5. 85), Markus Haas, Wiesbaden, Arnd Hechler, Ullrich Kamuf, Gudrun Keller, sämtlich Darmstadt, Jürgen-Heiko Kessler, Dieter Kettenhofen, Martin Kling, Claudia Kreis, Anette Degenhardt, sämtlich Frankfurt, Kurt Kroha, Karin Lamberth, Richard Lehner, beide Frankfurt, Roland Lindner, Darmstadt, Joachim Lohr, Klaus-Dieter Nies, Elke Norkowski-Haller, Walter Otto-Holtheg, sämtlich Frankfurt, Norbert Preussner, Wiesbaden, Helmut Rausch, Frankfurt, Gabriele Reeg, Darmstadt, Gabriele Sandmann, Wiesbaden, Elke Sattler, Uwe Schick, Günter Schwarz, Jutta Seib, sämtlich Frankfurt, Bernd Sittig, Darmstadt, Klaus Staudt, Wiesbaden, Hildegard Tepe, Frankfurt, Astrid Tubbesing, Wiesbaden (sämtlich 1. 5. 85), Wolfgang Volasvek, Darmstadt (3. 5. 85), Ursula Vollmer, Michael Vorreiter, beide Wiesbaden, Klaus-Dieter Weisenbach, Rudi Welz, beide Darmstadt, Renate Winter, Frankfurt, Edda Wolf, Wiesbaden, Johann Zimmermann, Andreas Anneken, beide Darmstadt, Josef Greimers, Frankfurt, Angelika Kolb, Heribert Marx, beide Wiesbaden, Rudi Schlosser, Darmstadt, Doris Kobylinski, Wiesbaden (sämtlich 1. 5. 85);

zu Studienräten/innen z. A. (BaP) Mechthild Schneider, Michelstadt, Günter Mockler, Frankfurt, Brigitte Wilken, Obersthäusern (sämtlich 1. 2. 85), Michael Blum, Taunussteinhahn (1. 8. 83), Jutta Einstein, Frankfurt (1. 2. 85), Eberhard Becker, Offenbach (1. 8. 83), Klaus Jördens, Reinhold Jäger, beide Hanau (beide 1. 8. 84), Petra Kienast, Frankfurt, Horst Hensel, Offenbach, Bernd Heimsch, Christiane Kuhlmann, beide Darmstadt, Angelika Conrad, Groß-Gerau, Ulrich Pendorf, Offenbach, Ottmar Jürgen Faeth, Darmstadt, Peter Noll, Offenbach, Wilfried Schuster, Darmstadt, Dieter Schneider, Christa Müller-Jankowiak, Ulrich Stoll, sämtlich Frankfurt, Ulrich Koch, Offenbach, Matthias Hohmann, Groß-Gerau, Heinz Singer, Frankfurt, Beatrix Bleil, Wolfgang Köhler, beide Wiesbaden, Roland Massoth, Eva Herrmann, beide Frankfurt (sämtlich 1. 8. 85), Ilona Del Boca, Darmstadt (30. 7. 85), Joachim Gleich, Hanau, Bernhard Reckers, Frankfurt (beide 1. 8. 85), Lothar Levin, Frankfurt (31. 7. 85), Ute Christine Bernhardt, Darmstadt (18. 7. 85), Reinhold Jakobi, Karben, Ulrich Franz Geiger, Hanau (beide 1. 8. 85), Elfriede Martha Schade, Wiesbaden (6. 8. 85), Mareike Zuber, Frankfurt (22. 7. 85), Claudia Hertz, Matthias Dickert, beide Hanau, Reimund Brendel, Friedberg (sämtlich 1. 8. 85), Donald Karg, Frankfurt, Silvia Tonn, Elisabeth Scholz, beide Offenbach, Reinhold Jacob, Otto Schneider, Ina-Andrea Schönit, Norbert Jung, sämtlich Frankfurt, Ernst-Adalbert Gottschalk, Friedberg, Brigitte Elfriede Stegmüller, Offenbach, Michael Krich, Jochen Niclaus, beide Frankfurt, Rolf Werner Hirt, Darmstadt, Hans-Markus Adamek, Friedberg, Ute Janat, Offenbach, Karin Schad, Thomas Schäfer, beide Frankfurt, Hans-Dieter Wagner, Darmstadt, Hans-Peter Göbel, Friedberg, Karl Cvonauer, Hanau, Renate Dennig, Bad Schwalbach, Annegret Pörtner, Offenbach, Udo Peters, Darmstadt, Gudrun Möcklinghoff, Friedberg, Gudrun Biehl, Georgia Maria Kolb (sämtlich 1. 8. 85), Armin Meng (1. 2. 85), Gunhild Classe, sämtlich Darmstadt (1. 8. 85), Jürgen Förster, Frankfurt (30. 7. 85), Hiltrud Grebe, Offenbach, Tilmann Karl Stoodt (beide 1. 8. 85), Bruno Wagner, beide Frankfurt (1. 8. 85), Klaus Kluge, Bad Schwalbach (31. 7. 85), Susanne Brennecke, Wiesbaden (29. 7. 85), Joachim Zeiger, Harald Haeslich, Dr. Manfred Horst Bruch, sämtlich Frankfurt (sämtlich 1. 8. 85), Eva Beeker, Darmstadt (12. 7. 85), Helmut Peter Cech, Eva Othold, Manfred Luff, Burkhard Bendig, sämtlich Frankfurt, Claudia Borowski, Hanau, Wolfgang Christian Hafemann, Frankfurt, Irit Beate Antes, Darmstadt, Hans Ulrich Brand, Offenbach (sämtlich 1. 8. 85), Gudrun Sell-Menke, Wiesbaden (30. 7. 85), Christof Ganss (29. 7. 85), Alfred Schanz (30. 7. 85), Hans-Joachim Baumann, sämtlich Wiesbaden, Magdalene Dilling, Gerhard Fassbinder, Andreas Röser, sämtlich Frankfurt (sämtlich 1. 8. 85), Jürgen Schneller, Wiesbaden (5. 8. 85), Gabriele Benner, Darmstadt, Wolfgang Schmitt, Josef Faßbender, Birgit Roßmann, sämtlich Frankfurt, Joachim Gerhard Franz, Hanau, Rolf Winckler, Offenbach, Manfred Walter, Roslinde Grob, beide Darmstadt (sämtlich 1. 8. 85), Gerhard Dehmel, Wiesbaden (29. 7. 85), Wilfried Franz, Frankfurt, Bernhard Weis, Bad

Schwalbach, Oswin Zier, Frankfurt, Klaus Hartmann, Offenbach, Gerhard Pfromm, Wiesbaden, Petra Klepitko, Hanau (sämtlich 1. 8. 85), Gerhard Bellof, Darmstadt (2. 8. 85), Harald Reudelsdorf (1. 2. 85), Erika Henselmann, beide Frankfurt (12. 8. 85), Friedrich Germann, Friedberg, Jürgen Stockhardt, Darmstadt, Martina Habert, Annette Gonschor, beide Hanau, Renate Hofmann-Woydich, Wiesbaden, Gerhard Dienst, Bad Schwalbach, Manfred Rauscher, Hanau, Heinz-Dieter Harbers, Frankfurt, Herbert Daubner, Wiesbaden (sämtlich 1. 8. 85), Heidemarie Skrypalle, Frankfurt (9. 9. 85);

zu/zur Studienrätin/en die Studienräte z. A. (BaP) Hans-Joachim Kipfstuhl, Dieburg (22. 2. 85), Klaus Petri, Darmstadt (29. 3. 85), Norbert Lenz, Bensheim (15. 4. 85), Volker Jackwerth, Wiesbaden (3. 5. 85), Wolfgang Wegert, Rüsselsheim (16. 4. 85), Artur de Haan, Frankfurt (2. 5. 85), Klaus Werner Geiß, Wiesbaden (1. 8. 85), Hans-Jürgen Bockholt, Darmstadt (3. 9. 85), Fachlehrerin für sozialpädagogische Fächer (BaL) Elisabeth Meyer, Wiesbaden (1. 4. 85);

zu Studienrätin/en (BaL) die Studienräte/innen z. A. (BaP) Peter Mack, Frankfurt (15. 2. 85), Werner Ungrad (21. 2. 85), Franz Josef, beide Offenbach (8. 2. 85), Gerhard Kleinböck, Martin Müller, beide Darmstadt (beide 31. 1. 85), Wilfried Walbach, Groß-Gerau (19. 2. 85), Rose-Maria Bleisteiner, Offenbach (24. 1. 85), Martin Koik, Hanau (26. 2. 85), Karlheinz Landrock, Frankfurt (12. 2. 85), Reinhard Sachs, Hofheim (1. 2. 85), Erhard Baison, Gelnhausen (17. 10. 84), Erwin Schwarz, Offenbach (27. 2. 85), Ralf Spinner, Dreieich (11. 2. 85), Hermann Josef Klotz, Wiesbaden (1. 4. 85), Michael Langer, Hanau (6. 3. 85), Brigitte Brumlich, Obertshausen (18. 2. 85), Wolfgang Tschischka (22. 2. 85), Peter Engelhardt (14. 3. 85), Christine Schwarz (16. 8. 85), Peter Springmann (12. 3. 85), Wolfgang Haubach (12. 3. 85), Henriette Wittwar-Elborg, sämtlich Frankfurt (4. 3. 85), Werner Ballweg, Groß-Gerau (8. 2. 85), Peter Schneider, Obertshausen, Carola Haas, Hofheim (beide 18. 2. 85), Irmtraud Becker (4. 3. 85), Edgar Leinweber (1. 2. 85), Frank Ding, sämtlich Frankfurt (9. 4. 85), Norbert Klein, Bensheim (16. 4. 85), Johannes Jansen (15. 3. 85), Werner Fischer, beide Bensheim (25. 2. 85), Rainer Gestigkeit, Kriftel (22. 4. 85), Peter Tripp, Hofheim (1. 6. 85), Hans-Jürgen Bräutigam (3. 5. 85), Renate Eisenblätter, beide Frankfurt (8. 5. 85), Ute Friedrichsen, Usingen (7. 3. 85), Gerald Kiefer, Hofheim (13. 5. 85), Rainer Löscher, Wiesbaden (1. 5. 85), Waltraud Günther, Gelnhausen (9. 5. 85), Herbert Winden, Friedberg, Ursula Hildegard Gärtner, Darmstadt (beide 1. 8. 85), Klaus-Peter Kiefer, Frankfurt (20. 5. 85), Alfred Klingel, Dieburg, Brigitte Blitz, Michelstadt, Jörg Lange, Frankfurt, Bettina Fendler, Bensheim (sämtlich 1. 8. 85), Peter Farr, Dieburg (13. 6. 85), Hans Joachim Voss, Offenbach (11. 6. 85), Karin Kuhrt-Martens, Darmstadt (1. 8. 85), Ulrich Schmidt, Frankfurt (21. 5. 85), Helmut Scheuplein, Obertshausen (2. 7. 85), Ursula Groth, Offenbach, Roland Odenwald, Frankfurt, Dieter Heilmann, Dieburg, Thomas Becker, Wiesbaden, Walter Rein, Darmstadt, Dr. Dorothea Moor, Sigrun Jeschik-Henschel, beide Wiesbaden, Lothar Laun, Hofheim, Siegfried Schmidt, Wiesbaden (sämtlich 1. 8. 85), Klaus Feeser, Hanau (2. 7. 85), Detlef Förster, Hofheim (1. 8. 85), Albert Friedrich Rodemich, Frankfurt (4. 7. 85), Wolfram Wenski, Jugenheim (28. 6. 85), Dr. Gerhild Weber, Frankfurt (13. 8. 85), Peter Pohl-Urban, Oberursel (25. 7. 85), Heinz Massoth, Bad Homburg (18. 7. 85), Franz-Josef Arndt-Herold, Frankfurt (23. 7. 85), Manfred Holder, Groß-Gerau (5. 8. 85), Kurt Schneider (2. 8. 85), Anita Rauch, beide Frankfurt (7. 8. 85), Edgar Mohr, Offenbach, Petra Gleichauf (beide 22. 8. 85), Klaus-Werner Bräuninger, beide Frankfurt, Andreas Stendel, Dreieich (beide 12. 8. 85), Rolf Eggeling, Karben (20. 8. 85), Günther Kroupa, Hanau (1. 8. 85), Eckhard Engert, Karben (20. 8. 85), Karl-Heinz Wunderlich (13. 8. 85), Michael Nagel, beide Frankfurt, Claudia Matthias-Pfeifer, Karben (beide 22. 8. 85), Wolfgang Stork (13. 8. 85), Bernhard Schmitt (22. 8. 85), Klaus Schäfer (19. 8. 85), Armin Korff, Burkhard Tabbert, sämtlich Frankfurt (beide 22. 8. 85), Michael Leetz, Hofheim, Wolfgang Neubert, Hanau (beide 23. 8. 85), Hildegund Bausch, Frankfurt (15. 8. 85), Hans-Georg Hillenbrand, Karben (29. 8. 85), Gerhard Lotz, Taunusstein 1 (22. 8. 85), Ernst Hetteche, Frankfurt (9. 7. 85), Angelika Neu, Lampertheim (26. 8. 85), Manfred Daubert (3. 9. 85), Gisela Gertz, Bernhard Ziebarth, sämtlich Frankfurt (beide 22. 8. 85), Otmar Bäcker, Dieburg (20. 8. 85), Emma Elisabeth Itschert, Frankfurt (22. 8. 85), Eberhard Becker, Offenbach (19. 8. 85), Werner Cezanne, Frankfurt (22. 8. 85), Clemens Bockholt, Geisenheim (23. 8. 85), Michael Blum, Helmut Bödecker, beide Taunusstein, Erika Bohlen, Groß-Gerau (sämtlich 22. 8. 85), Richard Füller, Geisenheim (23. 8. 85), Rolf Lang, Frankfurt (6. 9. 85); zu Oberstudienrätin/en die Studienräte/innen (BaL) Günther Keil, Darmstadt, Erika Hofmann, Wiesbaden, Alfred

Wilde, Friedberg, Rainer Hofmann, Darmstadt, Klaus Burschil, Bad Homburg, Wolfgang Burchard, Oberursel, Franz Schäfer, Lampertheim (sämtlich 1. 4. 85), Gabriele Uhlig, Darmstadt (15. 4. 85), Johannes Sperzel, Hanau, Rolf Feige, Obertshausen, Elisabeth Zöller-Reiter, Hanau, Rainer Giebel (sämtlich 1. 4. 85), Heinz Pons, beide Frankfurt (25. 3. 85);

zu/zur Studiendirektoren/in die Oberstudienräte/in (BaL) Renate Banse, Frankfurt (1. 4. 85), Wolfgang Kaiser, Wiesbaden (16. 4. 85), Gerhard Heinz, Karl Saukel, beide Frankfurt (1. 4. 85);

zu Studiendirektoren als ständige Vertreter des Leiters einer beruflichen Schule mit mehr als 360 Schülern die Oberstudienräte (BaL) Dieter Engelhard, Frankfurt, Mathias Hegyaljai, Bensheim (beide 1. 4. 85), Rainer Weintz, Darmstadt (30. 4. 85);

zu Oberstudienrätin/en als Leiter einer beruflichen Schule mit mehr als 360 Schülern die Schulamtsdirektoren (BaL) Wolfgang Thiel, Wiesbaden (15. 4. 85), Wilhelm Franz, Bensheim (30. 4. 85), Studiendirektor als ständiger Vertreter des Leiters einer beruflichen Schule mit mehr als 360 Schülern (BaL) Johannes Stegmann, Hofheim-Kriftel (1. 4. 85);

zu Fachlehrerinnen/wärtern/innen (BaW) die Bewerber/innen Werner Cieslik, Frankfurt, Rainer Hildebrand, Ruth Ebert, Christa Steimer, Edith Schroeder, Heidi Kabierschke, sämtlich Groß-Gerau, Kläre Koblitz, Michael Preis, beide Frankfurt, Barbara Laubach, Ulrich Graeber, beide Groß-Gerau, Brigitte Müller, Gießen, Gabriele Preis, Groß-Gerau, Hildegard Weber, Gießen, Ursula Kristic-Rommersbach, Groß-Gerau, Claus-Ulrich Mathes, Gießen, Heinz Göggele, Groß-Gerau, Sylvia Berrada, Gießen (sämtlich 1. 8. 85);

zu Fachlehrerinnen/wärtern für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP) die Fachlehrerinnen/wärterinnen Thomas Wagner, Offenbach (1. 2. 85), Bernd Eschenfelder, Darmstadt, Reiner Schäddele, Hanau, Klaus Storr, Heinz Günther Kern, beide Offenbach, Arno Schnellbach, Frankfurt, Marlies Kaczmaryk, Franz-Arnold Beckers, beide Darmstadt, Renate Wachtberger, Offenbach (sämtlich 1. 8. 85), Hans Wilhelm Keck, Bad Schwalbach (31. 7. 85), Ina-Maria Traupe, Bad Schwalbach, Gitta Mahr, Frankfurt, Helga Bär, Erbach, Reiner Wegener, Frankfurt, Hildegard Winter, Erbach, Herbert Sasse, Frankfurt (sämtlich 1. 8. 85), Reiner Windisch, Frankfurt (7. 8. 85), Erich Lang, Friedberg, Hans-Dieter Naumann, Manfred Krack, Rainer Telkemeier, sämtlich Hanau (sämtlich 1. 8. 85), Marianne Vesper, Friedberg (29. 7. 85), Dieter Maienschein, Bernd Kirchner, beide Hanau, Sigrun Pohl, Friedberg (sämtlich 1. 8. 85), Annermarie Koch, Groß-Gerau (1. 2. 85);

zur Fachlehrerin (BaP) Claudia Wesker, Frankfurt (1. 8. 85);

zu Fachlehrerinnen/wärtern für arbeitstechnische Fächer (BaL) die Fachlehrerinnen/wärterinnen für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP) Christa Freyemann, Büdingen (13. 2. 85), Bernd Euler, Schlüchtern (27. 2. 85), Heinrich Fischer, Darmstadt (28. 2. 85), Renate Hrach, Groß-Gerau (25. 2. 85), Herbert Stampe, Friedberg (12. 2. 85), Petra Latoneski, Frankfurt (1. 4. 85), Gerda Brandl, Bensheim (15. 4. 85), Manfred Mogk (15. 2. 85), Irmtraud Pandza, beide Bad Homburg (22. 3. 85), Rosemarie Fattah, Offenbach (30. 5. 85), Friedrich Goldstein, Wiesbaden (1. 5. 85), Edwin Ernst, Usingen (16. 4. 85), Helga Melchior, Wiesbaden (1. 5. 85), Gertrud Glaub, Rödermark (24. 5. 85), Ingrid Schwarz, Darmstadt (20. 5. 85), Harald Peter, Rüsselsheim (12. 6. 85), Marlene Michel, Gelnhausen (15. 4. 85), Lieselotte Weiß, Wiesbaden, Georg Voelker, Darmstadt (beide 1. 8. 85), Ingrid Ertzeroth, Hofheim (10. 7. 85), Gertrud Paula Weis, Offenbach, Norbert Zimmermann-Brenneis, Frankfurt, Stefan Altmann, Offenbach, Arnold Spahn, Frankfurt (sämtlich 1. 8. 85), Frank Härdlein, Hofheim (15. 7. 85), Lothar Kuch, Offenbach (2. 8. 85), Imke Heiseke-Schulze, Taunusstein 1 (22. 8. 85), Annette Diehl-Berger, Frankfurt (7. 8. 85), Gerhard Braun, Bensheim (14. 8. 85), Hannelore Tesch, Groß-Gerau (21. 8. 85), Rosemarie Bonifer, Groß-Gerau (22. 8. 85), Beatrice Theresa Frao, Frankfurt (5. 9. 85);

zu Fachlehrern (BaL) die Fachlehrer z. A. (BaP) Horst Kreuzer, Frankfurt (29. 5. 85), Erich Fröhlich, Schlüchtern (21. 8. 85);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Studienräte Hans Joachim Kuhn, Rüsselsheim (19. 2. 85), Wolfgang Lukesch, Darmstadt (21. 2. 85), Reinhard Metzger, Darmstadt (1. 2. 85), Jürgen Richter, Offenbach (21. 2. 85), Hans Dieter Döringer, Groß-Gerau, Wolfgang Beck, Darmstadt, Heinz Dieter Ihrig, Volker Jackwerth, beide Wiesbaden, Klaus Petri, Darmstadt, Ulrich Heumann, Rüsselsheim (sämtlich 1. 8. 85), Matthias Möbs, Michelstadt (27. 8. 85);

in den Ruhestand versetzt:

die Oberstudienrätin/en Hans Krützfeldt, Frankfurt, Hasso

Bertram, Bad Homburg, Otmar Fischer (sämtlich 31. 7. 85), Studiendirektorin als ständige Vertreterin des Leiters einer beruflichen Schule mit mehr als 360 Schülern Irene Bauch, Wiesbaden (9. 7. 85), die Studiendirektoren/innen Hanns Bruno Brix, Hofheim, Günter Hubatsch, Offenbach, Kurt Hempel, Dreieich, Friedrich Zeptor, Offenbach, Hermann Dänner, Schlüchtern (sämtlich 31. 7. 85), Wilhelm Gandenberger (10. 7. 85), Anneliese Stein (5. 7. 85), Dr. Lore Klute, sämtlich Darmstadt (2. 7. 85), Charlotte Heinz, Usingen (31. 7. 85), die Oberstudienräte/innen Rita Czocholewski (30. 4. 85), Hans Maschke, beide Frankfurt, Helmut Behrendt, Wiesbaden, Brigitte Egghart, Friedberg, Gerta Colin, Groß-Gerau, Heinrich van der Broeck, Wiesbaden (sämtlich 31. 7. 85), Karl-Friedrich Stoll, Oberursel (31. 8. 85), Günter Becker, Neu-Isenburg (30. 6. 85), Dr. Karl Josef Horz, Oestrich-Winkel, Anna Kasper, Bensheim (beide 31. 10. 85), Reinhard Praesent, Schlüchtern, Dieter Freudenberg, Hanau, Günter Lehmann, Frankfurt, Susi Reinitzer, Dieburg, Ute Müller-Merbach, Karl May, beide Darmstadt, Günter Köpsel, Frankfurt, Ingrid Götz, Schlüchtern (sämtlich 31. 7. 85), Kurt Ploch, Frankfurt (10. 7. 85), Rudolf Richter, Hofheim (31. 7. 85), Dr. Otto v. Stetten, Taunusstein, Dr. Hermann Wefelmeyer, Wiesbaden (beide 9. 7. 85), Karl Schulze, Hermann Schab, beide Frankfurt (beide 31. 8. 85), Studienrat Heinz Stein, Schöneck 1 (31. 7. 85), die Fachlehrer/innen für arbeitstechnische Fächer Klaus Kutschera, Groß-Gerau (31. 5. 85), Helga Rinnert, Michelstadt (31. 8. 85), Willy Schulze, Heinrich Braun, beide Frankfurt, Günter Heckmann, Schlüchtern (sämtlich 31. 7. 85), Marianne Prutz, Darmstadt (10. 7. 85), Georg Schuller, Taunusstein (31. 7. 85), Fachlehrerin für technologische Fächer Christa Naethe, Darmstadt (5. 7. 85), Fachlehrerin für sozialpädagogische Fächer Eva Röber, Darmstadt (31. 7. 85);

entlassen:

die Studienreferendare/in Beate Köhler-Gebler, Darmstadt (19. 2. 85), Michael Reich, Wiesbaden (3. 5. 85), Karl Heinz Freuzel, Frankfurt (15. 5. 85).

Darmstadt, 23. Oktober 1985

**Der Regierungspräsident**

VI 21 — 7 1 08 (1)

StAnz. 45/1985 S. 1991

### I. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Umwelt und Soziales

beim Regierungspräsidenten in Darmstadt

ernannt:

zum Gewerberat (BaL) Gewerberat z. A. (BaP) Dr. Claus Zin- gel, Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Frankfurt (29. 7. 85);

zum Chemierat (BaL) Chemierat z. A. (BaP) Alexander Becht, Staatl. Med., Lebensmittel- und Veterinäruntersuchungsamt Südhessen (25. 9. 85);

zur Chemierätin z. A. (BaP) Lebensmittelchemikerin Ingeburg Saß, Staatl. Med., Lebensmittel- und Veterinäruntersuchungsamt Südhessen (16. 6. 85);

zum Techn. Assistentenwärter (BaW) Bewerber Peter Herold, Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Frankfurt (1. 8. 85);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Inspektor (BaP) Stephan Kölbl, Staatl. Veterinäramt Groß-Gerau (19. 6. 85);

in den Ruhestand versetzt:

Veterinärdirektor (BaL) Dr. Karl Eckert (30. 9. 85) gem. § 51 (3) Ziff. 1 HBG, Techn. Oberamtsrat (BaL) Jakob Spieß (30. 9. 85) gem. § 51 (1) i. V. m. 56 (2) HBG.

Darmstadt, 23. Oktober 1985

**Der Regierungspräsident**

VI 21 — 7 1 08 (1)

StAnz. 45/1985 S. 1999

### K. im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz

beim Regierungspräsidenten in Darmstadt

ernannt:

zum Techn. Oberinspektor z. A. (BaP) Techn. Inspektorwärter (BaW) Norbert Blücher, Wasserwirtschaftsamt Darmstadt (1. 5. 85);

zum/zur Baureferendar/in (BaW) Bewerber/in Cornelia Löns, Wasserwirtschaftsamt Wiesbaden, Axel Schumacher, Wasserwirtschaftsamt Darmstadt (beide 2. 9. 85);

versetzt:

zur Gemeinde Büttelborn Techn. Amtmann (BaL) Gerhard Hoffmann, Wasserwirtschaftsamt Darmstadt (1. 7. 85);

entlassen:

Techn. Inspektorwärter (BaW), Martin Eismann, Wasserwirtschaftsamt Friedberg (31. 5. 85) gem. § 41 (1) HBG.

Darmstadt, 23. Oktober 1985

**Der Regierungspräsident**

I 2/2 a 7 1 02/07 (E)

StAnz. 45/1985 S. 1999

965

DARMSTADT

## DIE REGIERUNGSPRÄSIDENTEN

### Ungültigkeitserklärung von Polizei-Dienstausweisen

Der am 2. November 1984 vom Regierungspräsidenten in Darmstadt für Polizeihauptmeister Wolfhard Philipp ausgestellte Polizei-Dienstausweis Nr. 03 — 1558 und

der am 6. Januar 1982 vom Regierungspräsidenten in Darmstadt für Polizeiobermeister Dieter Schrank ausgestellte Polizei-Dienstausweis Nr. 03 — 0579 sind in Verlust geraten.

Sie werden hiermit für ungültig erklärt.

Darmstadt, 21. Oktober 1985

**Der Regierungspräsident**

III 2/13 S 65 — 7 d 14

StAnz. 45/1985 S. 1999

966

GIESSEN

### Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 23. Oktober 1985

Gemäß § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes

vom 5. Juli 1976 (BGBl. I S. 1773), i. V. m. der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. S. 17) wird verordnet:

§ 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen im Ortsteil **Niederbrechen** der Gemeinde Brechen aus Anlaß des Weihnachtsmarktes am 24. November 1985 freigegeben.

Die Offenhaltung ist beschränkt auf die Zeit von 13.00 bis 18.00 Uhr.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 24. November 1985 in Kraft.

Gießen, 23. Oktober 1985

**Der Regierungspräsident**

gez. Müller

StAnz. 45/1985 S. 1999

## BEZIRKSDIREKTIONEN FÜR FORSTEN UND NATURSCHUTZ

967 DARMSTADT

Erklärung des Stadtwaldes Hofheim im Main-Taunus-Kreis  
zu Erholungswald vom 10. Juli 1985

Auf Grund von § 23 Abs. 1 des Hessischen Forstgesetzes i. d. F. vom 4. Juli 1978 (GVBl. I S. 424, 584) i. V. m. § 1 der Vierten Verordnung zur Durchführung des Hessischen Forstgesetzes (Verordnung über die Erklärung zu Schutzwald, Bannwald und Erholungswald und die Walderhaltungsabgabe) vom 18. Februar 1980 (GVBl. I S. 96) wird erklärt:

## I. Geltungsbereich

1. Die in Nr. 2 näher bezeichneten Waldflächen in den Gemarkungen Hofheim, Marxheim, Lorsbach, Langenhain, Diedenbergen, Wallau und Wildsachsen, Main-Taunus-Kreis, werden wegen ihrer besonderen Bedeutung für das Wohl der Allgemeinheit als Erholungswald ausgewiesen.

2. Der Erholungswald besteht aus folgenden Grundstücken:

## Gemarkung Hofheim

Flur 23 Nr. 2 = 47,8836 ha; Nr. 3 = 45,4338 ha; Nr. 5/1 = 0,0353 ha; Nr. 5/4 tlw. = 41,0240 ha; Nr. 6 = 38,7778 ha; Nr. 7/1 = 0,0153 ha; Nr. 7/2 = 0,0001 ha; Nr. 7/3 = 0,0573 ha; Nr. 8 = 0,7845 ha; Nr. 9 = 1,5859 ha; Nr. 10 = 0,8650 ha; Nr. 11 = 0,3788 ha; Nr. 15/7 = 49,8259 ha; Nr. 16/1 = 2,7996 ha; Nr. 17/1 = 0,0922 ha; Nr. 18/4 = 35,0846 ha

Flur 24 Nr. 1/1 = 0,0361 ha; Nr. 1/2 = 0,0661 ha; Nr. 2 = 20,8976 ha; Nr. 3/1 = 0,0175 ha; Nr. 3/2 = 26,7070 ha; Nr. 4/1 = 0,0111 ha; Nr. 6/1 = 0,0091 ha; Nr. 7/6 = 0,0073 ha; Nr. 7/7 = 0,0050 ha; Nr. 8/3 = 1,9588 ha; Nr. 10 = 0,7480 ha; Nr. 12 = 0,0906 ha; Nr. 46/1 = 49,7179 ha; Nr. 56/6 tlw. = 41,5423 ha; Nr. 61/17 = 0,0093 ha; Nr. 70/7 = 1,7252 ha; Nr. 74/11 = 1,5766 ha; Nr. 76/5 = 18,7707 ha; Nr. 78/7 = 6,7967 ha

Flur 26 Nr. 69 = 0,1600 ha; Nr. 70 = 0,0490 ha; Nr. 71 = 0,0860 ha

Flur 62 Nr. 1 = 12,9479 ha; Nr. 2 = 21,1627 ha; Nr. 3 = 0,3868 ha

## Gemarkung Marxheim

Flur 1 Nr. 2/1 = 23,4625 ha; Nr. 3/7 = 2,9360 ha; Nr. 4/1 = 19,1251 ha; Nr. 6/3 = 0,0920 ha; Nr. 6/4 = 0,2426 ha; Nr. 6/5 = 13,2483 ha; Nr. 6/6 = 0,7948 ha; Nr. 6/8 = 0,0235 ha; Nr. 6/9 = 0,0334 ha; Nr. 7 = 13,3671 ha; Nr. 8/1 = 13,2721 ha; Nr. 8/3 = 7,7836 ha; Nr. 9 = 3,4650 ha; Nr. 14/4 = 22,5783 ha; Nr. 15 = 7,7200 ha; Nr. 17/1 = 0,7138 ha; Nr. 18/1 = 0,4015 ha; Nr. 25/1 = 20,4667 ha; Nr. 35/1 = 4,8166 ha; Nr. 36/1 = 0,0766 ha; Nr. 36/2 = 0,1810 ha; Nr. 37/3 = 2,2100 ha; Nr. 37/4 = 11,1885 ha; Nr. 40/1 = 0,5160 ha; Nr. 41/1 = 17,1394 ha; Nr. 42 = 0,7850 ha; Nr. 43 = 22,8794 ha

Flur 18 Nr. 3/1 = 0,0003 ha; Nr. 3/2 = 5,9966 ha; Nr. 15/6 tlw. = 1,5480 ha; Nr. 17/1 = 0,5697 ha

Flur 19 Nr. 120/116 tlw. = 0,2875 ha; Nr. 121 = 12,9539 ha

Flur 20 Nr. 1/5 = 25,5714 ha; Nr. 42 = 0,8371 ha

Flur 35 Nr. 35 = 3,9549 ha

## Gemarkung Lorsbach

Flur 1 Nr. 1 = 0,6739 ha; Nr. 2 = 0,8176 ha

Flur 2 Nr. 173 = 0,3648 ha; Nr. 174 = 0,6006 ha

Flur 3 Nr. 75/70 = 0,3320 ha; Nr. 76/70 = 0,0951 ha

Flur 4 Nr. 213 = 1,8355 ha; Nr. 214 = 0,0571 ha; Nr. 215 tlw. = 0,0074 ha

Flur 11 Nr. 10 = 0,3797 ha; Nr. 25 = 0,3979 ha; Nr. 42 = 0,4269 ha

Flur 13 Nr. 1/1 = 27,4931 ha; Nr. 2/1 = 25,3792 ha; Nr. 5/3 = 12,9619 ha; Nr. 6 = 6,6950 ha; Nr. 7 = 18,6025 ha; Nr. 9 = 9,1725 ha; Nr. 10 = 0,4275 ha; Nr. 19/1 = 0,1584 ha; Nr. 90/3 = 24,4151 ha; Nr. 91/4 = 7,4682 ha; Nr. 104/8 = 12,3919 ha; Nr. 106 = 0,5138 ha

## Gemarkung Langenhain

Flur 1 Nr. 6/1 = 6,0650 ha; Nr. 6/2 = 0,0446 ha; Nr. 8/1 = 0,1850 ha; Nr. 8/2 = 0,1950 ha; Nr. 16/3 = 3,3193 ha; Nr. 17/4 = 14,3962 ha; Nr. 24/5 = 26,1510 ha; Nr. 26/6 = 14,2205 ha

Flur 17 Nr. 42/1 = 15,6019 ha; Nr. 43/2 = 45,2002 ha; Nr. 49/3 = 0,6086 ha





Flur 36 Nr. 27 = 0,3335 ha; Nr. 28 = 1,2329 ha; Nr. 34 = 0,2094 ha; Nr. 37 tlw. = 0,0615 ha; Nr. 40 = 0,0336 ha; Nr. 41 = 0,0978 ha

Flur 37 Nr. 17 = 0,0653 ha; Nr. 18 = 0,8531 ha; Nr. 19 = 10,0517 ha; Nr. 20 = 0,2254 ha; Nr. 26 = 0,0586 ha; Nr. 27 = 0,0370 ha; Nr. 28 = 0,2512 ha; Nr. 29 = 0,2172 ha; Nr. 31 = 0,0761 ha; Nr. 32 tlw. = 0,1925 ha; Nr. 33 = 0,0168 ha

Flur 38 Nr. 20/1 = 0,2915 ha; Nr. 21 = 2,0808 ha; Nr. 22 = 3,9330 ha; Nr. 23 = 1,8053 ha; Nr. 29/2 tlw. = 0,5880 ha; Nr. 30/5 tlw. = 2,9260 ha; Nr. 30/8 tlw. = 0,5500 ha; Nr. 30/22 = 0,5654 ha; Nr. 37 tlw. = 0,0995 ha

Flur 39 Nr. 1 = 1,4360 ha; Nr. 20 = 0,7006 ha; Nr. 21 = 1,6886 ha; Nr. 22 = 2,9037 ha; Nr. 23 = 3,0558 ha; Nr. 24 = 2,2590 ha; Nr. 28 = 0,1388 ha; Nr. 31 = 0,1219 ha; Nr. 32 = 0,1788 ha; Nr. 33 = 0,1120 ha; Nr. 35 = 0,0245 ha; Nr. 36 = 0,0807 ha; Nr. 38/25 = 0,0762 ha

Flur 40 Nr. 1 = 0,7466 ha; Nr. 15 = 0,8680 ha; Nr. 16 = 1,1178 ha; Nr. 32 tlw. = 0,0510 ha; Nr. 33 tlw. = 0,0240 ha; Nr. 34 = 0,2126 ha; Nr. 35 = 0,6751 ha

Flur 42 Nr. 6 = 0,8201 ha; Nr. 7 = 0,4856 ha; Nr. 8 = 2,9101 ha; Nr. 9 = 6,3161 ha; Nr. 11 = 3,9029 ha; Nr. 16 = 0,0821 ha; Nr. 17 = 0,3127 ha; Nr. 20 tlw. = 0,0535 ha; Nr. 50/4 = 1,7020 ha

Flur 44 Nr. 4 = 0,8333 ha; Nr. 66 = 0,0978 ha; Nr. 67 = 0,0442 ha

Flur 45 Nr. 43 = 1,5465 ha; Nr. 52 = 1,6223 ha; Nr. 73 = 0,0831 ha; Nr. 74 tlw. = 0,0595 ha; Nr. 86/1 = 0,0750 ha

Flur 52 Nr. 29 = 1,2741 ha; Nr. 30 = 3,7219 ha; Nr. 67 = 0,1126 ha

Flur 53 Nr. 77 = 0,2141 ha; Nr. 78 = 0,2167 ha; Nr. 79 = 0,2374 ha

#### Gemarkung Diedenbergen

Flur 42 Nr. 1 = 0,3017 ha; Nr. 2 = 0,7002 ha; Nr. 3 = 0,0340 ha; Nr. 64 = 0,2979 ha

Flur 43 Nr. 2/1 = 2,8565 ha; Nr. 3 = 16,3913 ha; Nr. 4/1 = 0,9904 ha; Nr. 5 = 0,1770 ha; Nr. 9 = 12,6755 ha; Nr. 10/4 = 51,8370 ha; Nr. 11/2 = 1,2815 ha; Nr. 12/4 = 23,2654 ha; Nr. 18 = 1,1222 ha; Nr. 19 = 3,1279 ha; Nr. 20 = 17,1689 ha; Nr. 21 = 0,6198 ha; Nr. 22 = 0,0551 ha; Nr. 23 = 22,8444 ha; Nr. 24 = 22,7569 ha

#### Gemarkung Wallau

Flur 1 Nr. 4 = 6,2481 ha; Nr. 11/1 = 15,8103 ha; Nr. 14/2 = 26,4905 ha; Nr. 22/6 = 0,2185 ha; Nr. 24/7 = 0,1978 ha; Nr. 25/03 = 0,6816 ha; Nr. 26/04 = 0,1211 ha; Nr. 27/3 = 29,5531 ha; Nr. 29/5 = 0,1932 ha

#### Gemarkung Wildsachsen

Flur 2 Nr. 1 = 28,0910 ha; Nr. 2 = 0,0881 ha; Nr. 8 = 0,4371 ha; Nr. 25 = 0,2830 ha; Nr. 27 = 0,4430 ha; Nr. 31 = 5,1734 ha; Nr. 32 = 0,3003 ha; Nr. 33 = 28,9599 ha; Nr. 34 = 0,7339 ha; Nr. 35 = 0,1679 ha; Nr. 36 = 0,0232 ha; Nr. 37 = 26,3190 ha; Nr. 173 = 5,4303 ha; Nr. 174 = 0,1643 ha; Nr. 243 = 0,7101 ha

Flur 3 Nr. 154 = 0,6190 ha

Die Gesamtfläche des Erholungswaldes beträgt 1440,0318 ha. Sie steht im Eigentum der Stadt Hofheim am Taunus.

- Die Grenzen des Erholungswaldes sind in einer als Bestandteil dieser Erklärung geltenden Topographischen Karte im Maßstab 1 : 25 000 in Orange eingetragen.
- Diese Erklärung und die Karte nach Nr. 3 sind bei der Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz in Darmstadt — obere Forstbehörde — hinterlegt.

## II. Zweck der Erklärung zu Erholungswald

Die Erklärung zu Erholungswald ist notwendig, weil die Waldflächen für die Feierabend- und Wochenenderholung der Bevölkerung der Stadt Hofheim am Taunus sowie für die Bevölkerung aus dem Raume Frankfurt am Main als Erholungsgebiet erhalten werden sollen. Insbesondere wurden auch zum Zwecke der Erholung bereits entsprechende Erholungseinrichtungen geschaffen.

## III. Antragsteller, Trägerschaft

- Die Erklärung zu Erholungswald erfolgt auf Antrag der Stadt Hofheim am Taunus.
- Der Antragsteller ist für eine dem Erholungszweck dienende Ausstattung und Pflege der Erholungswaldflächen sowie für den Schutz der Erholungseinrichtungen und des Waldbestandes verantwortlich (Trägerschaft).

## IV. Auflagen

- Der Bau und die Gestaltung von Erholungseinrichtungen sind im Einvernehmen mit der unteren Forstbehörde und dem Naturparkträger vorzunehmen.
- Der Träger des Erholungswaldes erhält die von ihm errichteten oder betriebenen Erholungseinrichtungen in einem verkehrssicheren Zustand, so daß bei bestimmungsgemäßem Gebrauch eine gefahrlose Benutzung gewährleistet ist.

## V. Schlußvorschriften

- Die verfahrensmäßigen Rechte
  - des Trägers der Regionalplanung
  - des Waldbesitzers
  - der Gemeinde
  - des Naturparkträgers
  - der unteren Naturschutzbehörde
  - des Bezirksforstausschusses
 sind gewahrt.
- Diese Erklärung wird in ortsüblicher Weise und im Staatsanzeiger für das Land Hessen öffentlich bekanntgemacht.
- Diese Erklärung wird am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Staatsanzeiger für das Land Hessen wirksam, soweit sie bis dahin in ortsüblicher Weise bekanntgemacht ist; anderenfalls wird sie am Tage nach der ortsüblichen Bekanntmachung wirksam.

Darmstadt, 10. Juli 1985

Bezirksdirektion  
für Forsten und Naturschutz  
gez. D u m m

StAnz. 45/1985 S. 2000

968 KASSEL

## Verordnung über das Naturschutzgebiet „Kalkberg bei Weißenborn“ vom 24. Oktober 1985

Auf Grund des § 16 Abs. 3 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309) wird nach Anhörung der nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3574, 1977 S. 650), geändert durch Gesetz vom 1. Juni 1980 (BGBl. I S. 649), anerkannten Verbände im Benehmen mit der oberen Behörde der Landesplanung und mit Genehmigung der obersten Naturschutzbehörde verordnet:

### § 1

- Der Kalkberg nördlich von Weißenborn wird in den sich aus Abs. 2 und 3 ergebenden Grenzen zum Naturschutzgebiet erklärt.
- Das Naturschutzgebiet „Kalkberg bei Weißenborn“ besteht aus einem südexponierten Kalkhang in der Gemarkung Weißenborn der Gemeinde Ottrau im Schwalm-Eder-Kreis. Es hat eine Größe von ca. 18,57 ha. Die örtliche Lage des Naturschutzgebietes ergibt sich aus der als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1 : 10 000.
- Diese Verordnung gilt für das in einer Karte im Maßstab 1 : 2 000 rot begrenzte Gebiet. Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung. Sie wird von der Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz in Kassel — oberer Naturschutzbehörde — Wilhelmshöher Allee 157—159, 3500 Kassel, verwahrt.
- Das Naturschutzgebiet ist durch amtliche Schilder gekennzeichnet.

### § 2

Zweck der Unterschutzstellung ist es, die Kalkböden liebende Vegetation dauerhaft zu sichern. Weiterhin ist das Gebiet wegen seines Grenzlinienreichtums in ornithologischer und landschaftsästhetischer Hinsicht von besonderer Bedeutung.

### § 3

Als Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebietes oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können (§ 12 Abs. 2 des Hessischen Naturschutzgesetzes), sind verboten:

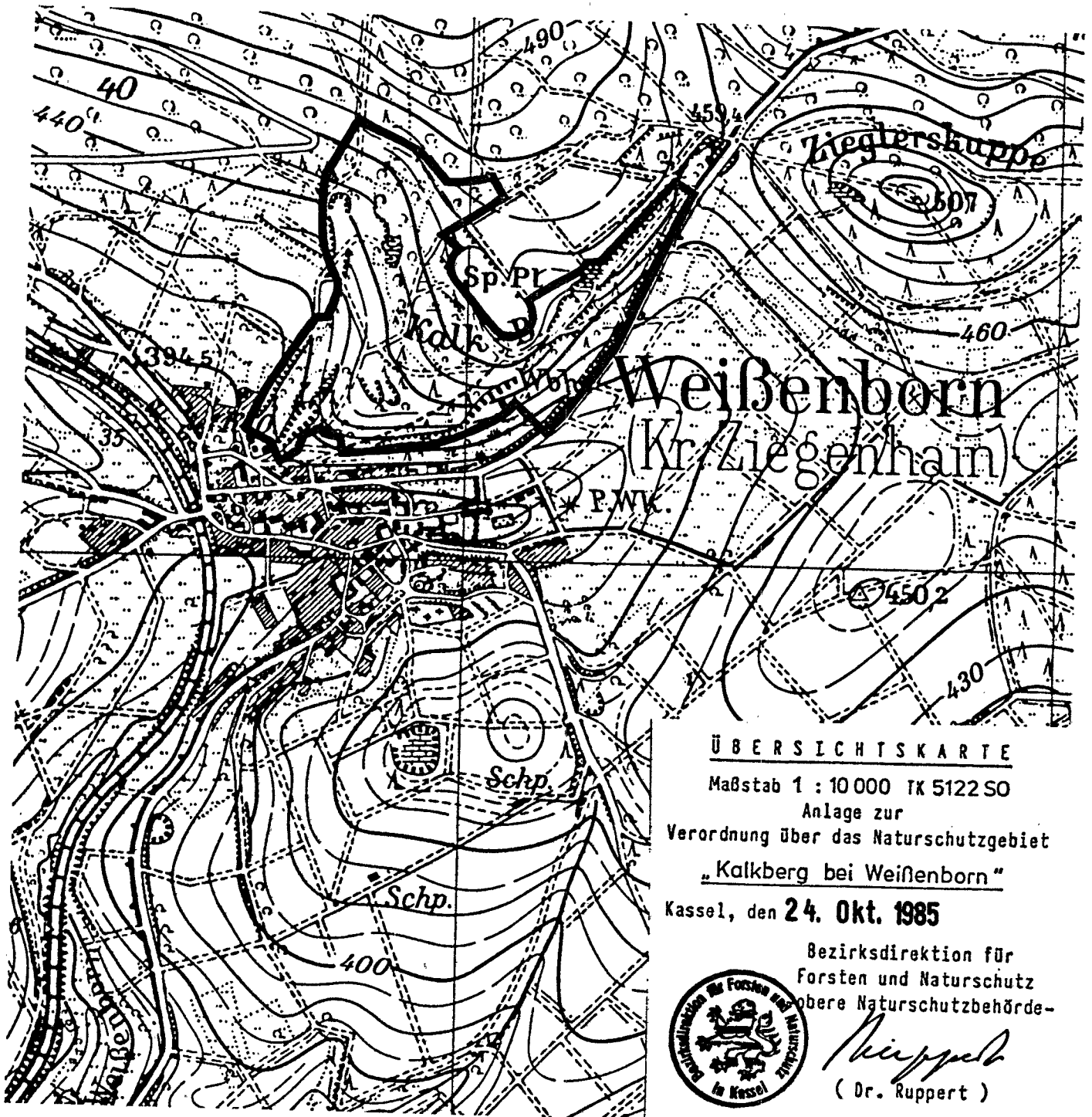
- bauliche Anlagen i. S. des § 2 Abs. 1 der Hessischen Bauordnung herzustellen, zu erweitern, zu ändern oder zu beseitigen, unabhängig von deren Anwendungsbereich (§ 1 Abs. 2 der Hessischen Bauordnung) oder einer Genehmigungs- oder Anzeigepflicht;
- Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abzubauen oder zu gewinnen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen oder sonst die Bodengestalt zu verändern;

3. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifftafeln anzubringen oder aufzustellen;
4. Pflanzen einschließlich der Bäume und Sträucher zu beschädigen oder zu entfernen;
5. wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, ihre Laute nachzuahmen, sie an ihren Brut- oder Wohnstätten zu fotografieren, zu filmen oder dort ihre Laute auf Tonträger aufzunehmen, Vorrichtungen zu ihrem Fang anzubringen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Puppen, Larven oder Eier, Nester oder sonstige Brut- oder Wohnstätten fortzunehmen oder zu beschädigen;
6. Pflanzen einzubringen oder Tiere auszusetzen;
7. das Naturschutzgebiet außerhalb der in der Karte nach § 1 Abs. 3 festgelegten und örtlich gekennzeichneten Wege zu betreten;
8. zu reiten, zu lagern, zu zelten, Wohnwagen aufzustellen, zu lärmern, Feuer anzuzünden oder zu unterhalten oder Modellflugzeuge einzusetzen;
9. mit Fahrzeugen außerhalb der dafür zugelassenen Wege zu fahren oder Fahrzeuge zu parken;
10. Kraftfahrzeuge zu waschen oder zu pflegen;
11. Wiesen oder Weiden umzubrechen oder deren Nutzung zu ändern;
12. zu düngen oder Pflanzenbehandlungsmittel anzuwenden;
13. Hunde frei laufen zu lassen;
14. gewerbliche Tätigkeiten auszuüben.

§ 4

Ausgenommen von den Verboten des § 3 bleiben:

1. die extensive Nutzung der Grünlandflächen mit den in § 3 Nrn. 11 und 12 genannten Einschränkungen;
2. die Maßnahmen zur Erhaltung und Förderung von natürlichen arten- und strukturreichen Waldgesellschaften mit den in § 3 Nr. 12 genannten Einschränkungen im Einvernehmen mit der oberen Naturschutzbehörde;



ÜBERSICHTSKARTE

Maßstab 1 : 10 000 TK 5122 SO

Anlage zur

Verordnung über das Naturschutzgebiet

„Kalkberg bei Weißenborn“

Kassel, den 24. Okt. 1985

Bezirksdirektion für  
Forsten und Naturschutz  
obere Naturschutzbehörde-



*Ruppert*  
( Dr. Ruppert )

3. der Betrieb der Wassergewinnungsanlage im Rahmen der wasserrechtlichen Erlaubnis;
4. die Ausübung der Einzeljagd auf Schalenwild und Fuchs in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Januar;
5. die Benutzung der Erholungseinrichtungen und die erforderlichen Maßnahmen zu ihrer Erhaltung im Einvernehmen mit der oberen Naturschutzbehörde.

## § 5

Zuständige Behörde für Befreiungen nach § 31 des Bundesnaturschutzgesetzes ist die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden. Die Hessische Landesanstalt für Umwelt ist zu hören.

## § 6

Ordnungswidrig i. S. des § 43 Abs. 2 Nr. 16 des Hessischen Naturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. bauliche Anlagen entgegen § 3 Nr. 1 herstellt, erweitert, ändert oder beseitigt;
2. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abbaut oder gewinnt, Sprengungen oder Bohrungen vornimmt oder die Bodengestalt verändert (§ 3 Nr. 2);
3. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anbringt oder aufstellt (§ 3 Nr. 3);
4. Pflanzen beschädigt oder entfernt (§ 3 Nr. 4);
5. wildlebende Tiere in allen Entwicklungsstufen in der in § 3 Nr. 5 bezeichneten Art beeinträchtigt oder Vorrichtungen zu deren Fang anbringt;
6. Pflanzen einbringt oder Tiere aussetzt (§ 3 Nr. 6);
7. das Naturschutzgebiet außerhalb der in der Karte festgelegten und örtlich gekennzeichneten Wege betritt (§ 3 Nr. 7);
8. reitet, lagert, zeltet, Wohnwagen aufstellt, lärmt, Feuer anzündet oder unterhält oder Modellflugzeuge einsetzt (§ 3 Nr. 8);
9. mit Fahrzeugen außerhalb der dafür zugelassenen Wege fährt oder Fahrzeuge parkt (§ 3 Nr. 9);
10. Kraftfahrzeuge wäscht oder pflegt (§ 3 Nr. 10);
11. Wiesen oder Weiden umbricht oder deren Nutzung ändert (§ 3 Nr. 11);
12. düngt oder Pflanzenbehandlungsmittel anwendet (§ 3 Nr. 12);
13. Hunde frei laufen läßt (§ 3 Nr. 13);
14. gewerbliche Tätigkeiten ausübt (§ 3 Nr. 14).

## § 7

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Kassel, 24. Oktober 1985

Bezirksdirektion  
für Forsten und Naturschutz  
gez. Dr. Ruppert

StAnz. 45/1985 S. 2002

969

### Verordnung über das Naturschutzgebiet „Langenstüttig bei Batten“ vom 24. Oktober 1985

Auf Grund des § 16 Abs. 3 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309) wird nach Anhörung der nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3574, 1977 S. 650), geändert durch Gesetz vom 1. Juni 1980 (BGBl. I S. 649), anerkannten Verbände im Benehmen mit der oberen Behörde der Landesplanung und mit Genehmigung der obersten Naturschutzbehörde verordnet:

## § 1

(1) Das Waldgebiet Langenstüttig östlich von Batten an der Landesstraße 3176 wird in den sich aus Abs. 2 und 3 ergebenden Grenzen zum Naturschutzgebiet erklärt.

(2) Das Naturschutzgebiet „Langenstüttig bei Batten“ besteht aus naturnahem Laubmischwald und liegt in den Gemarkungen Batten und Hilders der Gemeinde Hilders im Landkreis Fulda. Es hat eine Größe von ca. 47,45 ha. Die örtliche Lage des Naturschutzgebietes ergibt sich aus der als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1 : 25 000.

(3) Diese Verordnung gilt für das in einer Karte im Maßstab 1 : 2 000 rot begrenzte Gebiet. Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung. Sie wird von der Bezirksdirektion für Forsten und

Naturschutz in Kassel — oberer Naturschutzbehörde — Wilhelmshöher Allee 157—159, 3500 Kassel, verwahrt.

(4) Das Naturschutzgebiet ist durch amtliche Schilder gekennzeichnet.

## § 2

Zweck der Unterschutzstellung ist es, den feuchteliebenden naturnahen Laubmischwald im Übergangsbereich zwischen Hoch- und Tieflagenvegetation auf basaltüberrollten Quellhängen mit seltenen Pflanzengesellschaften in der Krautschicht zu erhalten und zu fördern.

## § 3

Als Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebietes oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können (§ 12 Abs. 2 des Hessischen Naturschutzgesetzes), sind verboten:

1. bauliche Anlagen i. S. des § 2 Abs. 1 der Hessischen Bauordnung herzustellen, zu erweitern, zu ändern oder zu beseitigen, unabhängig von deren Anwendungsbereich (§ 1 Abs. 2 der Hessischen Bauordnung) oder einer Genehmigungs- oder Anzeigepflicht;
2. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abzubauen oder zu gewinnen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen oder sonst die Bodengestalt zu verändern;
3. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anzubringen oder aufzustellen;
4. Gewässer zu schaffen, zu verändern oder zu beseitigen, Wasserläufe, Wasserflächen oder Tümpel einschließlich deren Ufer sowie den Zu- und Ablauf des Wassers oder den Grundwasserstand zu verändern sowie Moore, Sümpfe oder sonstige Feuchtgebiete zu entwässern oder über den Gemeingebrauch hinaus Wasser zu entnehmen;
5. Pflanzen einschließlich der Bäume und Sträucher zu beschädigen oder zu entfernen;
6. wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, ihre Laute nachzuahmen, sie an ihren Brut- oder Wohnstätten zu fotografieren, zu filmen oder dort ihre Laute auf Tonträger aufzunehmen, Vorrichtungen zu ihrem Fang anzubringen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Puppen, Larven oder Eier, Nester oder sonstige Brut- oder Wohnstätten fortzunehmen oder zu beschädigen;
7. Pflanzen einzubringen oder Tiere auszusetzen;
8. das Naturschutzgebiet außerhalb befestigter Wege zu betreten;
9. zu reiten, zu lagern, zu baden, zu zelten, Wohnwagen aufzustellen, zu lärmern, Feuer anzuzünden oder zu unterhalten oder Modellflugzeuge einzusetzen;
10. mit Fahrzeugen zu fahren oder Fahrzeuge zu parken;
11. Kraftfahrzeuge zu waschen oder zu pflegen;
12. Wiesen oder Weiden umzubrechen oder deren Nutzung zu ändern;
13. zu düngen oder Pflanzenbehandlungsmittel anzuwenden;
14. Hunde frei laufen zu lassen;
15. gewerbliche Tätigkeiten auszuüben.

## § 4

Ausgenommen von den Verboten des § 3 bleiben:

1. die extensive Nutzung der Grünlandflächen, mit den in § 3 Nrn. 12 und 13 genannten Einschränkungen;
2. die Maßnahmen zur Erhaltung und Förderung naturnaher, vielstufiger, ungleichaltriger Mischbestände und Waldränder mit den in § 3 Nr. 13 genannten Einschränkungen im Einvernehmen mit der oberen Naturschutzbehörde;
3. die Ausübung der Einzeljagd auf Haarwild;
4. die Handlungen der zuständigen Wasserbehörden oder deren Beauftragter im Rahmen der Wasseraufsicht sowie Unterhaltungsmaßnahmen an Gewässern im jeweiligen Einvernehmen mit der oberen Naturschutzbehörde.

## § 5

Zuständige Behörde für Befreiungen nach § 31 des Bundesnaturschutzgesetzes ist die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden. Die Hessische Landesanstalt für Umwelt ist zu hören.

## § 6

Ordnungswidrig i. S. des § 43 Abs. 2 Nr. 16 des Hessischen Naturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig:



1. bauliche Anlagen entgegen § 3 Nr. 1 herstellt, erweitert, ändert oder beseitigt;
2. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abbaut oder gewinnt, Sprengungen oder Bohrungen vornimmt oder die Bodengestalt verändert (§ 3 Nr. 2);
3. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anbringt oder aufstellt (§ 3 Nr. 3);
4. Wasser, Gewässer oder Feuchtgebiete in der in § 3 Nr. 4 bezeichneten Art beeinflusst;
5. Pflanzen beschädigt oder entfernt (§ 3 Nr. 5);
6. wildlebende Tiere in allen Entwicklungsstufen in der in § 3 Nr. 6 bezeichneten Art beeinträchtigt oder Vorrichtungen zu deren Fang anbringt;
7. Pflanzen einbringt oder Tiere aussetzt (§ 3 Nr. 7);
8. das Naturschutzgebiet außerhalb befestigter Wege betritt (§ 3 Nr. 8);
9. reitet, lagert, badet, zeltet, Wohnwagen aufstellt, lärm, Feuer anzündet oder unterhält oder Modellflugzeuge einsetzt (§ 3 Nr. 9);
10. mit Fahrzeugen fährt oder Fahrzeuge parkt (§ 3 Nr. 10);
11. Kraftfahrzeuge wäscht oder pflegt (§ 3 Nr. 11);

12. Wiesen oder Weiden umbricht oder deren Nutzung ändert (§ 3 Nr. 12);
13. düngt oder Pflanzenbehandlungsmittel anwendet (§ 3 Nr. 13);
14. Hunde frei laufen läßt (§ 3 Nr. 14);
15. gewerbliche Tätigkeiten ausübt (§ 3 Nr. 15).

§ 7

Die Landschaftsschutzverordnung für den Naturpark „Hessische Rhön“ vom 8. Oktober 1967 (Fuldaer Zeitung vom 10. November 1967) wird für den Geltungsbereich dieser Verordnung (§ 1 Abs. 3) aufgehoben.

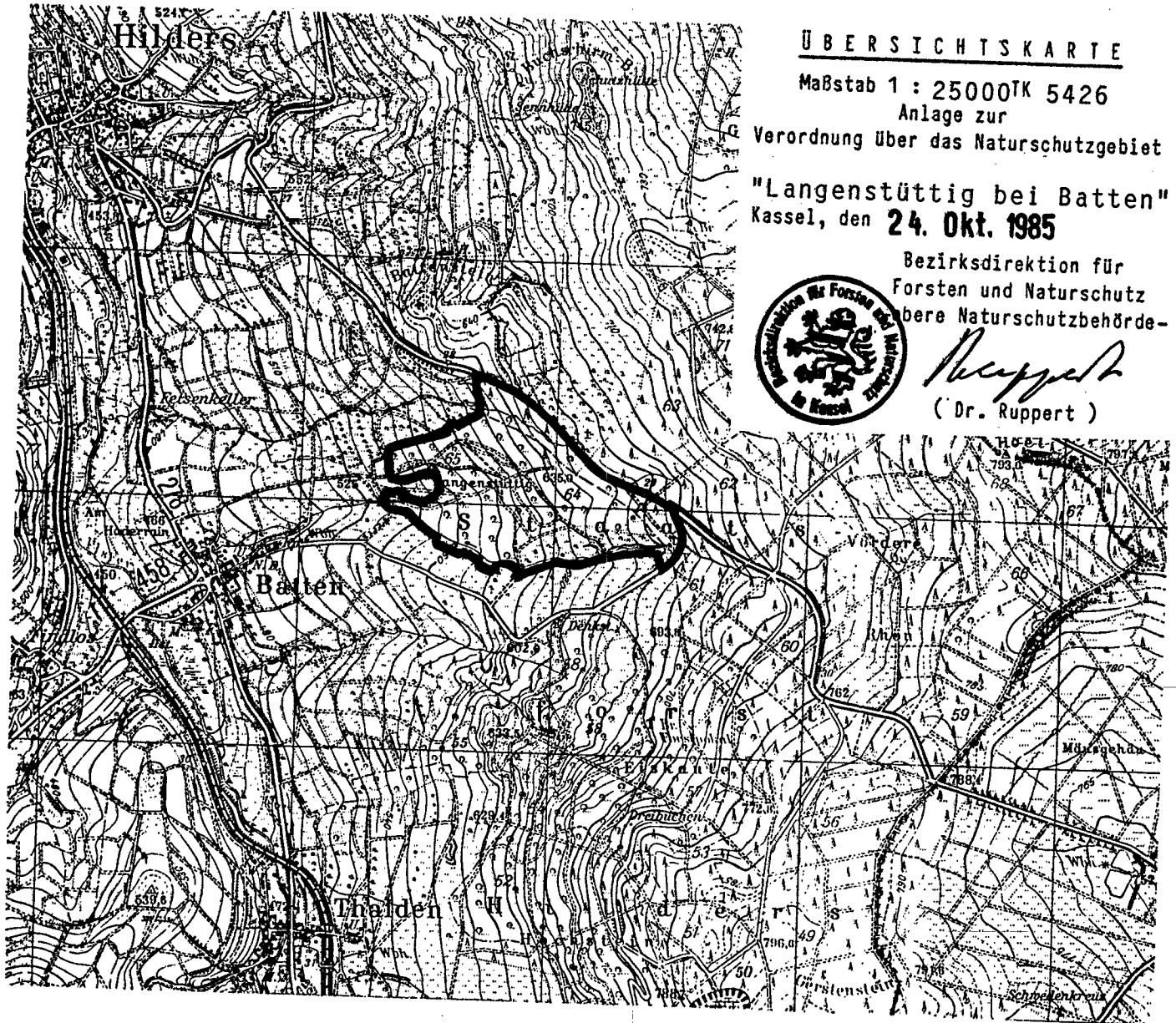
§ 8

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Kassel, 24. Oktober 1985

Bezirksdirektion  
für Forsten und Naturschutz  
gez. Dr. Ruppert

StAnz. 45/1985 S. 2004



ÜBERSICHTSKARTE

Maßstab 1 : 25000TK 5426

Anlage zur

Verordnung über das Naturschutzgebiet

"Langenstüttig bei Batten"

Kassel, den 24. Okt. 1985

Bezirksdirektion für  
Forsten und Naturschutz  
bere Naturschutzbehörde-



*Ruppert*  
( Dr. Ruppert )

## HESSISCHER VERWALTUNGSSCHULVERBAND

970

### Fortbildungslehrgänge des Hessischen Verwaltungsschulverbandes — Verwaltungsseminar Kassel —

Das Verwaltungsseminar Kassel mit seinen Seminarabteilungen in Fulda und Marburg bietet folgende Fortbildungslehrgänge an:

- G 9** Kindergeld und Ortszuschlag  
 Dauer: 2 Nachmittage (8 Unterrichtsstunden)  
 Stoffplan: — Erörterung aktueller Fragen  
 Termin: **Kassel**  
 Dienstag, 5. und 12. November 1985,  
 jeweils von 13.15 bis 16.30 Uhr  
**Fulda**  
 Donnerstag, 7. und 14. November 1985,  
 jeweils von 13.45 bis 17.00 Uhr  
**Marburg**  
 Dienstag, 19. und 26. November 1985,  
 jeweils von 13.45 bis 17.00 Uhr  
 Teilnehmerkreis: Sachbearbeiter in entsprechenden Aufgabengebieten sowie Bedienstete, die bereits an dem Grundkurs bzw. Aufbaukurs teilgenommen haben.  
 Referent: **Amtsrat Manfred Hartner**  
 Teilnehmergebühr: Mitglieder 55,20 DM  
 Nichtmitglieder 68,80 DM
- D 12** Kostenrechnung öffentlicher Einrichtungen  
 Dauer: 2 Nachmittage (8 Unterrichtsstunden)  
 Stoffplan: — praktische Übungen im kommunalen Gebührenwesen  
 — Erfahrungsaustausch zwischen den Teilnehmern  
 Termin: **Kassel**  
 Donnerstag, 7. und 14. November 1985,  
 jeweils von 13.15 bis 16.30 Uhr  
**Fulda**  
 Dienstag, 19. und 26. November 1985,  
 jeweils von 13.45 bis 17.00 Uhr  
**Marburg**  
 Montag, 25. November und 2. Dezember 1985,  
 jeweils von 13.45 bis 17.00 Uhr  
 Teilnehmerkreis: Mitarbeiter aus kostenrechnenden Einrichtungen und entsprechenden Aufgabengebieten, die bereits an einem Grundkurs teilgenommen haben oder entsprechende Kenntnisse besitzen.  
 Referent: **Magistratsrat Günther Martin**  
 Teilnehmergebühr: Mitglieder 55,20 DM  
 Nichtmitglieder 68,80 DM
- G 10** Ansprüche auf Vergütung ohne Arbeitsleistung (Lohnersatzleistungen) für Angestellte  
 Dauer: 2 Nachmittage (8 Unterrichtsstunden)  
 Termin: **Kassel**  
 Donnerstag, 21. und 28. November 1985,  
 jeweils von 13.15 bis 16.30 Uhr  
**Fulda**  
 Montag, 2. und 9. Dezember 1985,  
 jeweils von 13.45 bis 17.00 Uhr  
**Marburg**  
 Donnerstag, 5. und 12. Dezember 1985,  
 jeweils von 13.45 bis 17.00 Uhr  
 Teilnehmerkreis: Sachbearbeiter in entsprechenden Aufgabengebieten  
 Referent: **Amtsrat Manfred Hartner**  
 Teilnehmergebühr: Mitglieder 55,20 DM  
 Nichtmitglieder 68,80 DM
- D 13** Einstweiliger Rechtsschutz im Abgabenrecht  
 Dauer: 1 Nachmittage (4 Unterrichtsstunden)  
 Termin: **Kassel**  
 Montag, 2. Dezember 1985,  
 von 13.15 bis 16.30 Uhr

**Fulda**

Montag, 16. Dezember 1985,  
 von 13.45 bis 17.00 Uhr

**Marburg**

Montag, 9. Dezember 1985,  
 von 13.45 bis 17.00 Uhr

- Teilnehmerkreis: Mitarbeiter kommunaler und staatlicher Verwaltungen in entsprechenden Aufgabengebieten  
 Referent: **Rechtsanwalt Martin Lepper**  
 Teilnehmergebühr: Mitglieder 27,60 DM  
 Nichtmitglieder 34,40 DM
- B 1** Bauplanungsrecht — Bauordnungsrecht  
 Dauer: 3 Nachmittage (12 Unterrichtsstunden)  
 Termin: **Kassel**  
 Dienstag, 3., 10. und 17. Dezember 1985,  
 jeweils von 13.15 bis 16.30 Uhr  
 Teilnehmerkreis: Sachbearbeiter (technischer und Verwaltungsbereich) in entsprechenden Aufgabengebieten  
 Referent: **Baudirektor Georg-Friedrich Jahn**  
**Bürgermeister Lothar Merkwirth**  
 Teilnehmergebühr: Mitglieder 82,80 DM  
 Nichtmitglieder 103,20 DM
- A 3** Rhetorik — Grundkurs  
 Dauer: 3 Nachmittage (12 Unterrichtsstunden)  
 Termin: **Fulda**  
 Montag, 20., 27. Januar und 3. Februar 1986,  
 jeweils von 13.45 bis 17.00 Uhr  
 Teilnehmerkreis: Mitarbeiter aus allen Bereichen  
 Referent: **Verwaltungsoberrat Klaus Kolb**  
 Teilnehmergebühr: Mitglieder 82,80 DM  
 Nichtmitglieder 103,20 DM
- A 4** Bürgernahe Verwaltung — Wie macht man das?  
 Dauer: 1 Nachmittage (4 Unterrichtsstunden)  
 Termin: **Kassel**  
 Mittwoch, 11. Dezember 1985,  
 von 13.15 bis 16.30 Uhr  
 Teilnehmerkreis: Mitarbeiter in publikumswirksamen Bereichen der Verwaltung, Mitarbeiter in Organisationsabteilungen  
 Referent: **Magistratsrat Hans-Jochem Weikert**  
 Teilnehmergebühr: Mitglieder 27,60 DM  
 Nichtmitglieder 34,40 DM
- O 4** Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Verwaltungen  
 Dauer: 1 Nachmittage (4 Unterrichtsstunden)  
 Termin: **Kassel**  
 Mittwoch, 18. Dezember 1985,  
 von 13.15 bis 16.30 Uhr  
 Teilnehmerkreis: Mitarbeiter aller Verwaltungen, die für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig sind.  
 Referent: **Magistratsrat Hans-Jochem Weikert**  
 Teilnehmergebühr: Mitglieder 27,60 DM  
 Nichtmitglieder 34,40 DM
- Kassel, 15. Oktober 1985

Hessischer Verwaltungsschulverband  
 Verwaltungsseminar  
 StAnz. 45/1985 S. 2006

971

### Fortbildungslehrgänge für Angestellte beim Verwaltungsseminar Kassel

Beim Verwaltungsseminar Kassel und den Seminarabteilungen in Fulda und Marburg werden in Kürze Fortbildungslehrgänge für Angestellte der allgemeinen inneren Verwaltung des Landes und

der Kommunalverwaltung eingerichtet. Der Lehrgang umfaßt 480 Unterrichtsstunden und wird sich auf einen Zeitraum von ca. 1½ Jahren erstrecken. Es findet die Prüfungsordnung für Fortbildungsprüfungen vom 18. Mai 1983 (StAnz. S. 1178) Anwendung. Soweit die Voraussetzungen des § 40 BBiG erfüllt sind, kann auch die Abschlußprüfung in dem Ausbildungsberuf „Verwaltungsfachangestellte/r“ abgelegt werden. Hier findet die Prüfungsordnung für die Abschlußprüfung in dem Ausbildungsberuf „Verwaltungsfachangestellte/r“ vom 19. November 1981 (StAnz. S. 2222) Anwendung.

Die Teilnehmergebühr beträgt z. Z. für Mitglieder des Verbandes 6,90 DM, für Nichtmitglieder 8,60 DM je Stunde.

Anmeldungen bitten wir bis zum 1. Dezember 1985 an das Verwaltungsseminar Kassel, Kölnische Straße 42/42 A, 3500 Kassel, zu richten.

Kassel, 22. Oktober 1985

**Hessischer Verwaltungsschulverband**  
Verwaltungsseminar

StAnz. 45/1985 S. 2006

## BUCHBESPRECHUNGEN

**Wasserhaushaltsgesetz.** Von Frank Sieder, Reg.Präs. a.D. in Augsburg, Dr. Herbert Zeitler, Min.Dirig. im Bayer. Staatsministerium des Innern, München, Dr. Heinz Dahme, Min.Rat. im Bayer. Staatsministerium des Innern, München, unter Mitarbeit von Dr. Ernst Hlawaty †, Rechtsanwalt in München, Karl Kleemann, Min.Rat. im Bayer. Staatsministerium des Innern, München, und Dr. Wolfgang Heckner, Reg.Dir. bei der Regierung von Oberbayern. Loseblattkommentar in 2 Halbbänden, 9. Erg.Liefg., Stand Januar 1985, rd. 650 S., 138,— DM; Gesamtwerk, rd. 1 760 S., 2 Ln.Ordn., 168,— DM. Verlag C. H. Beck, 8000 München 40.

Der als Band I des Werkes „Wasserrecht, Kommentar von Sieder-Zeitler“ erscheinende Kommentar zum Wasserhaushaltsgesetz ist in zwei Hauptbände aufgeteilt. Während der erste Hauptband die Kommentierung zum Wasserhaushaltsgesetz enthält, umfaßt der zweite Halbband die Änderungsgesetze und Vollzugsvorschriften zum Wasserhaushaltsgesetz, wasserrechtliche Nebenvorschriften und die wasserrechtlichen Vorschriften der Europäischen Gemeinschaft und des Europarates. Abgeschlossen wird der zweite Halbband durch das Sachverzeichnis für den gesamten Band I.

Die neunte Ergänzungslieferung bringt den Kommentar auf den Stand vom Januar 1985. Zwar sind seit der letzten Ergänzungslieferung von Oktober 1983 keine Änderungen am Wasserhaushaltsgesetz eingetreten, jedoch wurde die Anpassung der Landeswassergesetze an die Vierte Novelle zum Wasserhaushaltsgesetz aus dem Jahre 1976 abgeschlossen. Außerdem hat die Rechtsprechung wichtige Entscheidungen zur Geltung und Auslegung von Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes getroffen. Die so entstandene Fülle des Materials wurde in den Kommentar eingearbeitet, um ihn wieder auf den aktuellen Stand zu bringen. Das gilt auch für die Kommentierung der §§ 1 bis 27 WHG, die bereits mit der 8. Ergänzungslieferung an den Stand vom Oktober 1983 herangeführt worden war. Dem Benutzer wird so insgesamt ein die aktuelle Rechtslage und die jüngste Rechtsprechung berücksichtigendes Werk geboten. Im Anhang, der im zweiten Halbband abgedruckt ist, sind insbesondere die Verwaltungsvorschriften zu § 7 a WHG sowie die Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft ergänzt worden.

Der vorliegende Kommentar beschränkt sich auf die Darstellung und Erläuterung des Wasserhaushaltsgesetzes ohne auf die Länderregelungen näher einzugehen. Letztere werden aber im Anschluß an die Kommentierung jeder einzelnen Vorschrift des Wasserhaushaltsgesetzes erwähnt. Das Werk ist neben dem Kommentar von Gieseke/Wiedemann/Czychowski die bisher umfangreichste und ausführlichste Erläuterung des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz). In sachlicher, auch für den Nichtjuristen noch verständlicher Weise, stellen die Verfasser die Rechtsmaterie des Wasserhaushaltsgesetzes tiefgründig und erschöpfend dar und setzen sich dabei eingehend mit der seither erschienenen Literatur und der bisherigen Rechtsprechung kritisch und überzeugend auseinander.

Die Verfasser haben, einer wiederholt vorgebrachten Anregung folgend, damit begonnen, umfangreicheren Kommentierungen einzelner Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes eine Übersicht voranzustellen. Danach ist zu jeder einzelnen Bestimmung zunächst in einem besonderen Abschnitt die grundsätzliche Bedeutung der Vorschrift, bzw. die Stellung der Vorschrift im System des Gesetzes, behandelt. Es folgen sodann ins einzelne gehende Ausführungen über die Vorschrift, wobei die Literatur und die Rechtsprechung hinreichend berücksichtigt sowie Fragen der ergänzenden Gesetzgebungsbefugnis der Länder abgehandelt werden. Schließlich werden noch die landesrechtlichen Bestimmungen, die die entsprechenden Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes ausfüllen oder ergänzen, wenn auch nur paragrafenmäßig, zitiert. Die Ausgestaltung des Werkes als Lose-Blatt-Kommentar ermöglicht es, alle Änderungen des Gesetzestextes und die weitere Rechtsprechung sowie die neu erschienene Literatur zu berücksichtigen, ohne das Werk vollkommen neu auflegen zu müssen.

Derzeit sind Novellierungen des Wasserhaushaltsgesetzes (5. Novelle) und des Abwasserabgabengesetzes in Vorbereitung. Mit ihrer Verabschiedung ist jedoch nicht vor einem Jahr zu rechnen, so daß die vorhandenen Anregungen hierfür mangels ungewisser Behandlung im Gesetzgebungsverfahren noch nicht berücksichtigt werden konnten.

Der Kommentar ist von ausgezeichneten Juristen, die alle in der Praxis stehen bzw. standen, geschrieben. Jeder der mit der sehr schwierigen Materie des Rechts der Wasserwirtschaft zu tun hat, insbesondere auch die Praktiker, werden in diesem Kommentar ein ausgezeichnetes Hilfswerk zum Orientieren und Nachschlagen finden. Das Werk kann insbesondere zum praktischen Gebrauch bestens empfohlen werden.

Ministerialrat Friedrich Karl Schneider

**Bundesbaugesetz.** Von Ernst Zinkahn/Bielenberg. Loseblattwerk, 32. Lfg., zugleich 10. Erg.Liefg. z. 3. Aufl. und 6. Erg.Liefg., z. 4. Aufl., rd. 680 S., 82,— DM; Gesamtwerk, rd. 6 480 S., 3 Ln.Ordn., 248,— DM. Verlag C. H. Beck, 8000 München 40.

Die 32. Lieferung gibt den Stand vom April 1985 wieder. Mit ihr werden das Entschädigungsrecht für die Veränderungssperre (§ 18) sowie das Planungsschadensrecht in Vorbemerkungen zu den §§ 39 j bis 44 c und Erläuterungen zu den §§ 40, 42, 44, 44 b und 44 c vollständig überarbeitet. Das allein füllt schon mehr als die Hälfte der Lieferung. Die Genauigkeit der Darlegungen ist nicht überbietbar, wenn auch die Fülle des Materials die Überschaubarkeit mindert. Dafür bleiben aber kaum Fragen offen und ist der wissenschaftlichen Beurteilung der ihr zustehende Raum voll gewährt.

Der Vertrauensschadensersatz des § 39 j ist neuer Rechtsprechung und Beurteilung der Wissenschaft angepaßt. Der Rechtsentwicklung des Rechtsinstituts des

enteignungsgleichen Eingriffs ist im baurechtlichen Bereich umfassend Rechnung getragen. Eingegangen ist auch hinreichend auf das Problem der Amtshaftung und auf Fragen der faktischen Bausperre.

Ein weiterer großer Teil der Lieferung wurde der Überarbeitung des Umlegungsrechts gewidmet, wobei besonderes Gewicht auf die Vorbemerkungen zum 4. Teil und auf die Erläuterungen der §§ 55 bis 64, 67, 68 und 75 gelegt ist.

Nicht unerwähnt soll ein Exkurs im Kommentar zu § 5 über städtebaurechtliche Fragen zum Kleingartenrecht bleiben, der sich immerhin über 12 Seiten erstreckt.

Ltd. Ministerialrat Fritz Heinz Müller

**Umzugskostenrecht des Bundes.** Von A. Kopicki und W. Irlenbusch. Loseblattkommentar, 28. Erg.Lfg., Stand August 1985; Gesamtwerk, 1201 S., 88,— DM zzgl. 9,50 DM für Ordner. Verlag Reckinger u. Co., 5200 Siegburg.

Die familienrechtliche Gleichstellung des angenommenen mit dem leiblichen Kind ist weitgehend verwirklicht; Unterscheidungen bestehen nur dort noch, wo sie sachlich gerechtfertigt sind. Diese Gleichstellung verbunden mit dem Interesse der ungestörten Entwicklung des Kindes gebietet es auch, die Adoption nur dann zu offenbaren, wenn dies zwingend geboten ist (vgl. hierzu § 1758 BGB). Aus diesem Grund ist es auch erforderlich, auf die gesonderte Erwähnung von angenommenen Kindern (neben den ehelichen Kindern) in Rechtsvorschriften zu verzichten. Diesem Anliegen trägt Art. 9 des Adoptionsanpassungsgesetzes vom 24. Juni 1985 (BGBl. I S. 1144) für den Bereich des Umzugskostenrechtes (des Bundes) Rechnung, indem es Adoptionsverhältnisse betreffende Formulierungen aufgibt. Maßgebend ist jetzt der bürgerlich-rechtliche Kindbegriff. Inhaltliche Änderungen sind mit der Rechtsänderung nicht verbunden.

Die 28. Ergänzungslieferung geht auf diese Änderung ebenso wie auf Änderungen des Möbeltransporttarifs ein. Ebenso sind neuere Verwaltungsanweisungen, wie die Schulbeihilferichtlinien (Ausland), aufgenommen worden. Daneben sind Entscheidungen zu Zweifelsfragen sowie aktuelle Gerichtsentscheidungen eingearbeitet worden.

Der Kommentar gibt zuverlässig Auskunft zu allen das Umzugskostenrecht (einschließlich dem Trennungsgeldrecht) betreffenden Fragen, wobei die Belange des Praktikers besondere Berücksichtigung finden.

Regierungsobererrat Gottfried Nitz e

**Statistisches Jahrbuch 1985 für die Bundesrepublik Deutschland.** Herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden. 776 S., Kunststoffeinband, 98,— DM. Verlag W. Kohlhammer GmbH, 7000 Stuttgart und 6500 Mainz.

Mit dem Statistischen Jahrbuch gibt das Statistische Bundesamt den wohl umfassendsten Überblick über das vorliegende Zahlenangebot der amtlichen Statistik. Die neueste Ausgabe der traditionsreichen Veröffentlichung bietet — wie ihre Vorgänger — wieder eine Fülle von ausgewählten, sorgfältig ermittelten und fortgeschriebenen Informationen.

Für viele Entscheidungen in Politik, Wirtschaft und Verwaltung sowie wissenschaftliche Untersuchungen sind statistische Daten eine unverzichtbare Grundlage. Dafür ist das Statistische Jahrbuch eine unentbehrliche Quelle. Es enthält Datenmaterial aus nahezu allen Bereichen des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens. So erfährt der Benutzer zunächst etwas über die geographischen und meteorologischen Verhältnisse sowie über den Naturschutz. Die folgenden „Zusammenfassenden Übersichten“ bringen für sämtliche dort nachgewiesenen Merkmale Zeitreihen (1975—1984) sowie aktuelle Daten für das Bundesgebiet und für die einzelnen Bundesländer. Danach sind eine Vielzahl ausführlicher Tabellen abgedruckt mit Angaben über: Bevölkerung; Wahlen; Kirchliche Verhältnisse; Erwerbstätigkeit; Unternehmen und Arbeitsstätten; Land- und Forstwirtschaft, Fischerei; Produzierendes Gewerbe; Bautätigkeit und Wohnungen; Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr; Außenhandel; Verkehr; Geld und Kredit; Versicherungen; Rechtspflege; Bildung und Kultur; Gesundheitswesen; Sozialleistungen; Finanzen und Steuern; Wirtschaftsprüfungen und Versorgung; Löhne und Gehälter; Preise; Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Zahlungsbilanz; Umweltschutz sowie über Wirtschaftsorganisationen und Berufsverbände. Auch in vielen dieser Tabellen sind neben den Ergebnissen für das Bundesgebiet solche für die jeweiligen Bundesländer ausgewiesen. Vielfach sind auch Zeitreihen enthalten, die es ermöglichen, Entwicklungen zu verfolgen und Strukturveränderungen zu erkennen, ohne daß erst alte Veröffentlichungen herbeigezogen werden müssen.

Angaben über die Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost) sind im Anhang 1 abgedruckt. Auch hier findet man wichtiges Datenmaterial aus vielen Bereichen des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens. Das gleiche gilt für die „Internationalen Übersichten“ (Anhang 2). Diese enthalten statistische Angaben über ausgewählte Länder der Erde, Bevölkerungszahlen und Flächenangaben sogar für alle selbständigen Staaten sowie abhängigen bzw. unter Treuhänderverwaltung stehenden Gebiete. Erwähnt sei auch die Darstellung der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen wichtiger, internationaler Organisationen, die interessante Vergleiche mit den anderen Mitgliedsländern ermöglichen.

Ein Veröffentlichungsnachweis gibt wertvolle Hinweise, in welchen Publikationen des Statistischen Bundesamtes, der Bundesministerien, anderer Bundesbehörden und der Statistischen Landesämter man sachlich und regional tiefer gegliederte Daten findet.

Verwaltungsangestellter Manfred Hannappe l

**Bundesmantelarifvertrag für Arbeitnehmer gemeindlicher Verwaltungen und Betriebe (BMT-G II).** Von Min.Dlr. a. D. Ottheinz Scheuring, Bonn, und Helmut Lang, stellvertr. Geschäftsführer des kommunalen Arbeitgeberverbandes Bayern, München, unter Mitarbeit von Reg. Rat z. A. Michael Scheuring, Loseblattwerk und Kommentar, 67. Erg. Liefg. z. 1. Aufl., 15. Erg. Liefg. z. 7. Aufl., 166 S., DIN A 5, 41,50 DM; Gesamtwerk, z. Z. 2 284 S., vier Plastikordner, 158,50 DM. Verlag für Verwaltungspraxis Franz Rehm, 8000 München und 4400 Münster.

Die Ergänzungslieferung berücksichtigt im wesentlichen das Beschäftigungsförderungsgesetz 1985 (BGBl. I S. 710), die Änderungen des Bundeskindergeldgesetzes durch das Adoptionsanpassungsgesetz vom 24. Juni 1985 (BGBl. I S. 1144) und die neuere Rechtsprechung zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, zur Kündigung wegen Krankheit, zur Kündigung unkündbarer Arbeiter und zum Annahmeverzug des Arbeitgebers.

Das Loseblattwerk befindet sich damit auf dem Rechtsstand vom 1. Juli 1985.

Regierungsdirektor Ludwig Ramdohr

**Umzugskosten im öffentlichen Dienst.** Von Meyer/Fricke. Loseblattkommentar, 42. Erg. Liefg., 4. Aufl., Stand Mai 1985, 214 S., 66,— DM; Gesamtwerk, 2 178 S., 2 PVC-Ordner, 118,— DM. R. v. Decker's Verlag, G. Schenck GmbH, 6900 Heidelberg 1.

Mit der 42. Ergänzungslieferung werden die Änderungen des Güterkraftverkehrstarifs für den Umzugsverkehr durch die Einarbeitung der Verordnung TSU Nr. 1/85 vom 15. März 1985 in den Textteil eingearbeitet. Außerdem finden einige Änderungen und Ergänzungen des Umzugskosten- und Trennungsgeldrechts des Bundes Berücksichtigung. Ebenfalls eingearbeitet wurden Ergänzungen der allgemeinen Verwaltungsvorschriften zu § 9 Abs. 2 und § 12 Abs. 3 Auslandsumzugsverordnung.

Im Kommentar fand Berücksichtigung ein Rundschreiben des Bundesministers des Innern vom 7. 3. 1985 über die Benutzung von „Fahrkarten für Berufstätige und Schüler“ (B&S-Karten) durch Dienstreisende und Trennungsgeldempfänger. Ferner wurden bei dieser Lieferung bereits die Änderungen des Bundesumzugskostenengesetzes und des Bundeskindergeldgesetzes durch das Adoptionsanpassungsgesetz vom 24. Juni 1985 (BGBl. I S. 1144) berücksichtigt. Durch die Einarbeitung der Änderungen und Ergänzungen der 42. Lieferung ist der Kommentar in seinen wesentlichen Text- und Kommentarteilen wieder auf den neuesten Stand gebracht worden.

Oberamtsrat Dieter Franz

**Verwaltung im Kräftefeld der politischen und gesellschaftlichen Institutionen.** Von Manfred Bulling (Hrsg.). Schriften der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften, Bd. 12. 1. Aufl., 1985, 152 S., brosch., 32,— DM. Ngmos Verlagsgesellschaft mbH, 7570 Baden-Baden.

Die vorliegende Schrift ist das Ergebnis einer Fachtagung der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften, die im September 1984 in Stuttgart stattfand.

Der Herausgeber Manfred Bulling, Regierungspräsident in Stuttgart, der erst kürzlich mit dem Bericht der sog. „Bulling-Kommission“ zur Verwaltungsstrafung in Baden-Württemberg von sich reden machte, weist in seinem Vorwort zu Recht darauf hin, daß sich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Medien in den letzten Jahren mehr und mehr dem Gesetzesvollzug, dem Inhalt von Verwaltungsentscheidungen zugewandt habe. Damit sei auch das Bemühen von Politikern gestiegen, sich statt einer Einflußnahme auf die Gesetzgebung nunmehr durch eine Beeinflussung wichtiger Verwaltungsentscheidungen zu profilieren. Im Mittelpunkt aller Beiträge steht daher die Frage, welchen Handlungsspielraum die Verwaltung heute überhaupt noch hat.

Im Eröffnungsvortrag stellt Franz Kroppenstedt, Staatssekretär im Bundesinnenministerium und vormals maßgeblich beteiligt an den Arbeiten der Studienkommission zur Reform des öffentlichen Dienstrechts, den Auftrag der vollziehenden Gewalt aus seiner Sicht dar. Als Zielvorstellungen für eine Verbesserung der Gesetzgebung nennt er im Ergebnis ganz im Sinne der derzeitigen Bundesregierung die Rückkehr zum Subsidiaritätsprinzip, den Vorrang einer politischen Gesamtwertung von einseitigem Spezialintention und die „Eindämmung der Anspruchs-, Absicherungs- und Verkaufsmentalität in Politik, Verwaltung und Gesellschaft“.

Das sich anschließende Referat des Bonner Ministerialdirektors Prof. Dr. Klaus König befaßt sich mit der Veränderung der Einflußfaktoren in einer offenen Gesellschaft. Dabei nennt er vor allem jene Änderungen der Verwaltung, die zu einer Entwicklung vom sozialen Rechtsstaat zum Wohlfahrtsstaat geführt hätten, und beklagt in diesem Zusammenhang ebenfalls die die „Alltagskultur und insbesondere die politische Kultur prägenden Erwartungen- und Anspruchshaltungen bei Bürgern und Politikern“. Daß Veränderungen in der Sozialstruktur sowie demographische Entwicklungen wesentliche Einflußfaktoren auf Staat und Verwaltung darstellen, wird niemand bestreiten. Auf Grund demographischer Veränderungen die These von einer baldigen Diskussion um eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit abzuleiten, heißt aber, bereits vorliegende, erst kürzlich vom Baseler Prognos-Institut bestätigte Voraussagen über den Wegfall von Arbeitsplätzen in Millionenhöhe nicht zur Kenntnis nehmen zu wollen. Daß schließlich die von König wiederholte These von der Unabdingbarkeit des wirtschaftlichen Wachstums selbst in der größten Regierungspartei nicht mehr unumstritten ist, zeigen jüngste Überlegungen Biedenkopfs. Ebenso ist eine Aussage, daß das politisch-administrative System die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit erreicht habe und daher auf veränderte Anforderungen nicht durch eine weitere Expansion öffentlicher Aktivitäten reagiert werden könne, meines Erachtens völlig unbewiesen.

Dr. Hinrich Lehmann-Grube, Oberstudiendirektor aus Hannover, behandelt den Einfluß repräsentativer Gremien auf die Verwaltung. Dabei stellt sein Referat in erster Linie ab auf die Einflußnahme der Parteien, Fraktionen und einzelnen Funktionsträger auf allen Ebenen, kurz auf die Einflußnahme der „Politik“ auf

die Verwaltung. Der Referent — selbst aus der Politik in die Verwaltung gekommen — sieht seine Aufgabe darin, Grenzbereiche aufzuheben, in denen harmlose in bedenkliche, nützliche in schädliche oder rechtmäßige in rechtswidrige Einflußnahmen umschlagen. Unterscheidungsmerkmale hierfür sind nach seiner Auffassung z. B., ob das beeinflussende Verhalten innerhalb oder außerhalb der zugewilligten Rolle oder Funktion stattfindet, ferner die Art der Einflußnahme, die durch das Mittel der Machtausübung unter Mißbrauch hierarchischer Abhängigkeiten wirkt. Als Bereiche, die denen das Verwaltungshandeln häufig rechtswidrigen Einflüssen ausgesetzt ist, nennt er insbesondere den Vollzug von Gesetzen, Personalentscheidungen oder die Tätigkeit der Verwaltung bei der Vorbereitung von Beschlüssen der repräsentativen Gremien, also bei der Herstellung von Entwürfen.

Der Präsident des baden-württembergischen Rechnungshofes, Dr. Otto Rundel, beschreibt den Einfluß der Kontrollinstitutionen auf die Verwaltung, beleuchtet dabei sowohl die Kontrolle durch die Verwaltungsgerichtsbarkeit als auch die Finanzkontrolle durch die Rechnungshöfe und berührt schließlich auch das Verhältnis der Verwaltung zu Datenschutzbeauftragten. Dabei kommt er zu dem Ergebnis, daß die Ausweitung der Kontrolle der Exekutive vor allem durch die Verwaltungsgerichtsbarkeit ein Maß erreicht hat, das der Verwaltung in wichtigen Aufgabenbereichen nicht mehr genügend Spielraum läßt. Dies gelte vor allem für so wichtige Bereiche wie die Abfallbeseitigung, die Energieversorgung, die Verkehrsverbesserung und die Bauleitplanung. Zur Straffung des Instanzenzugs empfiehlt er die rasche Verabschiedung einer Verwaltungsprozedurordnung.

Hans-Herbert v. Arnim, Professor an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, untersucht den Einfluß von Interessengruppen auf die Verwaltung. Nach Art. 21 Abs. 1 des Grundgesetzes wirken die Parteien nur an der Willensbildung des Volkes, nicht aber der Verwaltung mit. Um so weniger könne dieses Recht Verbänden eingeräumt werden. Andererseits regt v. Arnim an zu überlegen, inwieweit von der Rechtsordnung gesetzte Regeln für die politische Willensbildung heute noch passen, da diese Regeln auf einer Tradition beruhen, die Parteien, Interessengruppen und Bürgerinitiativen in der heutigen Form noch nicht kannte. Zwar sei eine Anerkennung von Parteien, Verbänden und sonstigen Gruppierungen erfolgt, was aber noch fehle, sei ihre wirksame Begrenzung durch Erfassung und Kanalisierung des Willensbildungsprozesses.

Der frühere Regierungspräsident Achim Rohde schließlich behandelt den Einfluß der Wissenschaft auf die Verwaltung, wobei er sich insbesondere auf die Naturwissenschaften konzentriert. In diesem Bereich hat die von Juristen und Geisteswissenschaftlern geprägte klassische Verwaltung zweifellos einen erheblichen Nachholbedarf. Rohde kritisiert das aus seiner Sicht weitgehende Fehlen von Diskussionen über die Zukunft der Welt bis zum Jahre 2000 und die Übertreibung des Ressortdenkens, des Gewaltentrensens und des Denkens in Zuständigkeiten in vertikaler und horizontaler Anordnung. Schlüssige Verbesserungsvorschläge vermag er allerdings auch nicht anzubieten.

Den einzelnen Referaten schließen sich jeweils Berichte über Aussprachen zu den behandelten Themen an. Die Schrift wird abgeschlossen durch die Wiedergabe eines Podiumsgesprächs über den Einfluß der Medien auf die Exekutive. Die Broschüre berührt die Schwerpunkte der aktuellen verwaltungswissenschaftlichen Diskussion und kann daher jedem in der Verwaltung Tätigen uneingeschränkt zur Lektüre empfohlen werden.

Regierungsdirektor Claus-Peter Schroer

**Personenstandsgesetz.** Begründet von Franz Massfelder (†), früher Min. Rat im Bundesjustizministerium, fortgeführt von Dr. Werner Hoffmann, Min. Rat a. D., früher im Hessischen Innenministerium, Wiesbaden; Mitverfasser Dr. Reinhard Hepting, Prof. an der Universität Köln, und Erich Mergenthaler, Oberverwaltungsrat a. D., Mannheim. Loseblattkommentar, 23. Liefg., 448 S., Stand 1. Mai 1985, 39,— DM; Gesamtwerk 2 120 S., 17,5 × 24 cm, 3 Leinenordner, 180,— DM. Verlag für Standesamtswesen, 6000 Frankfurt am Main.

Der erhebliche Umfang der 23. Lieferung zu diesem Kommentar (224 Blatt) beruht auf den zahlreichen zum 1. März 1985 in Kraft getretenen Änderungen der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Personenstandsgesetz (Dienstausweisung für die Standesbeamten und ihre Aufsichtsbehörden — DA —). Die Änderungen der DA verfolgten im wesentlichen den Zweck, einen Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung und zum Datenschutz zu leisten.

Unter dem Aspekt dieser Änderungen wurde vor allem die Kommentierung zu den §§ 2, 3, 11, 12, 14, 21, 30 sowie der Vorbemerkungen zu den §§ 45 bis 50 und des § 46 a PstG überarbeitet.

In besonderem Maße gilt dies für die Bemerkungen zu den §§ 11 und 14 PstG (Inhalt des Heiratsantrags bzw. Fortführung des Familienbuchs), weil Personenstandsgesetz und damit auch Dienstausweisung die Bedeutung dieser Vorschriften von den Randvermerken weg zur Fortführung des Familienbuchs hin verlagert haben. Die Überarbeitung des § 14 PstG erfaßt hierbei mehr oder weniger dessen gesamte bisherige Kommentierung, besonders aber den Abschnitt über die Eintragung der Scheidung, Aufhebung oder Nichtigkeitsklärung sowie die Feststellung des Nichtbestehens der Ehe und der Aufhebung von Entscheidungen in Ehesachen, wobei sie die neuere Literatur und Rechtsprechung einbezieht. Die Bemerkungen sind außerdem teilweise systematisch anders zugeordnet, teilweise auch ausführlicher als bisher gehalten. Schließlich enthält die Kommentierung einen neuen Abschnitt Berichtigungen. So kann man mit Recht von einer Neubearbeitung dieser Vorschrift sprechen.

Bei der Überarbeitung der Kommentierung zu den übrigen genannten Vorschriften haben die Verfasser ebenfalls das neueste Schrifttum und die jüngste Rechtsprechung zu den angeschnittenen Fragen berücksichtigt und ihre eigene Meinung nicht vorenthalten. Stellvertretend für alle neugefaßten Bemerkungen sei die Bemerkung 57 a zu § 21 PstG (Eintragungen im Geburtenbuch) angeführt, in der eingehend und abgewogen zu den Schwierigkeiten Stellung genommen wird, die sich dann ergeben, wenn die Eltern getrennte Familiennamen haben.

Auch diese Lieferung zeigt das erfolgreiche Bemühen der Verfasser, dieses Standardwerk des Personenstandsrechts auf dem neuesten Stand zu halten.

Ltd. Regierungsdirektor a. D. Dr. Walter Penrich

# ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

1985

MONTAG, 11. NOVEMBER 1985

Nr. 45

## Güterrechtsregister

**5683**

GR 527 Bd. III — Neueintragung — 30. 10. 1985: Die Eheleute Jürgen Merle und Martina Merle geb. Hämel, beide wohnhaft in 6320 Alsfeld, Mainzergasse 8, haben durch Vertrag vom 28. Juli 1981 Gütertrennung vereinbart.

6320 Alsfeld, 30. 10. 1985 **Amtsgericht**

**5684**

GR 549 — Neueintragung — 30. 10. 1985: Die Eheleute Heinrich Hartmut Spieß, Einzelhandelskaufmann, und Astrid Junker-Spieß geb. Junker, Bürokaufmann, Hartenrod, Neuer Weg 15, 3551 Bad Endbach, haben durch Ehevertrag vom 17. Oktober 1983 den Güterstand der Gütertrennung vereinbart.

3560 Biedenkopf, 24. 10. 1985 **Amtsgericht**

**5685**

GR 647 — Neueintragung — 29. 10. 1985: Eheleute Burckhard Manfred Meschede und Sabine geb. Bach, Oranienstraße 21, 6344 Dietzhöhlal-Ewersbach. Durch Vertrag vom 25. September 1985 ist Gütertrennung vereinbart.

6340 Dillenburg, 30. 10. 1985 **Amtsgericht**

**5686**

6 GR 824 — Neueintragung — 21. 10. 1985: Eheleute Dipl.-Ing. Peter Hochhuth und Iris geb. Opfer, beide wohnhaft in Ringgau-Netra, Rimbachstraße 4. Durch Vertrag vom 30. September 1985 ist Gütertrennung vereinbart.

3440 Eschwege, 25. 10. 1985 **Amtsgericht**

**5687**

5 GR 1670 — Neueintragung — 7. 10. 1985: Thermotechniker Jürgen Engel und Anette Elisabeth Engel geb. Werthmüller, beide in Fulda. Durch notariellen Vertrag vom 20. Dezember 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

6400 Fulda, 7. 10. 1985 **Amtsgericht**

**5688**

5 GR 1671 — Neueintragung — 7. 10. 1985: Industriekaufmann Berthold Dietz und Mechthild Dietz geb. Hahn, beide in Petersberg. Durch notariellen Vertrag vom 28. Juni 1985 ist Gütertrennung vereinbart.

6400 Fulda, 7. 10. 1985 **Amtsgericht**

**5689**

5 GR 1672 — Neueintragung — 23. 10. 1985: Kaufmann Klaus Heinle und Beamtin Ursula Heinle geb. Blankenbach, beide in Fulda. Durch notariellen Vertrag vom 23. Juli 1985 ist Gütertrennung vereinbart.

6400 Fulda, 30. 10. 1985. **Amtsgericht**

**5690**

GR 643 — Neueintragung — 8. 10. 1985: Huth, Theodor Otmar, technischer Angestell-

ter, John-F.-Kennedy-Straße 16, Freigericht, Ortsteil Bernbach, und Rosa Maria geb. Fischer. Durch Vertrag vom 13. September 1985 ist Gütertrennung vereinbart.

6460 Gelnhausen, 8. 10. 1985 **Amtsgericht**

**5691**

Neueintragungen beim **Amtsgericht Gießen**  
GR 2745 — 23. 10. 1985: Eheleute Rabilard, Philippe Gustave Marie, Student, und Claudia Elisabeth geb. Egger, Ärztin, Heuchelheim. Durch Vertrag vom 28. August 1985 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2746 — 23. 10. 1985: Eheleute Waldschmidt, Holger, Bäcker, Waldschmidt, Corina Jaqueline Viola geb. Ernst, Fotografin, Gießen, Tannenweg 52. Durch Vertrag vom 23. Juli 1985 ist Gütertrennung vereinbart.

6300 Gießen, 29. 10. 1985 **Amtsgericht**

**5692**

41 GR 2223 — Neueintragung — 17. 10. 1985: Eheleute Steuerberater Sabine Schönsee und Dolmetscher Tobias Schönsee geb. Dreher, Maintal 2. Durch Vertrag vom 11. September 1985 ist Gütertrennung vereinbart.

6450 Hanau, 17. 10. 1985 **Amtsgericht, Abt. 41**

**5693**

41 GR 2224 — Neueintragung — 24. 10. 1985: Eheleute kfm. Angestellter Klaus Noss und kfm. Angestellte Maren Noss geb. Stabel, Rodenbach. Durch Vertrag vom 18. Juni 1985 ist Gütertrennung vereinbart.

6450 Hanau, 25. 10. 1985 **Amtsgericht, Abt. 41**

**5694**

8 GR 1281 — Neueintragung — 1. 10. 1985: Eheleute Programmiererin Helga Otte-Vinke, geb. Gaßmann, geboren am 23. 7. 1942, und Programmierer Klaus Joachim Otte-Vinke, geboren am 23. 1. 1945, beide wohnhaft in Eppstein/Taunus. In der notariellen Urkunde vom 15. Mai 1985 ist Gütertrennung vereinbart.

6240 Königstein im Taunus, 1. 10. 1985 **Amtsgericht**

**5695**

GR 1224 — Neueintragung — 22. 10. 1985: Kay Knud Andreas Schmidt-Diemel, Zahn-techniker, und Margarete Schmidt-Diemel geb. Müller, Lehrerin, beide Rotenberg 28 a, 3550 Marburg. Durch notariellen Vertrag vom 16. November 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

3550 Marburg, 22. 10. 1985 **Amtsgericht**

**5696**

GR 291 — Neueintragung — 28. 10. 1985: Forstwirt Konrad Szeifert und Friseurmeisterin Gudrun Szeifert geb. Kaltwasser, 6490 Schlüchtern-Wallroth: Durch Vertrag vom 27. Juli 1985 ist Gütertrennung vereinbart.

6490 Schlüchtern, 28. 10. 1985 **Amtsgericht**

**5697**

GR 224 — Neueintragung — 21. 10. 1985: Augenoptikermeister Horst Heinrich Glänzer, geb. am 15. 8. 1957, Frau Karin Berta Glänzer geb. Suhomel, geb. am 29. 7. 1959, beide wohnhaft Hohlweg 1 in 3579 Schrecksbach. Rechtsverhältnisse: Durch notariellen Vertrag vom 3. September 1985 wurde Gütertrennung vereinbart.

3578 Schwalmstadt 1, 21. 10. 1985 **Amtsgericht**

## Nachlaßsache

**5698**

52 VI N 203/84: Die Verwaltung des Nachlasses der am 1. Mai 1984 in Rom/Italien, ihrem letzten Wohnsitz, verstorbenen deutschen Staatsangehörigen Sigrid Bertha Elisabeth Lilli Naumann-Freiin von Massenbach geborene Freiin von Massenbach, wurde angeordnet.

Nachlaßverwalter ist Herr Rechtsanwalt und Notar Nikolaus Petersen, Stiftstraße 18—20, 6000 Frankfurt am Main 1.

6000 Frankfurt am Main, 29. 10. 1985 **Amtsgericht, Abt. 52**

## Vereinsregister

**5699**

VR 539 — Neueintragung — 24. 10. 1985: Hilfskomitee Nicaragua e. V. in Bad Hersfeld. Tag der Eintragung: 24. Oktober 1985.

6430 Bad Hersfeld, 24. 10. 1985 **Amtsgericht**

**5700**

VR 418 — Neueintragung — 25. 10. 1985: Freiwillige Feuerwehr Burg Hohenstein mit dem Sitz in Burg-Hohenstein.

6208 Bad Schwalbach, 15. 10. 1985 **Amtsgericht**

**5701**

6 VR 469 — Neueintragung — 18. 10. 1985: Freizeitclub Fröhliche Welle Oetmannshausen 1973, Wehretal-Oetmannshausen.

3440 Eschwege, 21. 10. 1985 **Amtsgericht**

**5702**

5 VR 867 — Neueintragung — 25. 10. 1985: Förderverein der Pestalozzischule in Fulda, Fulda.

6400 Fulda, 30. 10. 1985 **Amtsgericht**

**5703**

VR 170 — Neueintragung — 28. 10. 1985: Bildungswerk Rodholz. Sitz: 6416 Poppenhausen OT Rodholz.

6412 Gersfeld (Rhön), 28. 10. 1985: **Amtsgericht Fulda, Zweigstelle Gersfeld**

**5704**

Neueintragungen beim **Amtsgericht Gießen**  
VR 1506 — 23. 10. 1985: Initiative für Jugendberufsbildung der sozialen Brennpunkte in Gießen, Gießen.

VR 1508 — 28. 10. 1985: Verein zur Unterstützung der Angehörigen des steuerberatenden und wirtschaftsprüfenden Berufes in den Finanzamtsbezirken Gießen, Friedberg und Nidda, Gießen.

**Löschung**

VR 1479 — 28. 10. 1985: Verbraucher-Schutz-Werbung, Sitz Langgöns. Der Verein ist aufgelöst.

6300 Gießen, 29. 10. 1985 **Amtsgericht**

**5705**

6 VR 730 — Neueintragung — 24. 10. 1985: Vereinsring Dornheim 1975 e. V., Groß-Gerau/Dornheim.

6080 Groß-Gerau, 24. 10. 1985 **Amtsgericht**

**5706**

6 VR 731 — Neueintragung — 24. 10. 1985: Kulturcafe Groß-Gerau e. V., Groß-Gerau.

6080 Groß-Gerau, 24. 10. 1985 **Amtsgericht**

**5707**

VR 218 — Neueintragung — 25. 10. 1985: Wein-Spektrum e. V., Hochheim am Main.

6203 Hochheim am Main, 22. 10. 1985 **Amtsgericht**

**5708**

1 VR 275 — Neueintragung — 29. 10. 1985: Sportverein Rot-Weiß Eppe e. V. in Korbach-Eppe.

3540 Korbach, 29. 10. 1985 **Amtsgericht**

**5709**

VR 474 — Neueintragung — 31. 10. 1985: Fotoclub Viernheim, 6806 Viernheim.

6840 Lampertheim, 31. 10. 1985 **Amtsgericht**

**5710**

VR 218 — Neueintragung — 30. 10. 1985: Verein Freiwillige Feuerwehr, Habichtswald-Ehlen, Sitz: Habichtswald.

3549 Wolfhagen, 30. 10. 1985 **Amtsgericht**

**5711**

VR 219 — Neueintragung — 30. 10. 1985: Betreuung zu Hause, Sitz: Wolfhagen-Istha.

3549 Wolfhagen, 30. 10. 1985 **Amtsgericht**

**Vergleiche — Konkurse****5712**

N 27/85 — Beschluß: In dem Verfahren über die Eröffnung des Konkursverfahrens über das Vermögen der Firma Stein-Bau GmbH, Nieder-Breidenbacher Straße 34, 6326 Romrod-Ober-Breidenbach, wurden die Sequestration und das Veräußerungsverbot aufgehoben.

6320 Alsfeld, 29. 10. 1985 **Amtsgericht**

**5713**

N 33/85: Über den Nachlaß des am 27. August 1897 in Hamme geborenen und am 17. Mai 1985 in Bad Hersfeld verstorbenen Rentners Johann Wilhelm Heinrich Reichardt, zuletzt wohnhaft gewesen in Heringen/Werra, August-Vilmar-Straße 14, wird heute, am 25. Oktober 1985, 9.30 Uhr, Konkurs eröffnet. Grund: Überschuldung.

Zum Konkursverwalter wird ernannt: Rechtsanwalt Torsten Gilbert, Bergstraße 4, 6433 Philippsthal/Werra.

Konkursforderungen sind beim Gericht zweifach und mit den bis zum Tage der

Konkurrenzeröffnung errechneten Zinsen anzumelden bis 29. November 1985.

Vor dem Amtsgericht, Gerichtsgebäude Badestube 5—7, Raum 120, 1. Stock, werden folgende Termine abgehalten:

6. Dezember 1985, 8.30 Uhr, Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, über die Wahl eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in §§ 132, 134, 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände.

13. Dezember 1985, 8.30 Uhr, Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen.

Wer eine zur Konkursmasse gehörende Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 29. November 1985 anzeigen.

Post- und Telegrammsperre wird angeordnet.

Zum Geldinstitut für Hinterlegungen wird bestimmt: Sparkasse Bad Hersfeld-Rotenburg in Bad Hersfeld.

6430 Bad Hersfeld, 28. 10. 1985 **Amtsgericht**

**5714**

6 N 7/85 — Beschluß: Das am 24. Juni 1985 eröffnete Konkursverfahren über das Vermögen der Firma GFS Gesellschaft für schlüsselfertiges Bauen mbH, 6380 Bad Homburg v. d. Höhe, Gartenfeldstraße 40 a, vertreten durch die Geschäftsführerin Kauf-frau Marion Czenkusch, 6380 Bad Homburg v. d. Höhe, Fichtestraße 3, wird mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Konkursmasse eingestellt (§ 204 KO).

Die Auslagen des Konkursverwalters werden festgesetzt auf 344,20 DM, zuzüglich Mehrwertsteuer.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 21. 10. 1985 **Amtsgericht**

**5715**

6 N 104/85 — Beschluß: Das am 1. Oktober 1985 eröffnete Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Renn-tour Internationale Sportartikel GmbH, 6370 Oberursel, Mainstraße 7 a, wird mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse eingestellt (§ 204 KO).

Die 1. Gläubigerversammlung vom 11. November 1985 und der Prüfungstermin vom 9. Dezember 1985 werden aufgehoben.

Dem Konkursverwalter werden festgesetzt: 400,— DM für Vergütung, 121,— DM für Auslagen, zuzüglich Mehrwertsteuer.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 22. 10. 1985 **Amtsgericht**

**5716**

3 N 53/85: Über das Vermögen Autohaus Meurer KG, Burhaver Straße 1, Postfach 73, 6443 Sontra, wird heute, am 24. Oktober 1985, 17.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Peter Bundßei, Reichensächser Straße 12, 3440 Eschwege.

Konkursforderungen sind beim Gericht zweifach und mit den bis zum Tage der Konkursöffnung errechneten Zinsen anzumelden bis 31. Dezember 1985.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 11. Dezember 1985, 14.30 Uhr,

Prüfungstermin am 5. Februar 1986, 14.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Eschwege, Bahnhofstraße 30, I. Obergeschoß, Raum 121.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 4. Dezember 1985.

3440 Eschwege, 24. 10. 1985 **Amtsgericht**

**5717**

81 N 182/75 — Beschluß: Das Konkursverfahren über das Vermögen der EVAU einge-tragene Genossenschaft, Elektro-Großhandlung, Westerbachstraße 124—134, 6000 Frankfurt am Main 80, mit Niederlassung in 6500 Mainz, Emrich-Josef-Straße 13, wird nach Abhaltung des Schlußtermins hiermit aufgehoben, § 163 KO.

Für die Gläubigerausschußmitglieder sind festgesetzt:

a) Dr. Gerhard Th. Walter: Vergütung 2 250,— DM zuzüglich 14% MwSt.;

b) Josef Busen: Vergütung 5 175,— DM;

c) Bernd Spindel: Vergütung 1 875,— DM, Auslagen 76,32 DM, jeweils zuzüglich 14% MwSt.

6000 Frankfurt am Main, 15. 10. 1985

**Amtsgericht, Abt. 81**

**5718**

81 N 221/82 — Beschluß: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma TSC Tennis und Squash Center GmbH & Co. KG, Hessenstraße 25, 6238 Hofheim 4, wird hiermit nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben, § 163 KO.

6000 Frankfurt am Main, 15. 10. 1985

**Amtsgericht, Abt. 81**

**5719**

81 N 476/84 — Beschluß: Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Moritz Mädlar Verkaufs-GmbH, Kaiserplatz 1, 6000 Frankfurt am Main, gesetzlich vertreten von dem Geschäftsführer Gerd Mädlar, 6000 Frankfurt am Main, mit Zweigniederlassung unter gleicher Firma in Wiesbaden, Wilhelmstraße 48.

Termin zur Anhörung der Gläubiger zur eventuellen Herausgabe der Konkursmasse an den Konkursverwalter der Moritz Mädlar GmbH u. Co. KG bzw. zur Zahlung eines Kostenvorschusses wird anberaumt auf den 15. November 1985, 9.10 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Zeil 42, 3. Etage, Zimmer 326.

6000 Frankfurt am Main, 17. 10. 1985 **Amtsgericht, Abt. 81**

**5720**

81 N 755/84 — Beschluß: Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 19. 6. 1984 in Frankfurt am Main tot aufgefundenen Gerhard Hans Ribbeck, geboren 24. 4. 1938, zuletzt wohnhaft Allerheiligenstraße 2—4, 6000 Frankfurt am Main, wird nach Abhalten des Schlußtermins aufgehoben.

6000 Frankfurt am Main, 18. 10. 1985 **Amtsgericht, Abt. 81**

**5721**

N 2/75: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Glück GmbH & Co. KG, Combi- und Fertigbau, 6481 Lohrhaupten, vertreten durch die persönlich haftende Gesellschafterin Firma Friedrich Glück, Ver-waltungs-GmbH, 6481 Lohrhaupten, ist gemäß § 204 KO eingestellt.

Konkursverwaltervergütung festgesetzt auf: 9 212,77 DM, Mehrwertsteuerausgleich 644,89 DM, Auslagenpauschale 400,— DM.

6460 Gelnhausen, 11. 10. 1985 **Amtsgericht**

**5722**

42 N 101/85 — Beschluß: Über das Vermögen der Firma Blumen-Corso Import GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Stefan Rinn, Heuchelheimer Straße 102, 6300 Gießen, ist am 29. Oktober 1985, 9.30 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Gerfried Becker, 6304 Lollar, Gießener Straße 63.  
Konkursforderungen sind bis zum 10. Dezember 1985 dem Gericht in zwei Stücken anzumelden. Vertreter von Gläubigern haben Vollmacht mit einzureichen, oder diese im Termin vorzulegen.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls die in den §§ 132, 134 und 137 KO bezeichneten Gegenstände und Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen ist

Donnerstag, der 19. Dezember 1985, 13.30 Uhr, Amtsgericht Gießen, Gutfleischstraße 1, Zimmer 205.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabsorgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, bis zum 10. Dezember 1985 anzeigen.

6300 Gießen, 29. 10. 1985

Amtsgericht

### 5723

24 N 57/85: Über das Vermögen der Firma IFG Intercontinentale Fleischhandelsgesellschaft mbH & Co. KG, vertreten durch die Intercontinentale Fleischhandelsgesellschaft mbH, diese vertreten durch die Geschäftsführerin Anna Jakoby, Groß-Gerau, ist am 25. Oktober 1985, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet worden.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Klaus-Peter Woitas, Darmstädter Straße 67, 6140 Bensheim.

Konkursforderungen sind bis 15. Januar 1986 beim Gericht in zwei Stücken anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in den §§ 132, 134, 137, 204 KO bezeichneten Gegenstände:

26. November 1985, 14.00 Uhr, und zur Prüfung angemeldeter Forderungen:

28. Januar 1986, 10.00 Uhr, im Amtsgericht Groß-Gerau, Sitzungssaal II, Tiefgeschloß, Oppenheimer Straße 4.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an die Schuldnerin ausändigen oder leisten und muß den Besitz der Sachen und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 15. November 1985 anzeigen.

6080 Groß-Gerau, 25. 10. 1985

Amtsgericht

### 5724

N 3/83 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Deha Folien GmbH, Kunststoffverarbeitung, zu Hofgeismar, ist Termin zur Anhörung der Gläubiger über die Einstellung des Konkursverfahrens mangels Masse, gegebenenfalls zur Abnahme der Schlußrechnung des Konkursverwalters sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf

Donnerstag, den 12. Dezember 1985, 11.00 Uhr, Saal 24, Erdgeschloß, im Gerichtsgebäude Friedrich-Pfaff-Straße 8, 3520 Hofgeismar.

3520 Hofgeismar, 29. 10. 1985

Amtsgericht

### 5725

65 N 105/84: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Brunsch Wohnbau GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer

Wilhelm Brunsch, Schwarzebachweg 16, 3501 Söhrewald 1, HRB 3466 AG Kassel, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf

Freitag, 6. Dezember 1985, 11.50 Uhr, Raum 083, Sockelgeschloß, im Gerichtsgebäude Frankfurter Straße 9, 3500 Kassel.

3500 Kassel, 21. 10. 1985

Amtsgericht, Abt. 65

### 5726

65 N 255/84: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Schuhverkauf Führer GmbH, 3500 Kassel, Kurt-Schumacher-Straße 13, vertreten durch die Geschäftsführerin Elisabeth Führer, Gartenstraße 7, 6432 Heringen, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf

Freitag, 13. Dezember 1985, 8.20 Uhr, Raum 083 (Sockelgeschloß), im Gerichtsgebäude Frankfurter Straße 9, 3500 Kassel.

3500 Kassel, 22. 10. 1985

Amtsgericht, Abt. 65

### 5727

65 N 103/80: Das am 25. August 1980 über das Vermögen der Kauffrau Karin Hampel als Alleinhaberin der Firma Reusche & Töfflinger, Rudolf-Schwander-Straße 10, Kassel, eröffnete Konkursverfahren ist mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse eingestellt (§ 204 KO).

Die Vergütung des Konkursverwalters ist auf 9 965,58 DM, seine Auslagen auf 200,— DM festgesetzt.

3500 Kassel, 23. 10. 1985

Amtsgericht, Abt. 65

### 5728

9 N 67/85: In der Konkursangelegenheit gegen Hans Brummermann, Fasanenweg 10, 6240 Königstein im Taunus, ist über das Vermögen des Schuldners mit Beschluß vom 21. Oktober 1985 ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen worden.

6240 Königstein im Taunus, 21. 10. 1985

Amtsgericht, Abt. 9

### 5729

9 N 53/85: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Dreier Zahntechnik GmbH, Geschäftsführer Thomas Marx, in 6233 Kelkheim/Taunus, ist gemäß § 204 KO eingestellt.

Termin zur Abnahme der Schlußrechnung ist auf Dienstag, den 19. November 1985, 15.00 Uhr, Zimmer 205, Gerichtsgebäude Burgweg 9 anberaumt.

Festgesetzte Vergütung des Verwalters: 400,— DM inkl. der Auslagen.

6240 Königstein im Taunus, 24. 10. 1985

Amtsgericht, Abt. 9

### 5730

9 N 54/83: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Unijet Deutschland GmbH, Geschäftsführer Rolf Kegler, Wiesbadener Straße 14, 6240 Königstein, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

6240 Königstein im Taunus, 25. 10. 1985

Amtsgericht, Abt. 9

### 5731

62 N 272/84 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der ATO Immobilienhandelsgesellschaft m.b.H., früher Wiesbaden, Sonnenberger Straße 22, wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und Schlußtermin auf

Mittwoch, den 18. Dezember 1985, 9.00 Uhr, Zimmer 243, vor dem Amtsgericht Wiesbaden bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen sowie zur Prüfung evtl. nachträglich angemeldeter Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird zuzügl. 7% Mehrwertsteuer auf 5 200,— DM (fünftausendzweihundert), die zu erstattenden Auslagen werden auf 100,— DM festgesetzt.

6200 Wiesbaden, 16. 10. 1985

Amtsgericht, Abt. 62

### 5732

62 N 272/84: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der ATO Immobiliengesellschaft mbH, 6200 Wiesbaden, Sonnenberger Straße 22, soll die Schlußverteilung erfolgen. Verfügbar sind z. Z. 6 735,99 DM. Zu berücksichtigen sind bevorrechtigte Forderungen der Rangklasse I in Höhe von 1 454,92 DM sowie bevorrechtigte Forderungen der Rangklasse II in Höhe von 68 496,54 DM.

Alle weiteren Rangklassen fallen aus.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts (Konkursgericht) in Wiesbaden zum Aktenzeichen 62 N 272/84 zur Einsicht niedergelegt.

6200 Wiesbaden, 25. 10. 1985

Der Konkursverwalter  
Peter Klein,  
Rechtsanwalt und Notar

### 5733

62 N 183/85 — Beschluß: In dem Konkursantragsverfahren gegen den Juristen Rüdiger Meeth, stud. rer. pol., wohnhaft in 6200 Wiesbaden, Alwinenstraße 9, z. Z. JVA, 6230 Frankfurt am Main-Höchst, Hospitalstraße 18, wird infolge Antragsrücknahme das am 24. September 1985 verfügte allgemeine Veräußerungsverbot aufgehoben. Das Amt des Sequesters ist beendet.

6200 Wiesbaden, 12. 10. 1985

Amtsgericht

### 5734

62 N 215/85: Konkursantragsverfahren betreffend Firma SRS Exquisit Geschenke Vertriebs GmbH, Straßenmühlweg 7, 6200 Wiesbaden, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführer Klaus Rothe und Rolf Seibold.

Der Schuldnerin ist am 24. Oktober 1985 verboten worden, über Gegenstände ihres Vermögens zu verfügen. Sie darf auch keine Forderungen einziehen.

6200 Wiesbaden, 24. 10. 1985

Amtsgericht

## Zwangsversteigerungen

**Sammelbekanntmachung:** Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang

mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

### 5735

K 11/85: Das im Grundbuch von Gontershausen, Bezirk Alsfeld, Band 6, Blatt 239, eingetragene Grundstück,

Gemarkung Gontershausen, Flur 1, Flurstück 22/1, Hof- und Gebäudefläche, Zum Edelhof 14, Größe 4,20 Ar, soll am Freitag, dem 31. Januar 1986, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Alsfeld, Amthof 12, Zimmer Nr. 17, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 22. 3. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Horst Rainer Schäfer, geb. am 5. 7. 1949, Zum Edelhof 14, 6313 Homberg-Gontershausen.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

167 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6320 Alsfeld, 15. 10. 1985 **Amtsgericht**

### 5736

K 40/85: Das im Grundbuch von Leusel, Bezirk Alsfeld, Band 7, Blatt 443, eingetragene Grundstück,

Gemarkung Leusel, Flur 1, Flurstück 266/1, Hof- und Gebäudefläche, Gartenstraße 14, Größe 6,23 Ar,

soll am Freitag, dem 24. Januar 1986, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Alsfeld, Amthof 12, Raum 17, 1. Stock, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 4. 7. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Buchdrucker Hugo Köhler in Leusel und seine Ehefrau Annemarie geborene Rössler, daselbst — in Gütergemeinschaft —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

418 674,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6320 Alsfeld, 3. 10. 1985 **Amtsgericht**

### 5737

K 13/85: Die im Grundbuch von Arnshain, Bezirk Alsfeld, Band 13, Blatt 615, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Arnshain,

Flur 1, Nr. 43/2, Gartenland, Kasseler Straße 15, Größe 2,34 Ar,

Flur 1, Nr. 66/1, Gartenland, Dammesweg, Größe 2,58 Ar,

Flur 1, Nr. 77/1, Hof- und Gebäudefläche, Kasseler Straße 15, Größe 3,56 Ar,

Flur 2, Nr. 45, Ackerland, Am kleinen Sand, Größe 2,71 Ar,

Flur 5, Nr. 29, Ackerland, Auf dem Breitenborn, Größe 36,85 Ar,

Flur 13, Nr. 19, Ackerland, Auf dem Bornstrauch, Größe 126,17 Ar,

Flur 13, Nr. 23, Ackerland, Auf dem Bornstrauch, Größe 70,80 Ar,

Grünland, Auf dem Bornstrauch, Größe 22,29 Ar,

soll am Freitag, dem 24. Januar 1986, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Alsfeld,

Amthof 12, Zimmer Nr. 17, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. 3. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Landwirt Helmut Grein in Arnshain und dessen Ehefrau Theresia Grein geborene Torbeck, daselbst — in Gütergemeinschaft.

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Flur 1, Nr. 43/2 auf	2 000,— DM,
Flur 1, Nr. 66/1 auf	1 800,— DM,
Flur 1, Nr. 77/1 auf	150 000,— DM,
Flur 2, Nr. 45 auf	500,— DM,
Flur 5, Nr. 29 auf	4 000,— DM,
Flur 13, Nr. 19 auf	20 000,— DM,
Flur 13, Nr. 23 auf	17 300,— DM.

Der Gesamtwert der Grundstücke beträgt 195 600,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6320 Alsfeld, 8. 10. 1985 **Amtsgericht**

### 5738

K 1/85: Die im Grundbuch von Wettasäsen, Bezirk Alsfeld, Band 9, Blatt 332, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Wettasäsen,

Flur 4, Nr. 9, Grünland, Heegberg, Größe 28,60 Ar,

Flur 1, Nr. 7, Grünland, Acker, Stegwiese, Größe 5,13 Ar,

Flur 1, Nr. 76, Hof- und Gebäudefläche, Hutung, Grünland, An der Ohm 11, Größe 197,10 Ar,

Flur 2, Nr. 67, Ackerland, Pitschenacker, Größe 111,30 Ar,

Flur 2, Nr. 117, Ackerland, Altes Gras, Größe 75,70 Ar,

Flur 3, Nr. 70, Ackerland, Grünland, Untere Käsgasse, Größe 85,60 Ar,

Flur 3, Nr. 71, Ackerland, daselbst, Größe 121,80 Ar,

Flur 3, Nr. 72, Grünland, daselbst, Größe 169,40 Ar,

Flur 3, Nr. 74, Ackerland, Obere Käsgasse, Größe 227,70 Ar,

Flur 4, Nr. 8, Grünland, Acker, Heegberg, Größe 88,80 Ar,

Flur 4, Nr. 15, Grünland, Hinterm Dornkräuter, Größe 52,90 Ar,

sollen am Freitag, dem 17. Januar 1986, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Alsfeld, Amthof 12, Zimmer Nr. 17, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 15. 2. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Hans-Joachim Zetl, An der Ohm 11, 6315 Mücke-Wettasäsen.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Flur 4, Nr. 9 auf	2 860,— DM,
Flur 1, Nr. 7 auf	513,— DM,
Flur 1, Nr. 76 auf	445 420,— DM,
Flur 2, Nr. 67 auf	13 912,50 DM,
Flur 2, Nr. 117 auf	9 462,50 DM,
Flur 3, Nr. 70 auf	3 280,— DM,
Flur 3, Nr. 71 auf	6 090,— DM,
Flur 3, Nr. 72 auf	8 470,— DM,
Flur 3, Nr. 74 auf	11 385,— DM,
Flur 4, Nr. 8 auf	8 880,— DM,
Flur 4, Nr. 15 auf	5 290,— DM.

Der Gesamtwert der Grundstücke ist auf 515 563,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6320 Alsfeld, 3. 10. 1985 **Amtsgericht**

### 5739

K 30/85: Das im Grundbuch von Kestrich, Bezirk Alsfeld, Band 9, Blatt 363, eingetragene Grundstück,

Gemarkung Kestrich, Flur 2, Flurstück 104/11, Hof- und Gebäudefläche, Hofwieseweg 6, Größe 11,94 Ar,

soll am Montag, dem 20. Januar 1986, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Alsfeld, Amthof 12, Zimmer Nr. 17, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 25. 6. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Krankenpfleger Artur Manfred Weber, b) dessen Ehefrau Ruth, geb. Hofmeister, Feldatal-Kestrich — in Gütergemeinschaft.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

177 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6320 Alsfeld, 1. 10. 1985 **Amtsgericht**

### 5740

K 61/84: Die im Grundbuch von Friedlos, Band 37, Blatt 1206, eingetragenen halben Miteigentumsanteile an den Grundstücken,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Friedlos, Flur 3, Flurstück 84/1, Gebäude- und Freifläche, Falkenblick, Größe 0,58 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 3, Flurstück 84/7, Gebäude- und Freifläche, Falkenblick, Größe 4,33 Ar,

Flur 3, Flurstück 84/8, Gebäude- und Freifläche, Falkenblick, Größe 4,18 Ar,

lfd. Nr. 7, Nr. 3, Flurstück 83/20, Gebäude- und Freifläche, Falkenblick, Größe 1,75 Ar,

Flur 3, Flurstück 83/21, Gebäude- und Freifläche, Falkenblick, Größe 3,53 Ar,

lfd. Nr. 8, Flur 3, Flurstück 83/19, Gebäude- und Freifläche, Falkenblick, Größe 4,05 Ar,

Flur 3, Flurstück 83/22, Gebäude- und Freifläche, Falkenblick, Größe 3,82 Ar,

Flur 3, Flurstück 83/13, Gebäude- und Freifläche, Falkenblick, Größe 10,76 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 12. Februar 1986, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Dudenstraße 10, Saal 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. 4. bzw. 13. 9. 1984 (Tage des Versteigerungsvermerks):

a) Ertugrul Maral, b) Guelsen Maral, — je zu einem Viertel.

Festgesetzte Werte nach § 74 a ZVG

lfd. Nr. 3	1 439,— DM,
lfd. Nr. 5	21 126,— DM,
lfd. Nr. 7	13 107,— DM,
lfd. Nr. 8	46 248,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6430 Bad Hersfeld, 9. 10. 1985 **Amtsgericht**

### 5741

K 56/83: Das im Grundbuch von Heringen, Band 91, Blatt 2765, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Heringen, Flur 1, Flurstück 212/8, Hof- und Gebäudefläche, Am Heinerberg 4, Größe 5,53 Ar,

soll am Mittwoch, dem 19. Februar 1986, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Dudenstraße 10, Saal 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 17. 10. 1983 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Alfred Möller, b) Rosemarie Möller geb. Schmidt, — je zur Hälfte —.

Wert nach § 74 a ZVG: 129 140,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6430 Bad Hersfeld, 10. 10. 1985 **Amtsgericht**



**5742**

5 K 42/83: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Münster, Band 24, Blatt 884,

Gemarkung Münster, Flur 7, Flurstück 23, Hof- und Gebäudefläche, Höhenweg 28, Größe 8,59 Ar,

soll am Mittwoch, dem 29. Januar 1986, 10.00 Uhr, Raum 1, Erdgeschoß, Färbgasse 24, 6308 Butzbach 1, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. 12. 1983 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Kraftfahrer Edmund Schremser, jetzt in Viernheim,

b) Hermeline Schremser geb. Waltinger, in Butzbach-Wiesental, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

103 653,60 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**6308 Butzbach, 28. 10. 1985 Amtsgericht**

**5743**

3 K 5/85: Das im Grundbuch von Rodenbach, Band 22, Blatt 807, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Rodenbach, Flur 1, Flurstück 205/1, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Am Höhenblick 19, Größe 9,72 Ar,

soll am Montag, dem 20. Januar 1986, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Büdingen, Schloßgasse Nr. 22, Zimmer Nr. 8 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 19. 3. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Marie-Luise Walk geb. Wetzel, Am Höhenblick 19, 6472 Altenstadt-Rodenbach.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 507 220,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**6470 Büdingen, 22. 10. 1985 Amtsgericht**

**5744**

61 K 220/84: Das im Grundbuch von Darmstadt, Bezirk IV, Band 41, Blatt 1728, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Darmstadt, Flur 4, Flurstück 966, Hof- und Gebäudefläche, Sandstraße 30, Größe 7,12 Ar,

soll am Montag, dem 6. Januar 1986, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15, Saal 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 13. 11. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Hartmut Jung in Darmstadt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**6100 Darmstadt, 28. 10. 1985 Amtsgericht, Abt. 61**

**5745**

8 K 34/84: Das im Grundbuch von Roth, Band 33, Blatt 1119, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Flur 1, Flurstück 159, Hof- und Gebäudefläche, Kirchweg 1, Größe 4,19 Ar,

soll am Mittwoch, dem 15. Januar 1986, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 6340 Dillenburg, Wilhelmstraße 7, Raum 18, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 4. 7. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Wolfgang Werth, geboren am 28. 9. 1940,

b) Margret Werth geb. Hahn, geboren am 24. 5. 1945, beide in Dietzhöltal-Steinbrücken, — je zur ideellen Hälfte —

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 58 204,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**6340 Dillenburg, 25. 10. 1985 Amtsgericht**

**5746**

3 K 5/84: Das im Grundbuch von Niederwalluf, Bezirk Niederwalluf, Band 69, Blatt 2030, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Niederwalluf, Flur 14, Flurstück 39/2, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße 14, Größe 11,51 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 14, Flurstück 39/3, Hofraum, Hauptstraße 14, Größe 0,07 Ar,

soll am Mittwoch, dem 15. Januar 1986, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Schwalbacher Straße 40, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. 4. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Peter Simon, Steuerbevollmächtigter, geb. am 22. 10. 1942, Wiesbaden-Sonnenberg.

Festgesetzter Verkehrswert:

lfd. Nr. 1: 969 800,— DM,

lfd. Nr. 2: 2 100,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**6228 Eltville am Rhein, 24. 10. 1985 Amtsgericht**

**5747**

2 K 40/85: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Frankenberg (Eder), Band 197, Blatt 6831,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Frankenberg (Eder), Flur 17, Flurstück 276, Hof- und Gebäudefläche, Am Distner 23, Größe 10,02 Ar,

soll am Mittwoch, dem 22. Januar 1986, 14.30 Uhr, Raum 24, I. Stock, im Gerichtsgebäude Geismarer Straße 22, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 20. 6. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Kaufmännische Angestellte Christina Frohnert geb. Sommer, Neuer Graben 18, 4600 Dortmund.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

220 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**3558 Frankenberg (Eder), 25. 10. 1985 Amtsgericht**

**5748**

84 K 45/85: Die im Grundbuch, Bezirk Sindlingen des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Abteilung Höchst, Band 77, Blatt 2130, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Sindlingen, Flur 20, Flurstück 172, Ackerland (Obstbau), Durch den schmalen Weg, Größe 3,77 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Sindlingen, Flur 3, Flurstück 155, Ackerland, Durch den Lieberbachweg, Größe 6,35 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Sindlingen, Flur 20, Flurstück 168, Ackerland (Obstbau), Durch den schmalen Weg, Größe 2,28 Ar,

sollen am Dienstag, dem 25. März 1986, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 18. 3. 1985 (Versteigerungsvermerk):

Frau Brigitte Hummel in Frankfurt am Main/Höchst.

Der Wert der Grundstücke ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Grundstück lfd. Nr. 2 auf 6 786,— DM,

Grundstück lfd. Nr. 4 auf 11 430,— DM,

Grundstück lfd. Nr. 6 auf 4 104,— DM,

insgesamt auf 22 320,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**6000 Frankfurt am Main, 14. 10. 1985 Amtsgericht, Abt. 84**

**5749**

K 54/85: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Fischborn, Band 16, Blatt 514, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Fischborn, Flur 15, Flurstück 15, Hof- und Gebäudefläche, Quellenstraße 1, Größe 7,38 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Fischborn, Flur 15, Flurstück 16, Gartenland, Quellenstraße 1, Größe 4,39 Ar,

soll am Freitag, dem 10. Januar 1986, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude 6460 Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Saal 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 28. 6. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Uwe Iwen, Ankerwickler, in Birstein-Fischborn.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Flurstück 15 auf 57 000,— DM,

Flurstück 16 auf 9 900,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**6460 Gelnhausen, 25. 10. 1985 Amtsgericht**

**5750**

24 K 58/85: Das im Grundbuch von Goddelau, Band 41, Blatt 1918, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Goddelau, Flur 13, Flurstück 357, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Rosenhof 13, Größe 5,36 Ar,

soll am Dienstag, dem 4. Februar 1986, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude/Arbeitsamtsgebäude, Oppenheimer Straße 4, Sitzungssaal im Tiefgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 11. 7. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

3 a) Klein, Gert, geboren am 5. 9. 1923,

6090 Rüsselsheim/Königstädten,

b) Klein geb. Cacia, Tivea, geboren am 20. 1. 1927, daselbst, — je zur Hälfte —

Verkehrswert: 490 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**6080 Groß-Gerau, 13. 10. 1985 Amtsgericht**

**5751**

24 K 77/85: Die im Grundbuch von Mörfelden, Band 274, Blatt 10 840, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Mörfelden, Flur 20, Flurstück 244, Gebäude- und Freifläche, An den Tannen, Größe 7,05 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Mörfelden, Flur 20, Flurstück 245, Gebäude- und Freifläche, An den Kiefern, Größe 6,91 Ar,

sollen am Dienstag, dem 21. Januar 1986, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude/Arbeitsamtsgebäude, Oppenheimer Straße 4, Sitzungssaal im Tiefgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eigentümerin am 28. 8. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Firma Sonnenbungalow Fertighaus GmbH, Heideweg 4, 6078 Neu-Isenburg.

Verkehrswert:  
a) Flur 20, Nr. 244: 278 000,— DM,  
b) Flur 20, Nr. 245: 272 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6080 Groß-Gerau, 13. 10. 1985 **Amtsgericht**

### 5752

24 K 43/80, 24 K 19/82: Das im Grundbuch von Mörfelden, Band 167, Blatt 7611, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Mörfelden, Flur 5, Flurstück 335, Hof- und Gebäudefläche, Ringstraße 52, Größe 5,59 Ar, soll am Dienstag, dem 28. Januar 1986, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude/Arbeitsamtsgebäude, Oppenheimer Straße 4, Sitzungssaal im Tiefgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 24. 3. 1981 (Tag des Versteigerungsvermerks):

2 a) Maderholz, Erwin, Mörfelden-Walldorf,

Eingetragene Eigentümerin am 17. 2. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

2 b) dessen Ehefrau Renate geb. Kohler, daseibst, — je zur Hälfte —  
Verkehrswert: 300 000,— DM bzw. jede ideale Hälfte 150 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6080 Groß-Gerau, 21. 10. 1985 **Amtsgericht**

### 5753

42 K 187/83 und 188/83: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll  
I. der im Wohnungs- und Teileigentums-Grundbuch von Rückingen, Band 77, Blatt 2265, BV. lfd. Nr. 1 und 2 eingetragene 40,34/1 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Rückingen, Flur 17, Flurstück 234, Bauplatz, Kastellstraße (inzwischen bebaut), Größe 109,60 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum an der 46 Kraftfahrzeugabstellplätze enthaltenden Tiefgarage (Teileigentum), im Aufteilungsplan für die Tiefgarage mit Nr. 166 bis 212 bezeichnet,

II. der im Wohnungs- und Teileigentums-Grundbuch von Rückingen, Band 76, Blatt 2244, BV. lfd. Nr. 1 und 2 eingetragene 6,05/1 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Rückingen, Flur 17, Flurstück 234, Bauplatz, Kastellstraße (inzwischen bebaut), Größe 109,60 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im 6. Obergeschoß im Haus Nr. 14 nebst Kelleranteil, im Aufteilungsplan mit Nr. 14 613 bezeichnet, versteigert werden.

Veräußerung des Wohnungseigentums nur mit Zustimmung des Verwalters. Ausnahmen bei Erwerb durch Ehegatten, Verwandte in gerader Linie oder bis zum zweiten Grad in der Seitenlinie, bei Veräußerung im Wege der Zwangsvollstreckung durch den Konkursverwalter oder einen Gläubiger, der zur Rettung seiner Forderung ersteigert hat.

Gemeinsamer Text in Blatt 2265 und 2244: Das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt (eingetragen in Blatt 2101 und 2164). Wegen des Inhalts des Sondereigentums wird auf die Eintragungsbewilligungen vom 8. 7. 1972, 14. 7. 1972, 26. 7. 1972 und 11. 8. 1972 Bezug genommen.

Versteigerungstermin am Donnerstag, dem 13. Februar 1986, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, 6450 Hanau, Nußallee Nr. 17, Zimmer Nr. 161 B.

Eingetragene Eigentümerin am 25. 10. 1983 bzw. 24. 10. 1983 (Tag der Versteigerungsvermerks):

zu I. Helga Luczak geb. Janek, — zu 1/46,  
zu II. Helga Luczak geb. Janek, — als Alleineigentümerin —

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

a) Blatt 2265 auf 6 500,— DM,  
b) Blatt 2244 auf 161 900,— DM,  
insgesamt auf 168 400,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 24. 10. 1985 **Amtsgericht, Abt. 42**

### 5754

42 K 90/85: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Langenselbold, Band 231, Blatt 6973,

BV lfd. Nr. 1, Flur 45, Flurstück 25/35, Hof- und Gebäudefläche, Auf der Sieb 19, Größe 6,31 Ar,

am Dienstag, dem 14. Januar 1986, 14.00 Uhr, Zimmer 161, 1. Stock, im Gerichtsgebäude B, 6450 Hanau, Nußallee Nr. 17, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 7. 5. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Margarete Köhler geb. Völker,  
Wolfgang Köhler, — je zum halben Miteigentumsanteil —

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 255 100,— DM für BV lfd. Nr. 1.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 22. 10. 1985 **Amtsgericht, Abt. 42**

### 5755

42 K 25/85: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Ronneburg, Band 23, Blatt 674, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Ronneburg, Flur 1, Flurstück 53, Gebäude- und Freifläche, Altwiedermuser Straße 27, Größe 15,88 Ar, am Dienstag, dem 4. Februar 1986, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, 6450 Hanau, Nußallee Nr. 17, Zimmer Nr. 161 B, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. 2. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Friedrich Wilhelm Scheu,  
b) Elisabeth Scheu geb. Hommel, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundstücks ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 487 800,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 24. 10. 1985 **Amtsgericht, Abt. 42**

### 5756

42 K 133/85: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Klein-Auheim, Band 117, Blatt 4657, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Klein-Auheim, Flur 2, Flurstück 1289/3, Gebäude- und Freifläche Fliederstraße 22, Größe 3,35 Ar, versteigert werden.

Versteigerungstermin am Dienstag, dem 18. Februar 1986, 9.00 Uhr, im Gerichtsge-

bäude B, 6450 Hanau, Nußallee 17, Zimmer Nr. 161 B.

Eingetragene Eigentümer am 30. 7. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Joas, Anna Katharina geb. Eppert,  
Joas, Karl-Heinz, beide in 6450 Hanau 8.

Der Wert des Grundstücks ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 247 600,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 25. 10. 1985 **Amtsgericht, Abt. 42**

### 5757

42 K 232/84: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Langenselbold, Band 272, Blatt 8210, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Langenselbold, Flur 44, Flurstück 7/2, Hof- und Gebäudefläche, Hanauer Straße 37, Größe 16,79 Ar,

am Donnerstag, dem 20. Februar 1986, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, 6450 Hanau, Nußallee Nr. 17, Zimmer Nr. 161 B, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 20. 11. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Elke Ambros geb. Thiele.  
Der Wert des Grundstücks ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 653 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 30. 10. 1985 **Amtsgericht, Abt. 42**

### 5758

42 K 13/85: Zwecks Aufhebung der Gemeinschaft soll der im Grundbuch von Niederissigheim, Band 20, Blatt 753, eingetragene Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Niederissigheim, Flur 8, Flurstück 84, Gebäude- und Freifläche, Bächelstraße 13 A, Größe 6,20 Ar, am Freitag, dem 14. Februar 1986, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, 6450 Hanau, Nußallee Nr. 17, Zimmer Nr. 161 B, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 27. 3. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Anna Katharina Arendt geb. Müller,  
b) Joachim Arendt,  
c) Edeltraud Mucher geb. Arendt,  
d) Viola Arendt,  
e) Regina Arendt,  
f) Markus Karl Arendt, — in Erbengemeinschaft —

Der Wert der Grundstückshälfte ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 151 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 30. 10. 1985 **Amtsgericht, Abt. 42**

### 5759

42 K 47/85: Zwecks Aufhebung der Gemeinschaft soll das im Grundbuch von Kilianstädten, Band 71, Blatt 2602, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Kilianstädten, Flur 8, Flurstück 171/3, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Frauengartenring 10, Größe 6,43 Ar,

am Dienstag, dem 4. März 1986, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, 6450 Hanau, Nußallee Nr. 17, Zimmer Nr. 161 B, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 3. 4. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Heinrich Wolf,  
 b) Gisela Wolf geb. Jost, — je zur Hälfte.  
 Der Wert des Grundstücks ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 412 400,— DM.  
 Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.  
**6450 Hanau, 30. 10. 1985**

**Amtsgericht, Abt. 42**

**5760**

2 K 69, 87/84: Die im Grundbuch von Burg, Band 30, Blatt 1005, eingetragenen Grundstücke,  
 lfd. Nr. 1, Gemarkung Burg, Flur 22, Flurstück 16, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße 25, Größe 6,77 Ar,  
 lfd. Nr. 2, Gemarkung Burg, Flur 22, Flurstück 205/14, Hutung, Am Weitzberg, Größe 2,65 Ar,  
 sollen am Freitag, dem 18. April 1986, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Herbhorn, Westwaldstraße 16, Zimmer 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 6. 11. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Ursula Herr in Burg, jetzt wohnhaft 26 rue d'Estienne d'Orves, F-92 120 Montrouge (Paris).

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Grundstück lfd. Nr. 1 (Flur 22, Flurstück 16) auf 159 000,— DM,  
 Grundstück lfd. Nr. 2 (Flur 22, Flurstück 205/14) auf 3 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

**6348 Herbhorn, 24. 10. 1985**

**Amtsgericht**

**5761**

K 35/84: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Calden, Band 72, Blatt 2181,

Gemarkung Calden, Flur 14, Flurstück 61/4, Hof- und Gebäudefläche, Königsstühle 5, Größe 6,75 Ar,  
 soll am Freitag, dem 7. Februar 1986, 11.00 Uhr, Saal 26, 3520 Hofgeismar, Friedrich-Pfaff-Straße 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 4. 9. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Armin und Edeltraud Ernst geb. Henne, Calden, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

374 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

**3520 Hofgeismar, 23. 10. 1985**

**Amtsgericht**

**5762**

K 56/84: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Trendelburg, Band 51, Blatt 1179, Gemarkung Trendelburg,

lfd. Nr. 1, Flur 2, Flurstück 35/2, Gebäude- und Freifläche, Unter dem Hagen, Größe 3,10 Ar,  
 lfd. Nr. 2, Flur 2, Flurstück 36/1, Gebäude- und Freifläche, Unter dem Hagen, Größe 13,10 Ar,  
 soll am Freitag, dem 24. Januar 1986, 10.00 Uhr, Saal 26, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Friedrich-Pfaff-Straße 8, 3520 Hofgeismar, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. 11. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Johannes Weiffen und Margarete Weiffen geb. Mielenz, 3526 Trendelburg, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

220 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

**3520 Hofgeismar, 24. 10. 1985**

**Amtsgericht**

Johannes Weiffen und Margarete Weiffen geb. Mielenz, 3526 Trendelburg, — je zur Hälfte —  
 Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

220 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

**3520 Hofgeismar, 24. 10. 1985**

**Amtsgericht**

**5763**

K 21/85: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Udenhausen, Band 25, Blatt 748, Gemarkung Udenhausen, lfd. Nr. 3, Flur 5, Flurstück 92/1, Gebäude- und Freifläche, Mittelstraße 31, Größe 3,98 Ar,  
 soll am Donnerstag, dem 30. Januar 1986, 10.00 Uhr, Saal 24, im Gerichtsgebäude Friedrich-Pfaff-Straße 8, 3520 Hofgeismar, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 20. 6. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Günter Ristok in Udenhausen.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

57 800,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

**3520 Hofgeismar, 24. 10. 1985**

**Amtsgericht**

**5764**

K 12/85: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Westuffeln, Band 18, Blatt 522,

Gemarkung Westuffeln, Flur 2, Flurstück 256, Gebäude- und Freifläche, Mühlenbergstraße 71, Größe 3,24 Ar,  
 soll am Donnerstag, dem 23. Januar 1986, 10.00 Uhr, Saal 24, im Gerichtsgebäude Friedrich-Pfaff-Straße 8, 3520 Hofgeismar, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. 4. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Karl Wolf und Ingrid Wolf geb. Purrucker, 3527 Calden-Westuffeln, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

176 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

**3520 Hofgeismar, 25. 10. 1985**

**Amtsgericht**

**5765**

K 13/84: Das im Grundbuch von Homberg/Efze, Bezirk Homberg, Band 111, Blatt 3303, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Homberg, Flur 13, Flurstück 242, Hof- und Gebäudefläche, Lange Straße 20, Größe 0,86 Ar,  
 soll am Freitag, dem 13. Dezember 1985, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Homberg/Efze, Obertorstraße 9, Sitzungssaal 2, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 30. 5. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Architekt Helmut Rudolph, geb. 30. 1. 1949, Kassel.

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5, § 85 ZVG festgesetzt auf

30 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

**3588 Homberg/Efze, 24. 10. 1985**

**Amtsgericht**

**5766**

64 K 225/84: Das im Grundbuch von Harleshausen, Band 182, Blatt 5568, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Harleshausen, Flur 3, Flurstück 1065/35, Hof- und Gebäudefläche, Wegmannstraße 51, Größe 10,34 Ar,  
 soll am Donnerstag, dem 17. April 1986, 10.00 Uhr, in der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, 3500 Kassel, Erdgeschoß, Seitenflügel, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 8. 8. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Göttig, Barbara, geb. Rosner, 6454 Bruchköbel.

Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG ist

246 607,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

**3500 Kassel, 18. 10. 1985**

**Amtsgericht**

**5767**

64 K 4/84: Die im Grundbuch von Altenbauna, Band 44, Blatt 1288, eingetragenen halben Miteigentumsanteile an dem Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Altenbauna, Flur 3, Flurstück 86/70, Hof- und Gebäudefläche, Marktstraße 8, Größe 18,84 Ar,  
 sollen am Donnerstag, dem 20. Februar 1986, 10.00 Uhr, in der Nebenstelle des Amtsgerichts, Friedrich-Ebert-Straße 2, 3500 Kassel, Seitenflügel, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. 3. 1984 bzgl. a) und 20. 1. 1984 bzgl. b) (Tage der Eintragung der Versteigerungsvermerke):

a) Dohmen, Horst, geb. 3. 4. 1936,  
 b) Dohmen, Marianne, geb. 27. 9. 1945, beide Kassel, — je zur Hälfte —

Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG ist

3 650 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

**3500 Kassel, 22. 10. 1985**

**Amtsgericht**

**5768**

64 K 27/85: Das im Grundbuch von Kassel, Band 410, Blatt 10 415, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Kassel, Flur M3, Flurstück 689/181, Hof- und Gebäudefläche, Ysenburgstraße 36, Größe 4,67 Ar,  
 soll am Mittwoch, dem 19. Februar 1986, 8.30 Uhr, im Gebäude Friedrich-Ebert-Straße 2, 3500 Kassel (Außenstelle des Amtsgerichts), Seitenflügel, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 22. 5. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Brübach, Manfred, geb. 25. 7. 1939, Kassel.

Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG ist

245 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

**3500 Kassel, 22. 10. 1985**

**Amtsgericht**

**5769**

64 K 111/83: Die im Grundbuch von Bettenhausen, Band 119, eingetragenen Wohnungseigentumsrechte,

a) Blatt 3468, lfd. Nr. 1:  
 Miteigentumsanteil von 325,2/1 000 an dem Grundstück Gemarkung Bettenhausen, Flur 7, Flurstück 13/13, Hof- und Gebäudefläche, Umbachsweg 13, Größe 9,48 Ar,

# KOMMENTAR ZUM SCHWERBEHINDERTENGESETZ

Herausgegeben und bearbeitet von Bernd Wiegand, Präsident des Hessischen Landessozialgerichts, unter Mitarbeit von Eckhard Gouder, Richter am Landessozialgericht, Karl Heinz Haus, Richter am Landessozialgericht, Dr. Christine Hohmann-Dennhardt, Direktorin des Sozialgerichts Wiesbaden und Roger Hohmann, Regierungsdirektor beim Hessischen Ministerium für Arbeit, Umwelt und Soziales.

Loseblattausgabe (2 Bände), 880 Seiten, DM 128,—  
ISBN 3-87124-013-3

Das im Oktober 1984 neu erschienene Grundwerk wird mit der 1. Ergänzungslieferung auf den derzeit aktuellen Stand gebracht. So werden im Teil „**Bundesrecht**“ der Entwurf der Bundesregierung eines „**Ersten Gesetzes zur Änderung des Schwerbehindertengesetzes**“ und das im November 1984 geänderte „**4. Schwerbehinderten-Sonderprogramm**“ abgedruckt. Ziel der Bundesregierung war es zwar, den Gesetzesentwurf am 1. Januar 1985 in Kraft treten zu lassen. Dieses Ziel konnte jedoch nicht erreicht werden. Nach Stellungnahme des Bundesrates zu dem Gesetzesentwurf hat die Bundesregierung am 3. April 1985 den Entwurf mit ihrer Gegenäußerung zur Stellungnahme des Bundesrates erneut dem Bundestag zugeleitet. Obwohl noch nicht absehbar ist, welche Änderungen und welchen Umfang der Gesetzesentwurf letztendlich erfahren wird, werden die Benutzer des Kommentars jedenfalls in die Lage versetzt, sich mit der gesamten Problematik vertraut zu machen, wobei ihnen auch die — auszugsweise — wiedergegebene amtliche Begründung der Bundesregierung von Nutzen sein wird. Außerdem haben die Verfasser bei ihrer Arbeit besonderen Wert darauf gelegt, die sich

bereits abzeichnenden Gesetzesänderungen in die Kommentierung einzubeziehen.

Dem Benutzer wird ein Werk an die Hand gegeben, das überzeugende Lösungen der vielfältigen arbeits- und sozialrechtlichen Probleme anbietet und in der täglichen Arbeit mit dem Schwerbehindertenrecht weitere Hilfsmittel entbehrlich macht.

Durch praxisgerechte Zusammenstellung der einzelnen Themen, gezielte Erläuterungen sowie einprägsame Zitate aus höchstrichterlichen Entscheidungen wird ein **Höchstmaß an Information** vermittelt.

Insbesondere wird der Kommentar zum SchwbG allen **Richtern, Rechtsanwälten und Prozeßbevollmächtigten** sowie der **Versorgungsverwaltung, den Personalbüros der privaten Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung** und **Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden** bei ihren täglich zu treffenden Entscheidungen zum unentbehrlichen Ratgeber werden.

Die Konzeption des Werkes als Loseblattausgabe wird auch künftig stets den aktuellen Stand von Gesetzgebung und Rechtsprechung gewährleisten!

**VERLAG CHMIELORZ GMBH**  
**Wilhelmstr. 42 — Postfach 2229 — 6200 Wiesbaden**

verbunden mit dem Sondereigentum an den Räumen Nr. 1 des Aufteilungsplans, der Garage Nr. 1 des Aufteilungsplans; für jeden Miteigentumsanteil ist ein besonderes Grundbuch angelegt (Blatt 3468 bis 3470); der hier eingetragene Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt, Veräußerungsbeschränkung: Zustimmung durch den Verwalter, Ausnahmen: Veräußerung an Ehegatten, an Verwandte gerader Linie, an Miteigentümer, durch Konkursverwaltung, durch Zwangsvollstreckung, an oder durch Grundpfandgläubiger, bedingt; wegen Gegenstand und Inhalt des Sondereigentums Bezugnahme auf Bewilligung vom 6. 5./2. 7. 1982;

b) Blatt 3469, lfd. Nr. 1:

Miteigentumsanteil von 324,7/1 000 an dem Grundstück Gemarkung Bettenhausen, Flur 7, Flurstück 13/13, Hof- und Gebäudefläche, Umbachsweg 13, Größe 9,48 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an den Räumen Nr. 2 des Aufteilungsplans; für jeden Miteigentumsanteil ist ein besonderes Grundbuch angelegt (Blatt 3468 bis 3470); der hier eingetragene Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt; Veräußerungsbeschränkung: Zustimmung durch den Verwalter; Ausnahmen: Veräußerung an Ehegatten, an Verwandte gerader Linie, an Miteigentümer, durch Konkursverwaltung, durch Zwangsvollstreckung, an oder durch Grundpfandgläubiger, bedingt; wegen Gegenstand und Inhalt des Sondereigentums Bezugnahme auf Bewilligung vom 6. 5./2. 7. 1982;

sollen am Montag, dem 27. Januar 1986, 10.00 Uhr, im Gebäude Friedrich-Ebert-Straße 2, Kassel (Außenstelle), Seitenflügel, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 13. 6. 1983 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Karl-Friedrich Hebler, Kassel.  
Gesamtverkehrswert gemäß § 74 a ZVG ist 392 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 11. 10. 1985 Amtsgericht

### 5770

64 K 98/83 — **Berichtigung:** Die richtige Grundstücksbezeichnung des am 22. Januar 1986 zu versteigernden Grundstücks, eingetragen im Grundbuch von Ochshausen, Band 60, Blatt 1771, lfd. Nr. 2, lautet wie folgt:

Gemarkung Ochshausen, Flur 4, Flurstück 30/23, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, An der Söhrebahn 58, Größe 8,78 Ar.

3500 Kassel, 28. 10. 1985 Amtsgericht, Abt. 64

### 5771

5 K 14/84: Am Mittwoch, dem 29. Januar 1986, 10.00 Uhr, soll vor dem Amtsgericht Kirchhain, Saal 116, das im Grundbuch von Speckswinkel, Band 22, Blatt 622, auf den Namen der

Luise Klipp geb. Sorg, — zu drei Vierteln, des Gerhold Klipp, — zu einem Viertel —, beide wohnhaft Wilhelmshöhe 9, 3577 Neustadt-Speckswinkel, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Flur 25, Flurstück 7/19, Hof- und Gebäudefläche, Wilhelmshöhe 9 und Der Lück-Rasen, Größe 15,03 Ar,

Gartenland, daselbst, Größe 17,02 Ar, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Nähere Bestimmungen können bei Gericht

und bei der Stadtverwaltung 3577 Neustadt/Hess. (Aushang) eingesehen werden.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a ZVG festgesetzt worden auf 240 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

3575 Kirchhain, 24. 10. 1985 Amtsgericht

### 5772

9 K 116/84: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Niederjosbach,

A) Band 38, Blatt 1268:

lfd. Nr. 1, Flur 11, Flurstück 276, Grün-

land, Birkwies, Größe 2,68 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 11, Flurstück 219/67, Ak-

kerland, Rechäcker, Größe 3,37 Ar,

B) Band 42, Blatt 1382:

lfd. Nr. 1, Flur 14, Flurstück 39, Acker-

land, Im Hain, Größe 13,05 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 2, Flurstück 68, Ackerland,

Rechäcker, Größe 8,77 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 4, Flurstück 306, Acker-

land, Bornäcker, Größe 7,77 Ar,

soll am Dienstag, dem 7. Januar 1986,

10.00 Uhr, Raum 4, Erdgeschoß, im Ge-

richtsgebäude B, Burgweg 9 (Luxemburgi-

sches Schloß), zur Aufhebung der Gemein-

schaft versteigert werden.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß

§ 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

A) Nr. 1 auf 1 072,— DM,

A) Nr. 2 auf 1 508,— DM,

B) Nr. 1 auf 6 525,— DM,

B) Nr. 2 auf 3 508,— DM,

B) Nr. 3 auf 4 662,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6240 Königstein im Taunus, 30. 10. 1985

Amtsgericht, Abt. 9

### 5773

1 K 38/85: Die im Grundbuch von Willingen, Band 31, Blatt 885, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Willingen, Flur 2,

Flurstück 66/4, Gebäude- und Freifläche,

Gewerbe, In den Kämpfen 3, Größe 5,78 Ar,

Flur 2, Flurstück 66/5, Gebäude- und Frei-

fläche, Gewerbe, In den Kämpfen 3, Größe

19,20 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 5. Februar 1986,

9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Korbach, Ne-

bengebäude Nordwall 3, Raum 12, Erdge-

schloß, zur Aufhebung der Gemeinschaft ver-

steigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 3. 7. 1985

(Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Vekens, Werner, Kaufmann, geb. 3. 8.

1946, Obere Waldstraße 16, 7730 Villingen-

Schwenningen,

b) Vekens, Marianne geb. Ständer, geb. 11.

10. 1945, In den Kämpfen 3, 3542 Willingen

(Upland), — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß

§ 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

510 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf

der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird

hingewiesen.

3540 Korbach, 28. 10. 1985 Amtsgericht

### 5774

K 14/84: Die im Grundbuch von Lauter-

bach, Band 118, Blatt 4049, eingetragenen

Grundstücke, Gemarkung Lauterbach,

lfd. Nr. 1, Flur 5, Nr. 77/1, Grünland,

Schlitzer Straße, Größe 18,35 Ar,

Wert: 63 500,— DM,

lfd. Nr. 2, Flur 5, Nr. 77/2, Hof- und Ge-

bäudefläche, Schlitzer Straße 19, Größe

22,88 Ar, Wert: 519 240,— DM,

lfd. Nr. 3, Flur 5, Nr. 77/3, Hof- und Ge-

bäudefläche, Schlitzer Straße 17, Größe

13,20 Ar, Wert: 265 700,— DM,

lfd. Nr. 4, Flur 5, Nr. 77/4, Weg, Schlitzer

Straße, Größe 6,10 Ar, Wert: 21 100,— DM,

Gesamtwert: 869 540,— DM,

sollen am Mittwoch, dem 19. Februar

1986, 9.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude

Lauterbach, Königsberger Straße 8, Zimmer

Nr. 103 (Sitzungssaal), durch Zwangsvoll-

streckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 22. 5. 1984

(Tag der Eintragung des Versteigerungsver-

merks):

Heinz Merz in 6420 Lauterbach.

Es handelt sich hierbei um den zweiten

Termin gem. § 85 a ZVG.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf

der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird

hingewiesen.

6420 Lauterbach (Hessen), 23. 10. 1985

Amtsgericht

### 5775

7 K 62/83: Folgendes Grundeigentum, ein-

getragen im Grundbuch von Dietkirchen,

Band 27, Blatt 845,

lfd. Nr. 1, Flur 3, Flurstück 195, Hof- und

Gebäudefläche, Pfauenstraße 12, Größe

11,69 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 3, Flurstück 171/2, Hof-

und Gebäudefläche, Auf der Röth, Größe

1,75 Ar,

soll am Mittwoch, dem 8. Januar 1986,

14.00 Uhr, Raum 14, Erdgeschoß, im Ge-

richtsgebäude Limburg a. d. Lahn, Schiede

14, durch Zwangsvollstreckung versteigert

werden.

Eingetragener Eigentümer am 5. 12. 1983

(Tag der Eintragung des Versteigerungsver-

merks):

Kaufmann Wolfgang Behr in Limburg-

Dietkirchen, Pfauenstraße 12.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß

§ 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Grundstück 1 (Einfamilienhaus mit inte-

grierter Garage) auf 540 000,— DM,

Grundstück 4 (Grundstück mit Garage)

auf 24 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf

der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird

hingewiesen.

6250 Limburg a. d. Lahn, 30. 7. 1985

Amtsgericht

### 5776

7 K 72/85: Das im Grundbuch von Argen-

stein, Band 17, Blatt 399, eingetragene

Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Argenstein, Flur 1,

Flurstück 349/148, Hof- und Gebäudefläche,

auf dem Mühlenstück, Größe 4,48 Ar,

soll am Donnerstag, dem 6. März 1986,

10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg,

Universitätsstraße Nr. 48, Zimmer Nr. 157,

zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert

werden.

Eingetragene Eigentümer am 22. 5. 1985

(Tag des Versteigerungsvermerks):

Gerlinde Kraft geb. Herla in Weimar-

Wolfshausen, — zur Hälfte —,

Gerlinde Kraft geb. Herla in Weimar-

Wolfshausen,

Klaus-Dieter Helmut Kraft in Weimar-

Wolfshausen,

Regina Waltraud Kraft in Fronhausen-

Hassenhausen, — in Erbengemeinschaft zur

Halftte —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a

Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 247 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf

der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird

hingewiesen.

3550 Marburg, 15. 10. 1985 Amtsgericht

**5777**

7 K 48/85: Das im Grundbuch von Niederweimar, Band 31, Blatt 987, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Niederweimar, Flur 5, Flurstück 82/6, Hof- und Gebäudefläche, Dammweg 6, Größe 5,89 Ar, soll am Donnerstag, dem 27. Februar 1986, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstraße Nr. 48, Zimmer Nr. 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. 4. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Herbert Zimmermann,  
Helena Zimmermann geb. Muth, Dammweg 6, Weimar 1, — je zur Hälfte —.  
Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 220 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3550 Marburg, 24. 10. 1985 **Amtsgericht**

**5778**

7 K 65/85: Das im Grundbuch von Niederweimar, Band 26, Blatt 824, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Niederweimar, Flur 7, Flurstück 38/4, Hof- und Gebäudefläche, Huteweg 11, Größe 6,62 Ar, soll am Donnerstag, dem 20. März 1986, 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstraße Nr. 48, Zimmer Nr. 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 8. 5. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Helga Brusius, — zur Hälfte —.  
b) Alfred Brusius,  
c) Heiko Brusius, Huteweg 11, 3556 Weimar-Niederweimar, — zu b) + c) — je zu einem Viertel —.  
Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 170 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3550 Marburg, 21. 10. 1985 **Amtsgericht**

**5779**

1 K 12/85: Das im Grundbuch von Breungeshain, Bezirk Nidda, Band 25, Blatt 948, eingetragene Grundstück,

Gemarkung Breungeshain, Flur 2, Flurstück 53, Ackerland, am Kreuz, Größe 30,53 Ar,

soll am Montag, dem 3. Februar 1986, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Schloßgasse 23, 6478 Nidda 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 27. 3. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

2) Appel, Albert, Schotten 12.  
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6178 Nidda, 24. 10. 1985 **Amtsgericht**

**5780**

7 K 195/84: Durch Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Neu-Isenburg, Band 180, Blatt 6682, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Neu-Isenburg, Flur 2, Flurstück 176/2, Hof- und Gebäudefläche, Größe 4,87 Ar, am Dienstag, dem 28. Januar 1986, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude D, Offenbach am Main, Luisenstraße 16, Saal 824, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 28. 11. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Witwe Waltraud Mall geb. Ortman, Neu-Isenburg, — zur Hälfte —,

b) dieselbe,  
c) Rolf Rüdiger Friedrich Mall, Frankfurt am Main,  
d) Ulrike Benkel geb. Mall, Neu-Isenburg, zu b — d) — in Erbengemeinschaft zur Hälfte —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 600 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6050 Offenbach am Main, 4. 7. 1985 **Amtsgericht**

**5781**

K 39/85: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Heinebach, Band 34, Blatt 1107, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Heinebach, Flur 9, Flurstück 27/14, Hof- und Gebäudefläche, Nürnberger Straße 59, Größe 12,31 Ar, soll am Freitag, dem 24. Januar 1986, 8.30 Uhr, Sitzungssaal I, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Weidenberggasse 1, 6442 Rotenburg a. d. Fulda, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. 8. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

1.) Mink, Heinz, Kaufmann, geboren am 26. 1. 1953,  
2.) dessen Ehefrau Cornelia Mink geb. Lesch, geb. am 11. 8. 1955, beide wohnhaft: Nürnberger Straße 59 in 6445 Alheim-Heinebach, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

416 000,— DM.  
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6442 Rotenburg a. d. Fulda, 25. 10. 1985 **Amtsgericht**

**5782**

K 5/85: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Zellhausen, Band 68, Blatt 2832,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Zellhausen, Flur 6, Flurstück 72/11, Hof- und Gebäudefläche, Rhönstraße 2, Größe 22,40 Ar, soll am Donnerstag, dem 9. Januar 1986, 9.15 Uhr, im Gerichtsgebäude in Seligenstadt, Giselstraße 1, Erdgeschoß, Saal 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 22. 2. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):  
Horst Reinhold Friedrich, Rhönstraße 2, 6451 Mainhausen 1.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG festgesetzt auf

490 000,— DM.  
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6453 Seligenstadt, 22. 10. 1985 **Amtsgericht**

**5783**

3 K 72/85: Die im Grundbuch von Hermannstein, Band 34, Blatt 1290, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Hermannstein, Flur 26, Flurstück 340/1, Bauplatz, Ludwigstraße, Größe 1,76 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Hermannstein, Flur 26, Flurstück 340/2, Bauplatz, daselbst, Größe 20,85 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 5. Februar 1986, 8.45 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, Wertherstraße 2, Raum 206, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 25. 7. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Brigitte Balke geb. Peter, Aßlar-Werdorf.  
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für  
Flur 26, Nr. 340/1 auf 9 680,— DM,  
Flur 26, Nr. 340/2 auf 114 675,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6330 Wetzlar, 24. 10. 1985 **Amtsgericht**

**5784**

3 K 120/84: Das im Grundbuch von Kraftsolms, Band 32, Blatt 779, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Kraftsolms, Flur 5, Flurstück 78/3, Hof- und Gebäudefläche, Im Brühl 7, Größe 6,57 Ar,

soll am Freitag, dem 3. Januar 1986, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, Wertherstraße 2, Raum 4, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. 12. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. Helga Marianne Kulak geb. Kahl, Bad Berleburg 2, — zur Hälfte —,  
2. Josef Kulak, Bad Berleburg 2, — zu einem Viertel —,  
3. Agnes Alma Kulak geb. Aschenbrenner, Bad Berleburg, — zu einem Viertel —.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 277 500,— DM für Flur 5, Nr. 78/3.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6330 Wetzlar, 23. 10. 1985 **Amtsgericht**

**5785**

3 K 66/85: Das im Grundbuch von Laufdorf, Band 60, Blatt 1988, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Laufdorf, Flur 11, Flurstück 149, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Nelkenweg 2, Größe 9,39 Ar,

soll am Dienstag, dem 14. Januar 1986, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, Wertherstraße 2, Raum 4, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. 7. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Hans-Dieter Dunkel, Schöffengrund (Nachlaßpfleger: Willi Pausch, Schöffengrund-Laufdorf).

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

141 960,— DM.  
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6330 Wetzlar, 23. 10. 1985 **Amtsgericht**

# Reklamationen

bei Ausbleiben des Staatsanzeigers bitte sofort an den Verlag richten. Nachlieferung durch den Verlag gegen Entrichtung der Gebühren lt. Impressum.

**5786**

61 K 165/84: Das im Grundbuch von Breckenheim, Band 64, Blatt 2267, eingetragene Grundeigentum, belegen in der Gemarkung Breckenheim, Flur 27,

lfd. Nr. 1, Flurstück 350/9, Hof- und Gebäudefläche, Pfingstbornstraße 105, Größe 4,08 Ar,

lfd. Nr. 2 zu 1, ein Drittel Miteigentumsanteil an dem Flurstück 350/8, Weg, Pfingstbornstraße, Größe 0,48 Ar,

soll am Dienstag, dem 28. Januar 1986, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Gerichtsstraße 2, Zimmer 243, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. 8. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Karl-Heinz Jürgen Singer,  
Ingrid Singer, — je zur Hälfte —  
Der Wert des Grundeigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 387 600,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**6200 Wiesbaden, 15. 10. 1985 Amtsgericht**

**5787**

61 K 27/85: Das im Grundbuch von Dotzheim, Band 230, Blatt 6278, eingetragene Grundeigentum,

lfd. Nr. 16, Gemarkung Dotzheim, Flur 6, Flurstück 549/5, Hof- und Gebäudefläche, Stegerwaldstraße, Größe 6,79 Ar,

Gemarkung Dotzheim, Flur 6, Flurstück 549/3, Hof- und Gebäudefläche, Stegerwaldstraße, Größe 2,19 Ar,

Gemarkung Dotzheim, Flur 6, Flurstück 549/4, Hof- und Gebäudefläche, Stegerwaldstraße, Größe 4,06 Ar,

Gemarkung Dotzheim, Flur 6, Flurstück 549/7, Hof- und Gebäudefläche, Stegerwaldstraße, Größe 0,06 Ar,

Gemarkung Dotzheim, Flur 6, Flurstück 549/8, Hof- und Gebäudefläche, Stegerwaldstraße, Größe 0,17 Ar,

Gemarkung Dotzheim, Flur 6, Flurstück 549/9, Hof- und Gebäudefläche, Stegerwaldstraße 2, Größe 0,00 Ar (0.005 m<sup>2</sup>),

Gemarkung Dotzheim, Flur 6, Flurstück 549/14, Hof- und Gebäudefläche, Stegerwaldstraße 2, Größe 1,08 Ar,

Gemarkung Dotzheim, Flur 6, Flurstück 549/15, Hof- und Gebäudefläche, Stegerwaldstraße 2, Größe 1,42 Ar,

Gemarkung Dotzheim, Flur 6, Flurstück 606/45, Hof- und Gebäudefläche, Stegerwaldstraße 2, Größe 2,84 Ar,

Gemarkung Dotzheim, Flur 6, Flurstück 549/10, Straße, Stegerwaldstraße-Grünfläche, Größe 0,27 Ar,

Gemarkung Dotzheim, Flur 6, Flurstück 549/11, Straße, Stegerwaldstraße-Grünfläche, Größe 0,51 Ar,

Gemarkung Dotzheim, Flur 6, Flurstück 549/12, Grünfläche, Stegerwaldstraße, Größe 0,87 Ar,

soll am Dienstag, dem 21. Januar 1986, um 11.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Gerichtsstraße 2, Zimmer 243, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. 2. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):  
Horst Höhn, Wiesbaden.

Der Wert des Grundeigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 4 000 000,— DM.

Der Wert für das Zubehör wird noch besonders festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**6200 Wiesbaden, 22. 10. 1985 Amtsgericht**

**5788**

61 K 50/85: Das im Grundbuch von Nordenstadt, Band 87, Blatt 2464, eingetragene Grundeigentum: 1 305,3386/100 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Nordenstadt, Flur 15, Flurstück 219/3, Gebäude- und Freifläche, Hesenring, Größe 79,40 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum, der Sondereigentumsseinheit Wohnung Nr. 70,

soll am Dienstag, dem 21. Januar 1986, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Gerichtsstraße 2, Zimmer 243, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. 5. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Byoung-Ok Yoo,  
Wol-Oung Yoo geborene Zo, Wiesbaden, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundeigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 235 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**6200 Wiesbaden, 20. 9. 1985 Amtsgericht**

**Andere Behörden und Körperschaften**

**Öffentliche Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 1986 des Umlandverbandes Frankfurt**

Der Umlandverband Frankfurt gibt hiermit bekannt, daß der vom Verbandsausschuß in seiner Sitzung am 4. November 1985 festgestellte Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 1986 des Umlandverbandes Frankfurt gemäß § 97 Abs. 2 HGO in der Zeit vom 12. bis 15. November, vom 18. bis 19. November und vom 21. bis 22. November 1985 in der Geschäftsstelle des Umlandverbandes Frankfurt, Am Hauptbahnhof 18, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 413, während der allgemeinen Bürostunden zwischen 8.00 Uhr und 16.00 Uhr zur Einsichtnahme öffentlich ausliegt.

**6000 Frankfurt am Main, 6. November 1985**

**Umlandverband Frankfurt**  
Der Verbandsausschuß  
Kreling  
Verbandsdirektor

**Umlagefaktoren in der Gebäudefeuersicherung für das Jahr 1986 der Hessischen Brandversicherungsanstalt Kassel**

Der Verwaltungsrat der Hessischen Brandversicherungsanstalt hat mit Beschluß vom 30. Oktober 1985 die Umlagefaktoren und den Mindestgrundbeitrag in der Gebäudefeuersicherung für das Geschäftsjahr 1986 in gleicher Höhe wie im Vorjahr festgesetzt:

Tarifgruppe I (Einfaches Risiko einschließlich des Kleingewerbes)	8,7
Tarifgruppe II (Landwirtschaft)	15,8
Tarifgruppe III (Industrie und Großgewerbe)	7,4
Mindestgrundbeitrag nach Werten 1914	3,— DM.

**3500 Kassel, 30. Oktober 1985**

**Hessische Brandversicherungsanstalt**  
Der Direktor

**Öffentliche Ausschreibung**

**FRANKFURT AM MAIN:** Von der Flughafen Frankfurt/Main AG (FAG), 6000 Frankfurt am Main 75, werden die nachstehend aufgeführten Arbeiten für den neuen Kontrollturm öffentlich ausgeschrieben.

**Nr. Oe 168/85: Fernmeldeversorgung**

**Zur Ausführung kommen:**

Lieferung und Verlegung von ca. 18 km hochpaarigen Fernmeldekabeln gemäß DIN 18 383, VDE 0800 und den gültigen Ftz-Vorschriften, bestehend aus gefüllten Nachrichtenkabeln für Ortsnetze 350, 400, 500 sowie 600 und 1000paarig, inkl. aller Muffen und Installationsgeräte sowie Lieferung und Montage eines Standhaupt-Verteilers für 71er Trennleisten.

Kostengebühr:	50,— DM
Schlußtermin für die Anforderung:	29. November 1985
Vorgesehene Ausführungszeit:	Juli 1986 bis Mai 1988
Submissionstermin:	Mitte Januar 1986
Weitere Auskünfte:	Tel. 0 69/6 90 61 11

Zu dieser öffentlichen Ausschreibung werden die Wettbewerbsunterlagen nach schriftlicher Anforderung an die FAG auf dem Postweg zugestellt. Der Anforderung — unter Angabe der o. g. Ausschreibungsnummer — ist der Nachweis beizufügen, daß die Kostengebühr auf das Postscheckkonto der FAG Nr. 44 127-600 beim Postscheckamt Frankfurt am Main eingezahlt ist.

Die Bieter haben den Angeboten prüfbare Nachweise beizufügen, daß Arbeiten dieser Größenordnung bereits erfolgreich und termingerecht durchgeführt wurden.

**6000 Frankfurt am Main 75, 1. November 1985**

**Flughafen Frankfurt/Main AG**  
Abteilung Bau und Anlagen

**STAATSANZEIGER**  
**Öffentlicher Anzeiger für das Land Hessen**

- Anfragen
- Rückfragen
- Reklamationen



**0 61 22/60 71**  
**Apparat 85**



## HESSISCHER LANDTAG

Beim Hessischen Landtag in Wiesbaden ist die Stelle

### der Referentin/des Referenten für Archiv, Bibliothek, Dokumentation

zu besetzen.

Die Aufgabe umfaßt neben der Leitung des Referats die Erschließung des Informationsmarktes, den Dialog mit automatisierten Informationssystemen, Mitwirkung bei der Entwicklung und dem Aufbau eines Informationsverbundsystems sowie die Weiterentwicklung vorhandener Retrievalsysteme.

Die BewerberInnen müssen ein abgeschlossenes Hochschulstudium haben, über Erfahrungen in der Methodik und Technologie moderner Informationsverarbeitung verfügen sowie alle Elemente des Dokumentationsprozesses sicher beherrschen.

Zur Verfügung steht eine Stelle der Besoldungsgruppe A 14, die auch mit Angestellten besetzt werden kann. Nach 6monatiger Tätigkeit wird eine Ministerialzulage gezahlt.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen bis zum 1. Dezember 1985 erbeten an den **Direktor beim Hessischen Landtag, Schloßplatz 1-3, 6200 Wiesbaden.**



### Beim Hessischen Minister für Arbeit, Umwelt und Soziales

– Ministerbüro – in Wiesbaden,

ist ab sofort die Stelle des

### Pressereferenten bzw. der Pressereferentin

zu besetzen.

Unser bisheriger Pressereferent übernimmt in Kürze eine neue Aufgabe. Deshalb suchen wir seinen Nachfolger bzw. seine Nachfolgerin. Wir stellen ihn/sie uns als eine/n politisch interessierte/n Journalisten/in vor, der/die bereits über fundierte berufliche Erfahrungen verfügt und einen Schwerpunkt in der Arbeits- und Sozialpolitik hat. Erfahrungen in der Öffentlichkeitsarbeit sind erwünscht. Als Leiter/in des Pressereferates arbeitet er/sie in verantwortlicher Position.

Die Bezahlung entspricht der Aufgabe. Sie schließt alle Leistungen des öffentlichen Dienstes ein. Unser neuer Mann oder unsere neue Frau sollte möglichst bald anfangen können.

Bewerbungen mit Lebenslauf, Lichtbild und Zeugnisabschriften bitte ich bis zum 25. November 1985 zu richten an den **Hessischen Minister für Arbeit, Umwelt und Soziales – Personalreferat – Dostojewskistraße 4, 6200 Wiesbaden 1.**

Postvertriebsstück  
Verlag Kultur und Wissen GmbH  
Postfach 22 29, 6200 Wiesbaden 1.

Gebühr bezahlt

1 Y 6432 A

## RECHENZENTRUM DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN HESSEN UND NASSAU

# RZ

Wir sind ein Service-Rechenzentrum und suchen für unsere Kunden aus dem Bereich Krankenhaus/Anstalt und Heim sowie der verfaßten Kirche und deren Verwaltungen einen/eine

### Leiter/in

### Produktion / Systemprogrammierung

mit fundierten Kenntnissen von VM und DOS/VSE. Wir arbeiten z. Z. mit einer IBM 4341/L12 und 3375 Platteneinheiten. Weitere Systemkomponenten sind CICS, ACF/NGP sowie ACF/VTAM. Mit den Produkten Adabas und Natural befinden wir uns in der Einführungsphase. Zum weiteren Aufgabengebiet gehören Ausbildung und Schulung der Arbeitsvorbereiter und Operator.

Zur Unterstützung der Arbeit des Leiters der Produktion suchen wir einen/eine

### Systemprogrammierer/in

mit praktischen Erfahrungen und Kenntnissen von CICS sowie Datenbanksystemen.

Auch wenn Sie glauben, nicht alle Voraussetzungen zu erfüllen, sprechen Sie mit uns.

Wir bieten Ihnen einen abwechslungsreichen Arbeitsplatz mit Gleizeit und angenehmen Betriebsklima. Sie erhalten bei uns alle Sozialleistungen des öffentlichen Dienstes; die Vergütung erfolgt nach BAT.

Wenn Sie interessiert sind, senden Sie bitte Ihre Bewerbung an

## Rechenzentrum der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

6000 Frankfurt am Main 1, Eschersheimer Landstr. 105-107  
Telefon 0 69 / 15 47-0

Auf Ihren Baustellen übernehmen wir den  
**sandfreien Ausbau**

von Naturstein-Pflasterflächen. Mit unseren Spezial-Maschinen **sortieren** wir Ihnen das auf Haufen gelagerte Alt-Pflaster aus. **Auch kaufen** wir alles Alt-Pflaster aus Naturstein. TUSA-NATURSTEINE, Postfach 924, 7290 Freudenstadt, Tel. 0 74 41/28 02.

**STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN.** Erscheinungsweise: wöchentlich montags. Bestellungen von Abonnements sind an den Verlag zu richten. Bezugspreis: jährlich 112,40 DM (einschließlich Porto und 7 Prozent Umsatzsteuer). Abonnementkündigung mit einer Frist von sechs Monaten zum 31. 12. möglich. Der Preis eines Einzelstückes beträgt 7,50 DM; im Preis sind die Versandkosten und 7 Prozent Umsatzsteuer enthalten. Einzelhefte gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postgirokonto des Verlages Frankfurt am Main Nr. 1173 37-801. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils: Leitender Ministerialrat Dietrich Gantz, Telefon 0 61 21 / 35 31; für die technische Redaktion und den „Öffentlichen Anzeiger“: Dietrich Poetter, Verlag: Kultur und Wissen GmbH, Postfach 22 29, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden, Telefon 0 61 21 / 3 96 71.

Bankkonto: Bank für Gemeinwirtschaft, Wiesbaden, Nr. 10 143 800. Druck- und Verlagshaus Chmielorz GmbH, Ostring 13, 6200 Wiesbaden-Nordenstadt. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staatsanzeiger, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden, Telefon 0 61 21 / 3 96 71. Anfragen und Auskünfte technischer Art über den redaktionellen Teil des Staatsanzeigers (Fortdrucke, Sondrucke, Beilagen usw.) sowie den „Öffentlichen Anzeiger“ zum Staatsanzeiger für das Land Hessen (Anzeigen): Telefon 0 61 22 / 60 71, App. 85, Fernschreiber 4 186 648. Redaktionsschluß für den amtlichen Teil jeweils mittwochs, 12.00 Uhr, Anzeigenschluß: jeweils donnerstags, 12.00 Uhr, für die am übernächsten Montag erscheinende Ausgabe, maßgebend ist der Posteingang; Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 21 vom 1. Januar 1985.

Der Umfang der Ausgabe Nr. 45 vom 11. November 1985 beträgt 40 Seiten.